

**Zeitschrift:** Beiträge zur Aargauergeschichte  
**Herausgeber:** Historische Gesellschaft des Kantons Aargau  
**Band:** 11 (2002)

**Artikel:** Geschichte der politischen Presse im Aargau : das 20. Jahrhundert  
**Autor:** Müller, Andreas  
**Kapitel:** Die Blätter der freisinnigen Grossfamilie  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-110824>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 02.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Blätter der freisinnigen Grossfamilie

## Das «Aargauer Tagblatt»

### Das «Aargauer Tagblatt» vor 1914 und seine ständigen Gegner

Die Fusionspartei, seit 1896 im Aargau freisinnig-demokratische geheissen, zierte als Untertitel den Grossteil der Zeitungsköpfe. Der Aargau zählte 37 engagierte Zeitungen, übertroffen nur noch von Zürich, 48, und Waadt, 50.<sup>41</sup> Selbst das vielgestaltige Bern brachte es nur auf 34 Blätter. 18 bekannten sich im Aargau offen zur Partei.<sup>42</sup> Dennoch lieferten sich diese Blätter nach 1896 immer noch Flügelkämpfe, je nach politischer Situation, leidenschaftlich akzentuiert oder gedämpft gewährend. Häufig trugen die Leitzeitungen, oft sogar deren Redaktoren persönlich, die Streitigkeiten in die Parteiversammlungen hinein. Die radikalen Organe, «Aargauer Nachrichten», «Schweizer Freie Presse», «Aargauischer Anzeiger», «Zofinger Tagblatt» und das Lenzburger «Aargauer Wochenblatt» meinten, laut singen, gelegentlich gar gröhlen zu müssen, um im Chor der freisinnigen Blätter wahrgenommen zu werden. Solches liess sich nur feststellen, wenn deren Inhalt sorgfältig gelesen wurde; die Aufmachung, die Verpackung, war überall gediegen-vornehm. Es galt die Regel: Eine Zeitungsseite wird nur dann ernst genommen, wenn sie im Massanzug daherkommt. Selbst der grösste Angriff, die saftigste Entgegnung, war dezent in der Titelgrösse und ohne Spielereien mit Schrifttypen; es fehlte jeder drucktechnische Schnickschnack. Der Typograph, der Metteur, fühlten sich als Jünger Gutenbergs, als hochgeachtete Druckkünstler. Diese technischen Fachleute liessen sich kaum vor den Karren eines redaktionellen Streites spannen. Eine Zeitung war für sie geistig näher beim Buch als beim Flugblatt. Auch ein Zeitungsdrucker war eben ein Buch-Drucker.

So war das liberale «Aargauer Tagblatt», genauso wie seine radikalen Kontrahenten, vor dem Ersten Weltkrieg von unglaublicher Gleichförmigkeit. Nicht nur die Reihenfolge der Rubriken war vorgegeben, auch die Abfolge der schweizerischen Kantone oder der aargauischen Gemeinden gehorchte einer Rangordnung nach Prinzip, nicht nach Grösse der Sensation oder der Aktualität. Noch 1908 hatte Staatsschreiber Ludwig Schulthess das «Aargauer Tagblatt» als langweilige Zeitung bezeichnet; die selbstbewusste Redaktion aber stopfte dem Kritiker in einer Glosse das Maul.<sup>43</sup> Die unfreundliche Bemerkung von Schulthess bezog sich zudem keineswegs auf das Erscheinungsbild, sondern auf die Gediegenheit von Stil

<sup>41</sup> AT, 14. Januar 1901.

<sup>42</sup> AT, 8. Januar 1907.

<sup>43</sup> AT, 23. Oktober 1908.



und Sprache. Nun, hier setzten die radikalen Blätter Kontrapunkte und luden zu Vergleichen ein. Dass man bezüglich Aufmachung auch ganz anders hätte erscheinen können, bezeugen die Inseratenseiten: sie waren marktschreierisch aufgemacht und mit allem drucktechnischen Firlefanz durchsetzt. Ein richtiger Tummelplatz für die Setzer.

In diesen Zusammenhang ist pressegeschichtlich interessant, dass anfangs 1902 Fürsprech Strähl, Zofingen, im Grossen Rat eine Motion für ein aargauisches Pressgesetz einreichte. Dass es dabei eindeutig um eine Bändigung allzu aggressiver Journalisten der radikalen Seite ging, beweisen die Stellungnahmen der verschiedenen Zeitungen zu diesem Ansinnen. Den Nachrichten und dem Wynentaler erschien die Pressfreiheit bedroht, während das Tagblatt verharmloste: Die Pressfreiheit sei in der Verfassung ja garantiert, ergo handle es sich nur um den Ausbau einer Spezialgesetzgebung. Dieser Vorstoss wurde übrigens wegen Abwesenheit des Motionärs nicht behandelt und später auch nie mehr traktandiert.<sup>44</sup> Ein Sturm im Wasserglas!

Das «Aargauer Tagblatt», «Täglicher Anzeiger für den Aargau und die Mittelschweiz», erschien bis zum Weltkrieg siebenmal in der Woche, das heisst am Samstagnachmittag wurde jeweils eine Sonntagsnummer ausgeliefert. Eigentlich nur als Notmassnahme angekündigt, verschwand die Sonntagsausgabe am 8. August 1914 für immer aus dem Repertoire des Verlages. Das Sonntagsblatt, nicht zu verwechseln mit der Wochenendbeilage «Illustrierte Sonntagspost», war im Aussehen eine normale Zeitung, wies aber bedeutend mehr Feuilletonistisches auf, wohl in Ermangelung genügender Neuigkeiten und zur Entlastung des Personals. Der Inhalt konnte grossenteils schon im Laufe der Woche druckreif vorbereitet werden. Die normale Zeitung umfasste vier Seiten, wovon die letzte mit Inseraten bestückt war. Die Samstagsnummer, oft noch eine weitere Zeitung pro Woche, umfasste acht Seiten, entsprechend dem Anzeigenanfall. Die Frontseite trug unter dem Strich einen Fortsetzungsroman, war vierspaltig – wie der ganze Textteil – und wurde angeführt von einem Leitartikel. Dieser war gelegentlich von einer Agentur oder einer befreundeten Zeitung eingekauft, häufig von einem Mitarbeiter (oft auch Politiker) geliefert oder als Tagesbericht vom Redaktor als Übersicht zum Weltgeschehen eigenhändig zubereitet. Die Rubriken hiessen Schweiz, Aargau, Kantone, Ausland, Buntes Feuilleton. Das Lokale führte ein Schattendasein oder wurde im Aargau eingegliedert.

Die politischen Nachrichten aus dem Aargau umfassten Stellungnahmen zum Geschehen im Grossen Rat und Regierungsrat, wobei die Kommentare ausschliesslich die Meinungen des liberal-konservativen Flügels spie-

---

<sup>44</sup> Verhandlungen des GR 1901–1905. Text: S. 6, Nr. 21, Behandlung: 21. Mai 1902, S. 210, Nr. 215 und S. 227, Nr. 233, 21. Mai 1902.

gelten, so dass augenblicklich die Kontroverse mit den Radikalen einsetzte und damit das nachträgliche Streitgespräch vorprogrammiert war. Das interne Geschehen der Fusionspartei, die Flügelkämpfe und Beruhigungsmassnahmen, die personellen Fragen und persönlichen Anrempelungen gehörten daher zum wichtigsten Teil der aargauischen Kantonspolitik.

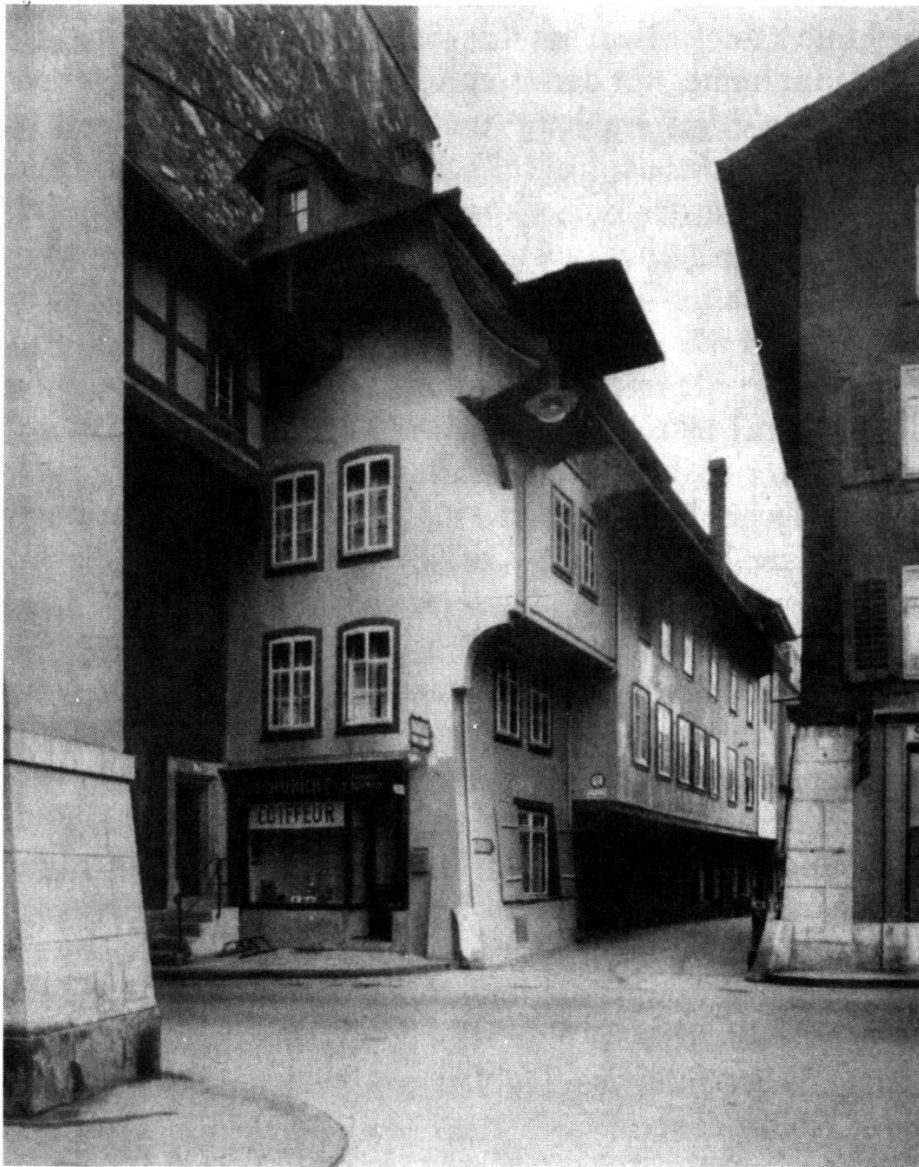
Dabei spielten die regionalen Eigenmächtigkeiten und kommunalen Wahlen der Zentrumsgemeinden mächtig hinein. Die Fortsetzung oder Wiederbelebung des aargauischen Regionalismus aus der Gründerzeit des Kantons wurde im Rahmen des freisinnig-demokratischen Flügelkämpfe mehr gesichert, als bei den Katholisch-Konservativen oder der Arbeiterpartei. Dass dabei der lokale Konkurrent «Aargauer Nachrichten» als Gegner im Vordergrund war, versteht sich von selbst. Da in Aarau die Radikalen in der Minderheit waren, diente dieses Blatt nach Meinung des Tagblattes ausschliesslich einer Clique und vergass, für die Öffentlichkeit einzustehen.<sup>45</sup> In zweiter Linie kämpfte man mit der «Schweizer Freien Presse» aus Baden und wollte damit immer nur den streitlustigen Nationalrat Jäger persönlich treffen, der dieses Blatt innehatte und gleichsam verkörperte. In dritter Linie traf das AT auf das «Zofinger Tagblatt», hinter dem Nationalrat Hunziker stand, Präsident der Fusionspartei und Gerichtspräsident. Ihm und seiner Zofinger Gefolgschaft wurden weniger offene Eigenmächtigkeiten, als stille Machenschaften und Ränkespiele zugetraut. Deren Sprachrohr aus dem wilden Westen war daher grösstes Misstrauen entgegenzubringen.

Und das alles wurde von einem einzigen Manne inszeniert, von Dr. A. Weder, dem Alleinredaktor des «Aargauer Tagblatts». Seit 1891 im Dienste des Blattes, war er sich des lokalen Streites mit Dr. Widmann gewohnt, dem Redaktor der Nachrichten, die seit 1905 in den Händen von Buchhändler und Verleger Wirz lagen. Am 1. Oktober 1905 erhielt Weder in Eduard Gubler erstmals einen Kollegen. Dieser wirkte bloss bis zum 1. Juli 1907 am Tagblatt, um dann als Bundesgerichtskorrespondent der «Basler Nachrichten» in Lausanne tätig zu sein.<sup>46</sup> Sein Nachfolger war Otto Husy aus Olten, der am 1. Juli seine Arbeit aufgenommen hatte, aber erst 1908 offiziell als verantwortlich zeichnen durfte. Dieses Zwiegespann wurde 1913 durch Karl Zimmerlin erweitert. Weder wirkte nun als Bundeshaus-Redaktor in Bern, bis zu seinem Austritt nach 25jähriger Tätigkeit im Dienst des AT im Jahre 1916. Seine neue Berner Adresse erfuhr nur einen vorübergehenden Unterbruch 1914, als Zimmerlin laufend durch Aktivdienste abwesend war. Sein Berner Domizil veranlasste ihn schliesslich auch 1916, die Redaktion des «Emmentaler-Blattes» zu übernehmen. Als redaktionelle Troika, Zimmerlin-Husy-Weder fuhr das Tagblatt im August 1914 in die unsichere Zukunft des Weltkrieges.

<sup>45</sup> AT, 30. September 1905.

<sup>46</sup> AT, 1. Juli 1905.

In den ersten Jahren wurde das Tagblatt noch immer in den engen Verhältnissen beim Obertor, Nr. 228, hergestellt; Redaktion, Expedition und Druckerei waren – grob gesehen – immer noch dort domiziliert, wo 1847 das Werk seinen Anfang genommen hatte. 1912 erst, am 1. Juli, konnte alles ins neue Gebäude an der Bahnhofstrasse, gegenüber dem städtischen Schulhaus, überführt werden. Gleichzeitig erfolgte die Vergrösserung des Formats, die Erweiterung auf sechs bis acht Seiten täglich und damit verbunden, die Ergänzung der Redaktion. Der Umzug war eine grosse Sache, und man war stolz darauf, dies ohne grosse «Unzukömmlichkeiten» bewerkstelligt zu haben. Die erst nachmittägliche Auslieferung der Zeitung am 2. Juli 1912 wurde gerne entschuldigt, als die frühzeitige Expedition ab neuem Standort in Bahnhof- und Postnähe in Zukunft nun garantiert war.



*Vom alten (am Obertor) zum neuen (an der Bahnhofstrasse)  
Tagblatt-Haus (100 Jahre Aargauer Tagblatt, 6. Mai 1947).*



Welche aargauische Themen beschäftigten zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Presse des Hauptortes? Da war einmal die Kantonalbank-Frage, frühes Anliegen des späteren Bundesrates Schulthess. Die Staatsbank-Vorlage scheiterte 1900 bei der Volksabstimmung und fand 1912 dann Gnade vor dem Souverän. Das «Aargauer Tagblatt» bot Ständerat Isler, Präsident der halbstaatlich organisierten Aargauischen Bank, über mehrere Nummern ein Podium für den gegnerischen Standpunkt. Diesem prominenten Leitartikler, der als Experte galt und als Präsident der diesbezüglichen Spezialkommission im Grossen Rat zeichnete, mussten die Nachrichten eine eigentliche Kanonade entgegensetzen. Die Nachrichten seien in dieser Frage «keiner ruhigen Überlegung fähig», meinte die AT-Redaktion, und regten sich mächtig auf über die «Freimütigen Glossen eines aargauischen Schuldenbauers», die im Tagblatt ebenfalls über mehrere Nummern hinweg in leichtverständlicher Sprache Islers fachmännische Ausführungen sekundierten.<sup>47</sup> Ob das Lehrerseminar mit der Kantonsschule verschmolzen werden sollte, war ebenfalls ein Dauerbrenner und entzweite wieder die beiden freisinnigen Lager und deren Presseorgane in Aarau, wobei auch hier das AT den bewahrenden Standpunkt vertrat, das heisst das Internat im ehemaligen Kloster Wettingen als unabhängige Fachschule erhalten wollte, während die Radikalen die Kombi-Mittelschulen von Chur, Solothurn und Genf als Vorbilder anpriesen.

Diese zwei Beispiele stehen stellvertretend für alle politischen Fragen, in denen Monopolisierung und Staatsintervention mitspielten. Die Wasser-

<sup>47</sup> AT, anfangs Januar 1900.



zinsen der turbinengetriebenen Fabriken oder Elektrizitätswerke, die Handhabung der Regale bezüglich Bodenschätze (Salinen) sind weitere Themen, die im gleichen Sinne die Gemüter erhitzen. Darüber stellte sich die Frage: Totalrevision der kantonalen Verfassung, ja oder nein, was in Wahrheit Stärkung des Staates, ja oder nein, bedeutete. Dazu gesellten sich die personellen Präferenzen auf allen Ebenen; vielleicht nahmen sie gesamthaft in der Presse mehr Raum ein als die politischen Sachfragen. Die Flügelkämpfe gründeten oft mehr im Stil und Auftreten der Leitfiguren, Ausdruck des Temperaments und der Charaktere der Politiker. Die wichtigsten Ereignisse dieser Art waren die Wegwahl Nationalrat Jägers 1905, seine erfolglosen Versuche 1907 und 1908 als radikaler Kandidat ein Comeback zu erreichen, und der glorreiche Wiedereintritt in die grosse Kammer 1911, Resultat eines neuerlichen, nun dauerhafteren Bündnisses innerhalb der freisinnigen Partei. Das andere Grossereignis war die Ständeratswahl 1912, als der offizielle Kandidat der Partei, Attenhofer, durchfiel und Gottfried Keller junior gewählt wurde, und dies kurz nach dem feierlich beschworenen «Gottesfrieden».

Da praktisch in allen Bezirken zwei freisinnige Zeitungen die beiden Flügel markierten, spielten sich auch auf unterer Ebene ähnliche personell bestimmte Wahlmanöver ab, vielleicht noch heftiger und pointierter als in höheren Gefilden. Was sich bezüglich Aarauer Stadtrats- und Kommissionswahlen ergab, schlug sich bis 1912 im Tagblatt und in den Nachrichten nieder, ab 1912 folgte dann noch die dritte im Bunde: die «Neue Aargauer Zeitung» des freisinnigen Dissidenten Allemann. Einzig die Centenarfeier des Kantons 1903 schuf vorübergehend ein milderer Klima im bürgerlichen Pressewald Aaraus. Schon am 30. Dezember 1902 kündigte das Tagblatt zögerlich einen vorübergehenden «Gottesfrieden» an, wie ihn im alten Hellas die Zeit der olympischen Spiele verlangt hatten. Man habe die Gründung einer liberalen Gegenpartei im abtrünnigen Rheinkreise extra verschoben, um die Stimmung nicht aufzureizen. «So viel scheint man annehmen zu dürfen, dass die Centenarfeier, wenn sie auch die Scheidelinie der beiden Flügel der Fusionspartei nicht zu verwischen vermag, doch insofern von nicht zu unterschätzender Wirkung und Bedeutung sein wird, als sie im allgemeinen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Aargauer stärken und dem aargauischen Staatsgedanken dienlich sein wird.» So die zuversichtliche Prognose Redaktor Weders. Gar zu feierlich ging es im Laufe des Jahres aber nicht zu und her. Zwischen Jäger und Laur, das heisst dem Bauernsekretariate, fand eine «Mohrenwäsche» statt, die zum endgültigen Bruch zwischen den beiden führte;<sup>48</sup> in Brugg tobte der Zeitungskrieg und erbrachte den Bruch zwischen Effingerhof und dem Brugger Zeitungsverein und in Baden hielt man Presseprozesse ab, in denen Jäger mehrmals ver-

---

<sup>48</sup> AT, 8. Januar 1903.

urteilt wurde und das Tagblatt die Meldung nicht verkneifen konnte, dass eine knappe Minderheit den ungebärdigen Politiker und Journalisten gar mit Gefangenschaft bestrafen wollte. Der Gerichtsbericht war entlarvend für die stillen Hoffnungen der AT-Redaktion. Am 3. bis 6. und am 12. Juli fanden dann die Festlichkeiten statt. Das Tagblatt brachte sämtliche staatsmännischen Reden in extenso,<sup>49</sup> langfädige Kommentare zu Festspiel und Umzügen, dazu eine ausgedehnte Presseschau, die die Wirkung auf andere Kantone ausloten wollte.<sup>50</sup> Zur staaterhaltenden Sorge des AT gehörte nämlich auch die dauernde Kümmeris, in der Eidgenossenschaft nicht angemessen beachtet zu werden.

Die Hässeleien zwischen Tagblatt und Nachrichten haben für uns Nachfahren wenigstens den Effekt, über die Akzeptanz und die wirtschaftliche Lage der Blätter einigen Aufschluss zu erhalten. Die Angriffe des Tagblattes auf die radikale Politik trügen weitgehend die Schuld an der parteilichen Spaltung, behaupteten die Nachrichten zum Jahresende 1901. «Worin liegt dieses Vergehen?» echote es aus der Redaktion der Konkurrenz rhetorisch. «Wir kritisierten die Wasserzinspolitik des Regierungsrates; die Gerichte haben unsere Einwände bestätigt. Wir kritisierten Nationalrat Jäger wegen der Brieffälscherei; die Gerichte haben uns Recht gegeben, usw. usw. Kein radikaler Politiker hatte im Laufe des Jahres einen Anlass gefunden, gegen das Tagblatt Klage zu erheben, obwohl die radikalen Hitzköpfe keine Hemmungen zu diesem Schritt kennen.»

1905 verkündeten die Nachrichten, dass sie neu einen Lokalanzeiger in alle Haushaltungen liefern würden, dass aber auch Inserate in den Nachrichten, die «in jeder Familie» gehalten werden, eine Erfolgsgarantie hätten. Dies brachte das Tagblatt in Harnisch: «Da unser Blatt nachweisbar die doppelte Auflage der Aarg. Nachr. hat», müsste ja das AT in jeder Familie doppelt gehalten werden.<sup>51</sup> «Im Irrtum befindet sich auch der Verleger der Aarg. Nachrichten, wenn er glaubte, unser Artikelchen In eigener Sache sei aus Konkurrenzneid geschrieben worden.» Wir könnten dessen Neuerungen ja einfach nachahmen. Aber wir wissen: die Neuerungen des Nachrichten-Verlages sind meist nach kurzem kleinlaut wieder aufgegeben worden. Die Kontroverse führte endlich zu einer Offenlegung des Tagblatt-Verlages, die uns Heutigen einigen Aufschluss über die Aarauer Verhältnisse vermitteln kann:

«Wir lassen Zahlen sprechen:

Die Lokalaufgabe des Tagblattes ist	2540 Exemplare
Die Postaufgabe des Tagblattes ist	2360 Exemplare
Total Tagblatt	4900 Exemplare

<sup>49</sup> Bundespräsident, Ständerat Kellenberger, Regierungsrat Fahrländer, Dr. Müri und Rektor Tuchschild von der Kantonsschule.

<sup>50</sup> AT, 8. Juli 1903.

<sup>51</sup> AT, 28. September 1905.

Die Auflage des «Volksfreund» (dreimal per Woche aus dem Tagblatt zusammengestellt)	3300 Exemplare
Totalauflage Tagblatt und Volksfreund	8200 Exemplare

Diese Auflage werden wir auf Verlangen jeder Zeit notariell beglaubigen lassen. Wir fordern nun den Verleger der Aarg. Nachrichten auf, die Auflagen seines Blattes ebenfalls ziffernmässig mitzuteilen.»<sup>52</sup>

Eine Reaktion darauf blieb aus. Damit dürfte eine Auflage der Nachrichten um 4000 Exemplare etwa der Wahrheit entsprechen. Schon früher hatte die Tagblatt-Redaktion Widmann mehr oder weniger die Schuld an der misslichen Lage der Nachrichten zugeschoben. «Der Niedergang eines Blattes erfolgt nicht ohne Schuld. Unser Leserpublikum ist zwar über die Massen langmütig. Aber wenn ein Blatt so unverhüllt in seiner politischen Tätigkeit allein dem politischen Ehrgeiz einer oder zweier Persönlichkeiten dient, und so rücksichtslos und ausschliesslich die Interessen einer Clique, statt der Öffentlichkeit verfißt, dann dämmert es schliesslich auch dem Frömmsten seiner Leser. Die Aarg. Nachr. haben schon Gewaltakte eingeleitet, einen Ton und eine Haltung angenommen, dass man versucht war zu glauben, sie sei auf dem Standpunkt des *après nous le déluge* angelangt.»<sup>53</sup> Tatsächlich musste bald darauf das Unternehmen in einer Rettungsaktion von Buchhändler Wirz übernommen werden. Die Handänderung verwandelte Stil und Charakter des Blattes wenig; Widmann blieb die Seele der Zeitung. Dem Tagblatt wurden die Nachrichten erst gefährlich, als 1911 der Vollblut-Journalist Gottfried Keller die Tageszeitung seinen bisherigen Blättern anfügen konnte, und die Unterkellerung der Aargauer Politik damit publizistisch noch stärker abgestützt wurde.

Selbst die Streitereien mit dem Badener Politiker Jäger wurden über Kontroversen mit den Nachrichten ausgetragen, da dessen Freie Presse von Widmann laufend Schützenhilfe erhielt. Die Argumentationen überschritten zeitweise die Grenzen der Lächerlichkeit. So kommentierte Widmann die Abstimmung über ein neues Schulhaus in Baden (600 Ja gegen 10 Nein), als blosses Votum gegen Jäger, weil er in seinem Blatte den Standort auf dem Festplatz östlich der Altstadt bekämpft hatte. Das Tagblatt fand diese These fast absurd, zumal der Anhang Jägers in Baden viel grösser sei; es ginge doch um eine Sache, nicht um eine Person. Übrigens: «Reden an das Volk» des wortgewaltigen Politikers hätten auf dem verkleinerten Festplatz grössere Resonanz, wenn das neue Schulhaus die Abschussszenerie bilde. Ironie oder Groteske?

Der Typographenstreit im Dezember 1905 erhitzte einerseits die Gemüter der Druckereiarbeiter und der Leserschaft, andererseits schlossen sich die Reihen der sonst zerstrittenen Verleger in Aarau. Hätte Wirz die Krise

<sup>52</sup> AT, 2. Oktober 1905.

<sup>53</sup> AT, 30. September 1905.



durchgehalten, liesse sich gar von einer Einheitsfront sprechen. Die Ereignisse führten zur Gründung einer Genossenschaftsdruckerei und der Arbeiterzeitung «Freier Aargauer». Die Details zu diesen Geschehnissen werden eingehend in der Gründungsgeschichte der sozialdemokratischen Parteizeitung behandelt. Die Idee, im Aargau ein solches Organ zu schaffen, war nicht neu. Ende des Jahrhunderts (1893) war in Zofingen schon kurzfristig der «Aargauer Arbeiterfreund» als Wochenzeitung erschienen.<sup>54</sup> 1905 referierte Dr. med. Kraft in Nussbaumen an einer Arbeiterversammlung und regte dabei die Gründung eines eigenen Blattes an. Der Bericht über diese Veranstaltung im Tagblatt bewies eher Verachtung als Furcht vor einer neuen Konkurrenz.<sup>55</sup> Eine Tellersammlung am Ende der Tagung habe das Startkapital von ganzen zwölf Franken ergeben. Während der Streik am Ende des Jahres abgebrochen wurde, dauerte der Wortwechsel zwischen Maschinenmeister Kälin und dem Tagblatt fort. Alle acht streikenden Gesellen waren beim AT wiedereingestellt worden, Kälin aber nicht. Er sei aus andern Gründen entlassen worden; mutwillig hätte er schon vorher den Arbeitsplatz verlassen. Kälin reagierte darauf mit einer Erklärung im Tagblatt und drohte mit einer Verleumdungsklage.<sup>56</sup> Die Arbeiterunion Aarau solidarisierte sich mit ihm mittels einer Resolution, die aber nur im «Volksrecht» Aufnahme gefunden hatte.<sup>57</sup> Darin erfolgte ein Boykott-Aufruf gegenüber dem Tagblatt, den Keller-Blättern und deren Inserenten. Die Antwort von Redaktor Weder, Aktuar des Verwaltungsrates des AT-Verlages, kritisierte die praktizierte Verführung zum Streik: «Unsere Arbeiter waren zufrieden; aber nach Ideologie darf der Arbeiter nicht zufrieden sein.» Repliken und Dupliken zogen sich noch weit in den Januar hinein und beförderten die Vorbereitung eines eigenen Zeitungsprojektes. Obwohl erst zum Tag der Arbeit die erste Nummer erschien, begrüßte das Tagblatt schon zum Jahresanfang das angesagte Organ: Bis jetzt habe das AT die Verlautbarungen der Arbeiterpartei grosszügig aufgenommen. Dies würde dannzumal ein Ende haben. Sie seien aller moralischer Pflichten enthoben. «Es wird dasselbe viel dazu beitragen, die Parteien zu scheiden und zu sammeln.»<sup>58</sup> Der offenbarte Zweckoptimismus des Tagblattes dürfte damals auch Drohung und Verhinderungstaktik gewesen sein.

Am 3. Mai 1906 aber musste die Redaktion das neue sozialdemokratische Organ als Neuling im aargauischen Pressewald willkommen heissen: «Der Freie Aargauer (...) bedient sich in seinen verschiedenen Einführungsartikeln folgender gewählter Sprache: Kapitalistische Sippe – Grössenwahn der Fabrikbarone – Schlotjunker – die Arbeiter aufs Blut aussaugen – die Fami-

<sup>54</sup> Nur im Juni 1893.

<sup>55</sup> AT, 11. Dezember 1905.

<sup>56</sup> AT, 5. Januar 1906.

<sup>57</sup> Volksrecht, 30. Dezember 1905; AT, 6. Januar 1906.

<sup>58</sup> AT, 6. Januar 1906.

lien zu Lohnsklaven herabwürdigen – die Töchter des Volkes entehren – zügellose Orgien feiern aus dem Gelde der verachteten Arbeiter – fluchwürdiges Ausbeutungssystem – moralischer Bankrott des aargauischen Freisinns – Gesellschaft der Erbarmungslosen – menschenmordende Zwangsarbeit bei Tag und Nacht – usw. Der Titel des Blattes ist wie aus obiger Blumenlese hervorgeht, offenbar unrichtig. Es sollte wohl heissen: Der freche Aargauer.» Diese erste Schlussfolgerung des Tagblattes machte Zeitungsgeschichte: der verballhornte Name wurde von den Trägern mit Stolz dauernd wiederholt und – zu Recht oder Unrecht – getragen bis zur letzten Nummer 1987. Nach der schnöden Begrüssung des Neulings auf dem Platze Aarau liess man ihn gewähren, strafte ihn meist mit demonstrativem Übersehen, obwohl die Lektüre ab dato zum Pflichtpensum der bürgerlichen Redaktoren gehörte.

Der wahre Feind stand viel näher und verlangte dauernde Aufmerksamkeit: die radikalen Brüder in Zofingen und Baden. Obwohl sich Streitigkeiten an Äusserungen des «Zofinger Tagblattes» entzündeten, blieben zu meist die dauernden Querelen und Quengeleien an Nationalrat Jäger und seiner Zeitung hängen, da er sich immer in die Kontroversen «Zofinger Tagblatt» – «Aargauer Tagblatt» einmischen musste. Der streitlustige Redaktor aus Baden betitelte alle angestellten Schriftleiter als Diener und Lohnschreiber, während er alleine eigene Einsichten verbreite.<sup>59</sup> So dürfte er eigentlich nicht erstaunt oder überrascht gewesen sein, als das AT seine misslungene Wiederwahl in den Nationalrat 1907 mit höhnischen Kommentaren versah, die ihm persönlich die ganze Schuld an der Wahl des konservativen Konkurrenten Wyrsch zuschoben. Vorher hätte die Freie Presse immer behauptet, das unbedeutende AT wäre kein Faktor in der politischen Auseinandersetzung; nun aber wurde dasselbe Organ von Herrn Jäger zum Sündenbock gemacht. Wo bleibe da die Konsequenz?<sup>60</sup>

Die beiden bürgerlichen Tageszeitungen von Aarau trugen den Schimpfnamen Residenzblätter mit Fassung und einigem Stolz. Schliesslich empfanden sie sich beide aus ihrer Gründungsphase als lichtspendende Sonne für den Gesamtkanton. Den Monden, die in der aargauischen Provinz ihre Kreise zogen, spendete man gerne etwas Licht, das heisst erteilte gute Ratschläge, Ermahnungen oder Zensuren. Die freisinnige Pressefehde im Freiamt zwischen dem «Boten» von Muri und der «Freiämterstimme» (später «Freiämter Zeitung») in Wohlen, brachte erstmals den jungen Politiker Roman Abt ins Gerede, und die Parteinahme der beiden Kontrahenten in Aarau demonstrierte einmal mehr die zwei Sonnensysteme im Kanton. Dass die Spaltung der Partei durch die Residenzblätter erfolgt sei, wie Abt behauptet hatte, entspreche nicht der Wahrheit, versuchte das Tagblatt zu

---

<sup>59</sup> Z. B. AT, 14. Mai 1906.

<sup>60</sup> AT, 20. Februar 1907.

beweisen.<sup>61</sup> Das «Zofinger Tagblatt» hatte sich schon früher bei der aargauischen Verwaltung über die «Bevorzugung der Residenzblätter» beklagt, obschon die frühere Berichterstattung in Aarau ein rein postalisches Problem war. Das AT dementierte, dass besondere Relationen zwischen Verwaltung und ihrer Redaktion bestünden.

Das Jahr 1911 – ein Schicksalsjahr in der neueren aargauischen Pressegeschichte – lieferte Stoff für Lob und Tadel der Aarauer Moniteure. Am 12. Januar 1911 berichtete Redaktor Fürspreh Beyli aus Wohlen über seine Erfahrungen in der kürzlich neu begründeten «Freiämter Zeitung» und Aarau ergänzte mit weisen Ratschlägen.<sup>62</sup> Johann Bapist Rusch, einst Redaktor des «Sarganserländers», übernahm die Redaktion des «Badener Volksblattes» und wurde damit Gründerfigur der katholischen Tageszeitung «Aargauer Volksblatt». Der neuerwählte Redaktor des «Brugger Tagblattes», Hermann Aellen, wollte – laut Einführungswort – den Freisinn im Aargau zusammenführen. Als wenn dies nicht schon andere versucht hätten! Die «Aargauer Nachrichten» waren am 1. Februar von Wirz an Keller käuflich abgetreten worden, und am Jahresende wurde vom selben Verlag der Übergang von der zweimaligen zur dreimaligen Erscheinungsweise des altherwürdigen «Aargauischen Anzeigers» angekündigt. Am 26. Februar 1911 beschloss man die Verschmelzung des «Freien Aargauers» mit der Oltner «Neuen Freien Zeitung» und hatte damit die Umwandlung zur Tageszeitung eingeleitet.<sup>63</sup>

All diese Presseereignisse behinderten eine Entfaltung des «Aargauer Tagblattes» und verbannte es in die Aarauer Region, beziehungsweise verurteilte es zum weiteren Ringen um die bürgerliche Alleinherrschaft im Hauptort. Die Gründung der radikal-fortschrittlichen Vereinigung in Aarau<sup>64</sup> und die Ankündigung des vierten Zeitungsblattes, der «Neuen Aargauer Zeitung», schränkte noch einmal den Einfluss des Tagblattes ein. Dennoch durfte es im Dezember 1913 im Inserat für die Abonnentenwerbung verkünden: «Das Aargauer Tagblatt ist die verbreitetste Tageszeitung des Kantons mit der höchsten Abonnentenzahl», und seit dem 1. Oktober würden sich drei Redaktoren um gute Information kümmern. Als der «Grütlianer» zum Kopfblatt des «Volksrechtes» wurde, was durch die Fusion mit der Sozialdemokratischen Partei in Zürich nur folgerichtig war, verstieg sich die AT-Redaktion zum Kommentar: «Also nach und nach ein sozialistischer Zeitungstrust!» Die marxistische Konzentrationstheorie sei also nur Praxis bei deren Apostel, wurde damit suggeriert.

Aber ein Trust ist nicht notwendig, wenn kartellartige Absprachen das wirtschaftliche Überleben trotz ideeller Differenzen garantieren. Am

<sup>61</sup> AT, 27. Dezember 1910.

<sup>62</sup> AT, 12. Januar 1911.

<sup>63</sup> Ab 1. März 1912.

<sup>64</sup> 2. April 1912.

19. Dezember 1906 zum Beispiel hatten die aargauischen Zeitungsverleger bürgerlicher Provenienz eine gemeinsame Preiserhöhung für Abonnements- und Inserationspreise festgelegt. Gleichzeitig wurde die Option nach Gründung eines Verbandes im Aargau laut. Am 12. Januar 1907 kündeten «Aargauer Nachrichten», «Aargauischer Anzeiger» und «Aargauer Tagblatt» gemeinsam dieselbe Preispolitik an: Man erhöhe die Inseratenpreise nicht, «wie das anderweitig bereits geschehen» sei, sondern werde nur die Rabattsätze einer Revision unterziehen.<sup>65</sup> Das Beispiel zeigt, wozu ein Verband vorab zu dienen hatte: Preisabsprachen bis zu den letzten Details waren das Ziel. Andererseits beweist diese gemeinsame Erklärung, dass der Markt der Ideen damals alles, die wirtschaftliche Konkurrenz hingegen wenig bis nichts bedeutete.

### **Der Erste Weltkrieg: Sympathie aufgrund der kulturellen Verknüpfung**

Das AT als brave gediegene Zeitung lechzte nicht nach Sensationen; Erscheinung und Stil dokumentierten, dass man an der Vermittlung des Alltäglichen eigentlich Genüge empfand. Der Ausbruch des Krieges liess die Redaktion nur sachte, gleichsam durch die Hintertür, ins Blatt einrücken. Der Weg von der dritten Seite an die Front der Zeitung brauchte Tage, gar Wochen, und die Schlagzeilen wagten sich in Grösse und Schwarzwert kaum über das Mittelmass hinaus.

Die «schmachvolle Schandtät» in Sarajewo wurde zwar als schreckliche Provokation gewertet, nicht aber als Anlass zu kriegerischen Handlungen. «Nicht als ob der Gang der österreichischen Politik unmittelbar in ein anderes Geleise gelenkt oder als ob die Tat des Sarajewoer Mörders der Festigkeit des Reiches gefährlich werden könnte.» Immerhin könnten für Serbien «ausländische Einwirkungen» nicht ausgeschlossen werden; eine Politik der «starken Hand» dürfte beginnen.<sup>66</sup> Erst das Ultimatum an Serbien liess eine Kriegsahnung aufkommen. «Die Note ist hart, kategorisch...». «Es wäre ein Spiel mit Worten, wenn man beweisen wollte, dass durch diese Forderungen die nationale Unabhängigkeit Serbiens und seine Souveränität nicht angetastet sei.» Die Nummer vom 27. Juli brachte die Wende. Während im ersten Teil, beim Tagesbericht, noch zaudernd gefragt wurde: «Also Krieg?» und angenommen wurde, dass «Gefahr über dem ganzen Kontinent» lauere, finden wir im später redigierten und gedruckten Teil derselben Zeitung: «So weit ist es also. Serbien erwartet den Feind, Österreich-Ungarns Armee ist auf dem Marsche.» – «Das ist der Krieg. Sollte Russland sich dareinmischen, dann wird unbedingt kommen, was Bismarck schon zu

---

<sup>65</sup> AT, 1. Juli 1914.

<sup>66</sup> AT, 26. Juli 1914.



vermeiden gesucht hat: Europa wird vom Ural bis zu den Pyrenäen und von Jütland bis zur Südspitze Siziliens in Flammen stehen und ein Krieg wird entbrennen, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat.» Tags darauf erschien in der Rubrik Telegramme auf der vierten Seite fettgedruckt der Titel: «Der österreichisch-serbische Krieg». Bereits wurde in derselben Nummer versprochen, dass das AT «einen speziellen Kriegsberichterstatter nach dem Osten entsandt habe», denn «die ersten Schüsse sind gefallen».

In den nächsten Tagen brannte den Redaktoren zwei Fragen auf den Nägeln: zum ersten, ob der Krieg lokalisiert werden könne und zum andern, ob das Schweizervolk trotz Eskalationen ruhig Blut bewahren würde. Die Aufrufe zur Besonnenheit, gegen den Geldrückzug, die Anprangerung der Hamsterei, füllten beim AT genauso die Spalten wie bei den andern aargauischen Organen auch. Als sich in den ersten Augusttagen die Ereignisse überstürzten, rückten die Nachbarstaaten Inserate in allen Sprachen ein, die unsere Gastarbeiter und fremden Touristen zur Heimkehr und zum Heeresdienst aufriefen. Die schweizerische Mobilmachung und die Wahl des Generals entlockte dem eingefleischten Republikaner am Redaktionspult den Seufzer: «Das Schicksal des Schweizerlandes steht heute bei unserer Armee.» Dazu passte das Lob auf Ulrich Wille: «Ein Mann mit Ecken und Kanten, ein Mann mit fester Faust ist es. (...) Nicht ein allgemeinbeliebter, aber ein ganzer und starker Mann.»<sup>67</sup>

Der Aktivdienst riss von nun an immer wieder Lücken in die Redaktion. Zimmerlin, Offizier, wurde schon zu Anfang abwesend gemeldet. Gleiches geschah im Büro, im technischen Betrieb und der Expedition. «Infolge der starken Reduktion unseres Personals sehen wir uns genötigt, das Sonntagsblatt, das jeweilen am Samstag Nachmittag erschien, bis auf weiteres nicht mehr herauszugeben.» Noch glaubte man an einen kurzfristigen Krieg und betrachtete solche Massnahmen als Intermezzi. Doch nach vier Jahren Krieges gedachte niemand mehr der Sonntagsausgabe; das siebenmalige Erscheinen wurde stillschweigend begraben.

Wohin die Sympathien der AT-Redaktion segelten, konnte kein Geheimnis sein. 1912, beim Kaiserbesuch in der Schweiz, hatte das Tagblatt Wilhelm II. als Friedensfürst gefeiert und war allemal des Lobes voll. Wie hätten die damaligen Lobspender nun Enttäuschung mimen können! Der ganze Briefwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren im Vorfeld des Krieges wurde in extenso veröffentlicht. «Aus diesen Dokumenten geht deutlich hervor, wie Wilhelm II. bis zur äussersten Grenze ging, um der Welt den Frieden zu erhalten, wie aber alle seine Bemühungen an der beispiellosen Unaufrichtigkeit und Frivolität des russischen Herrschers sich zerschlugen.»<sup>68</sup>

<sup>67</sup> AT, 5. August 1914.

<sup>68</sup> AT, 8. August 1914.

Gegen das Jahresende nahm Zimmerlin wieder seinen Platz ein. In der Zwischenzeit musste alt Redaktor Weder, Korrespondent im Bundeshaus, die Schriftleitung wieder übernehmen, denn auch der andere Redaktor, Otto Husy, nahm Ende Oktober den Hut, um den «Thurgauer Volksfreund» in Kreuzlingen zu betreuen. Zimmerlin zollte dem Jahreswechsel mit eingehenden Betrachtungen Tribut. Im Zentrum stand selbstverständlich die Friedenshoffnung; ein Vertrag, «der keines der Völker so sehr demütigt, dass es auf neuen Kampf sinnen muss».<sup>69</sup> Dies bot auch Gelegenheit, den eigenen Standort zu fixieren: «Es kann sein, dass dieses Verlangen sich da und dort einseitig bekundet, als besondere seelische Anteilnahme für das eine oder andere der kriegführenden Völker. Diese Neigung wird neuerdings in Wort und Schrift nachdrücklich bekämpft. Man fürchtet von ihr eine Gefährdung unserer Neutralität und staatlichen Geschlossenheit.» «Wir haben in den fünf Monaten des Krieges so viele Beispiele unerhörter Verleumdung ganzer Nationen erlebt, dass wir es uns als Feigheit anrechnen müssten, wenn wir nicht dagegen aufzutreten wagten.» «Das hat uns mehr als einmal dazu geführt, einzutreten für ein Nachbarvolk, mit dem wir durch die Gemeinschaft der Kultur verknüpft sind, und Angriffe zurückzuweisen, die gegen diese Kultur gerichtet waren und uns in unsern ureigsten Gefühlen verletzten.» «Es mögen Sympathien zu Tage getreten sein, doch sicherlich nie Antipathien.»<sup>70</sup>

Gewiss: Viel häufiger als Kommentare finden wir im AT nüchterne Analysen der Kriegslage, Aufrechnung der Kräfteverhältnisse beider Parteien, Operationskarten und gegensätzliche Agenturberichte, die den Leser zum Vergleich und zum selbständigen Urteil einladen. Zu diesem Zweck der Objektivierung wurde am 21. Dezember 1914 das Publikum sogar auf die Agenturnamen aufmerksam gemacht und damit etwas Zeitungskunde betrieben. Doch: Wer über einen möglichen Frieden mutmasste – und welche aargauische Zeitung hätte dies versäumt – bekannte auch Farbe. Nach fünf Monaten Krieg könne ein Friede nur noch mit einem Vergleich geschlossen werden. «Es kann keine endgültigen Sieger mehr geben. England und Frankreich wollen Belgien wiederherstellen; Deutschland hat Belgien als Pfand in der Hand. England möchte den preussischen Militarismus niederkämpfen; dass dies je gelänge, dafür gibt es keine Anzeichen. Es kann kein Friede aufgezwungen werden: Deutschland ist zu stark; aber es ist nicht so stark, wie es sich anfangs des Krieges wähnte.» Diese Haltung, die sich wie ein roter Faden durch die Kriegsberichterstattung zieht, scheint distanziert und parteilos. Doch eingekaufte Kommentare beweisen, dass das Herz des verantwortlichen Redaktors für Deutschland und die Mittelmächte schlug und zwar pausenlos, ungeachtet der Erfolge oder Miss-

---

<sup>69</sup> AT, 31. Dezember 1914.

<sup>70</sup> AT, 31. Dezember 1914.

erfolge im Laufe des Krieges. Ein Leitartikel, Deutsche Wehrmachtpolitik, von Wolfgang Heine aus Frankfurt, möge für andere stehen: Frankreich wird durch ein altes geschichtliches Verhängnis getrieben. Es betrauert den Verlust einer Vergangenheit, in der es auf dem Kontinent allein den Ton angab. Darin gründe die Feindschaft zum Reich. Dazu geselle sich der Interessengegensatz Russland-Deutschland als Ursache des Krieges. «Soll das deutsche Volk sich die Stellung, die ihm der Krieg hoffentlich verschaffen wird, als zentrale Weltmacht Europas erhalten, so muss es die innere Zerrissenheit überwinden.»<sup>71</sup>

Die Meinung hakte sich fest, dass kein baldige Entscheidung mehr möglich sei. Die Entente-Mächte hielten den Zentralmächten solche Bedingungen vor Augen, dass unmöglich baldiger Friede werden könnte. Die deutschen Truppen im Westen würden noch lange unbesiegt bleiben, meinte das AT Mitte des Jahres 1916, die Katastrophe, die vorausgesagt worden, sei trotz der Überlegenheit des Gegners nicht eingetroffen. «Eine Truppe die Titanenhaftes leistet, steht nicht dem Zusammenbruch nahe.»<sup>72</sup> Die Operationen in Rumänien 1916 gaben zudem keinen Anlass, am Durchhaltevermögen der Mittelmächte zu zweifeln. Der Rückblick auf das Jahr bezeichnete 1916 für die Entente als vollständiges Fehljahr,<sup>73</sup> und wieder ein Jahr später, nach unbeschränktem U-Bootkrieg und russischer Revolution, schrieb die Redaktion vom schweren Verlustposten der Entente, Russland, und vom nicht liquiden Guthaben, Amerika. Noch bestehe die Hoffnung auf den Sieg der Vernunft zu einem Frieden ohne Entscheidung. Selbst im Rückblick auf das Waffenstillstandsjahr 1918 behauptete das AT, dass im Januar der «höchste Gipfel der Macht des alten deutschen Reiches» erreicht war und niemand das drohende Ende vorausahnen konnte. Damals lautete die Analyse wie folgt: Lloyd Georges Kriegsziel ist die Zerschmetterung Deutschlands; Italien, Frankreich und England wollten gleicherweise Annexionspolitik betreiben und Russland zerstöre sich selber. «Tragisch ist es, wie die demokratischen Schwärmer, die gegenwärtig die russische Regierung bilden, (Bolschewiki unter Lenin!) die Erfahrung machen müssen, dass die Theorien, die sie aufstellen, nur gegen sie selber angewandt werden.» Gemeint war das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das zur Zerbröckelung Russlands führte und – endlich einmal ein kritischer Gedanke – von Deutschland schamlos ausgenutzt wurde.

Wie bei den meisten aargauischen Zeitungen lauteten die Kommentare zur russischen Revolution 1917 positiv: ein Resultat der Deutschfreundlichkeit! Der Sieg der Arbeiterrevolution im November, das heisst der Sieg der Maximalisten in St. Petersburg, ergab zwar nur kleine Meldungen: von einem Nebenschauplatz. Dennoch flackerte mit der Aussicht auf Brest-

<sup>71</sup> AT, 14. Januar 1915.

<sup>72</sup> AT, 5. August 1916.

<sup>73</sup> AT, 4. Januar 1917.



Litowsk die Friedenshoffnungen nochmals auf. Russland bringe Opfer um der Idee willen, lobte das Tagblatt.<sup>74</sup> Die Furcht vor dem Bolschewismus tauchte erst mit dem Jahrestag der Revolution auf: nun war man mit dem Generalstreik direkt betroffen, die Verteidigungsbereitschaft bröckelte im Laufe des Jahres auch in der Schweiz bedenklich ab und die Staatsordnung schien in Gefahr zu sein. Es war die Innenpolitik allein, die bei den bürgerlichen Parteien Moskau zum Todfeind formte und eine neue politische Frontenbildung auslöste. Niemand sprach mehr von Idealisten und Schwärmern. Der «Freie Aargauer» wurde zum Feind, der hautnah wirkte und zustach. «Die schärfere Tonart», lautete der Titel eines Leitartikels im Tagblatt. «Dem bisherigen Redaktor, Herrn Pfarrer Büchi, wurde zur Last gelegt, heute in der Leitung des Blattes eine zu gemässigte Richtung eingenommen und die Bürgerlichen viel zu glimpflich behandelt zu haben. Gewisse Leute wollen ein radikales Hetzorgan. Der neue Redaktor, Otto Schmassmann, früher Lehrer in Unterkulm, sei nach deren Wunsch, pflege den richtigen Sprachjargon und halte die Hetztiraden, die zur Politik «sei nie zufrieden!» führten.<sup>75</sup> Auch das neue Verhältnis zur Linkspresse gehörte zum Programm des «Aargauer Tagblattes», etwa nach der These: «Die Liquidierung des Weltkrieges ist dem neuen Jahre überlassen.» Dass damit viel zu kurz gegriffen war, sollte erst die Zukunft zeigen.

Das Tagblatt hatte den Krieg leidlich überstanden. Zwar schrumpfte der Umfang einer Tagesnummer meist auf vier Seiten zusammen, wovon nur die Rückseite mit Inseraten versehen war. Aber die Ausgangslage war bedeutend besser als bei der örtlichen Konkurrenz. Zu Anfang des Krieges behauptete der Tagblatt-Verlag: «Das AT ist die verbreitetste Tageszeitung des Kantons.» «Das AT hat gegenwärtig annähernd die doppelte Auflage der beiden andern, in Aarau erscheinenden Tageszeitungen und zeigt erfreulicherweise seit Jahren eine stete Zunahme an Abonnenten.»<sup>76</sup> Und im Dezember 1916 warb das Tagblatt mit seinen Beilagen, dem «Illustrierten Sonntagsblatt» und «In Haus und Hof» und behauptete, «weitaus die gediegenste und daher auch die billigste Tageszeitung unseres Kantons» zu sein. Zum Abschluss des 70. Jahrganges 1916 machte die Redaktion eine Standortbestimmung: «Über 200 Mitarbeiter und Korrespondenten, sowie die ersten Nachrichtenbüros haben Anteil an dem Erfolg des letzten Jahres. Besonderen Wert legten wir neben dem aargauischen Dienst immer auf die Berichterstattung aus dem Bundeshaus...» Man verachte das systematische Herunterreissen – nur um als Retter des Vaterlandes vor dem Volke dazustehen. Aber man sei auch dagegen, dass Rücksicht auf das Zeitungsgeschäft oder «krankhafter Ehrgeiz politischer Führer bestimmend auf die Leitung

---

<sup>74</sup> AT, 9. Januar 1918.

<sup>75</sup> AT, 3. Juni 1918.

<sup>76</sup> AT, 15. Dezember 1914. «Freier Aargauer» wurde damals in Olten gedruckt, daher nur drei.

des Geschäfte unseres Landes einwirken können...»<sup>77</sup> Solche Bemerkungen waren klar adressiert an die aargauischen Konkurrenten und die damalige Leserschaft merkte auf und verstand. Zum Beispiel Richtung links: Das Tagblatt hatte während des ganzen Krieges die Wehrhaftigkeit der Schweiz über alles gestellt. Refraktäre sollten nicht nur von der Mitgliedschaft im Nationalrat ausgeschlossen werden, sondern auch von allen kantonalen oder kommunalen Behörden. Das AT wünschte die rascheste Verwirklichung dieses Prinzips – da es um Sein oder Nichtsein des Staates geht, mittels einer Teilrevision der Verfassung.<sup>78</sup> Im gleichen Sinne galt Kritik am Offizierskorps als Schwächung der Landesverteidigung, die bis an den Rand des Verrates reichte. Schlimmer als die sozialdemokratische Grundhaltung seit Kiental und Zimmerwald waren die bürgerlichen Blätter, die in obigem Hinweis gemeint waren, vorab die «Neue Aargauer Zeitung», die «Schweizer Freie Presse» und das «Aargauer Volksblatt». Offiziersaffären – in diesen Blättern ausgewalzt und breitgetreten – waren im AT nur Gegenstand zur Beschwichtigung und Anprangerung dieser hyperkritischen Journalistik.

Eine besondere Lektion erhielt Redaktor Rusch vom «Aargauer Volksblatt», als er General Wille verhöhnte. Wer sich immer so vaterländisch gebe, zeige damit eine unwürdige Gesinnung. Rusch – militäruntauglich – musste sich auch andernorts wehren, da er als Dauerzivilist bei gewissen Fragen kaum ernst genommen wurde. Zimmerlin, als Oberstleutnant, galt damals als Chefredaktor, auch wenn dies im Impressum nicht hervorgehoben wurde.

Am 31. Juli 1916 verabschiedete sich auch der langjährige Bundeshausredaktor des AT in Bern, Dr. A. Weder, und wechselte zum «Emmentaler-Blatt». Der Berner Sitz wurde nicht mehr hauptberuflich besetzt; ein Vertrags-Korrespondent bediente wohl das AT, zusammen mit weiteren bürgerlichen Blättern. Vom 1. August 1916 an «wird unser bisheriger Hilfsredaktor Herr Josef Niggli als verantwortlicher Redaktor zeichnen.» Überraschenderweise stellte man damals zudem Herrn Arthur Frey, den späteren Seminardirektor in Wettingen, als Feuilletonredaktor ein: Verstärkung des kulturellen Auftrages in harter Zeit!<sup>79</sup> Zimmerlin – Niggli – Frey, dieses Trio führte die Zeitung durch die weiteren Kriegsjahre, wobei Frey sich vorab um die Beilagen kümmerte. Diese erstaunliche Konstanz bei einer Zeitung in den Händen einer Aktiengesellschaft hat sicher nicht wenig dazu beigetragen, dass das AT die Kriegszeit in ideeller und finanzieller Hinsicht unbeschadet und geradlinig überstehen konnte.

<sup>77</sup> AT, 30. Dezember 1916.

<sup>78</sup> AT, 15. Januar 1915.

<sup>79</sup> Tätig bis zum 1. Oktober 1920.

## Krisenjahre

Die Nachkriegszeit brachte vorerst keine Besserung. Knappheit und Notmassnahmen beherrschten das Leben im In- und Ausland und begleiteten auch die Presseorgane, bestimmten den Inhalt und den Umfang der Zeitungen. Die Unzufriedenheit der Bauern und des mittelständischen Gewerbes schuf neue Zwiste in der freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Aargau, füllte die Spalten der hiesigen Blätter und sorgte für Spannungen zwischen den bürgerlichen Organen. Selbst die Fixbesoldeten drohten vorübergehend mit einer separaten politischen Organisation. Verteidigungsbereitschaft wurde von der sozialdemokratischen Presse als Militarismus bezeichnet und diffamiert. Der Generalstreik mit dem Einsatz der Armee als Ordnungstruppe hatte das Klima vergiftet und einen Keil zwischen Offiziere und Arbeiterschaft getrieben. Das Tagblatt hielt mit aller Vehemenz an der Einheit zwischen Volk und Milizarmee fest. In Bern zeigte man Mühe, die eingespielte Vollmachtenpolitik abzustreifen und auf Frieden umzuschalten. Dies bildete den Stoff in den inländischen und vor allem kantonalen Spalten des «Aargauer Tagblattes». Und hinter all diesen offenen Auseinandersetzungen lauerte als wahre Ursache die Angst vor Not und Verelendung: die Wirtschaftskrise.

Und die Sorge um Deutschland setzte sich fort. Aufrufe für Hilfsaktionen für die Notleidenden<sup>80</sup> im nördlichen Nachbarlande waren kaum vereinbar mit der offiziellen Politik. «Was sollte diese Geheimdiplomatie des Bundespräsidenten? Da wurden Bankettreden pro Völkerbund gehalten, ohne dass das Volk konsultiert worden wäre. Soll die Schweiz gar am Wirtschaftskrieg gegen Deutschland teilnehmen, um die Reichsregierung zur Unterzeichnung aller Bedingungen zu zwingen? Wir vom Tagblatt verlangen eine volksnahe Politik.<sup>81</sup> Wir wollen einen Beitritt zum Völkerbund ruhig überlegen; vieles spricht dafür – die Neutralitätspolitik eher dagegen.»<sup>82</sup> Das Tagblatt bot dem jungen Dr. Hans Oehler mehrmals Gastrecht, einen klar deutschfreundlichen Kurs anzupreisen.<sup>83</sup> Am 17. Januar 1919 kritisierte er die schweizerische Neutralität. Er verlangte ein klares Bekenntnis zur deutschen Sache. Dies schuldeten wir schon unserer Geistesverwandtschaft. Die Redaktion setzte sich von ihm ab. Wir müssten uns die Staatsgrundsätze selber schaffen. Vielleicht treffen sie gelegentlich mit denen des Reiches zusammen. Aber dies sei nicht zwingend.<sup>84</sup> Im November desselben Jahres ritt der gleiche Autor eine scharfe Attacke gegen den Völkerbund

---

<sup>80</sup> Noch Mitte des Jahres 1912!

<sup>81</sup> AT, 23. Mai 1919.

<sup>82</sup> AT, 12. und 13. Juni 1919.

<sup>83</sup> Später Exponent der Nationalen Front.

<sup>84</sup> AT, 21. November 1919.

und den Beitritt der Schweiz, dies gar in Form eines Leitartikels.<sup>85</sup> Kurze Zeit später trat die Redaktion für die Aufnahme Vorarlbergs in den Bund der Eidgenossenschaft ein, und Oehler wandte sich strikte dagegen.<sup>86</sup>

Ganz allgemein traten in dieser Zeit die ausländischen Belange im Tagblatt wieder in den Hintergrund. Aktuelle Nachrichten erschienen zu Anfang jeder Nummer bei den Tagesneuigkeiten in Kleindruck oder am Schluss bei den Neuesten Nachrichten. Ansonsten bildeten diese Meldungen die Grundlage für die allgemeinen Betrachtungen in Leitartikeln, eingekauft oder vom AT redigiert. Der aufkommende Faschismus in Italien war ein neuartiges Thema und wird im folgenden Kapitel näher betrachtet. Die Rheinlandbesetzung 1923 ergab erstmals wieder grössere Schlagzeilen und kurzfristig eine Verlagerung der Interessen Richtung Ausland. Ansonsten wurde die Versailler Politik von Tagblatt sehr reserviert behandelt und entsprechend auch die Praxis des Völkerbundes. Noch 1926 schrieb die Redaktion im Jahresrückblick: Die Versailler Politik stehe der Versöhnung entgegen. Frankreich sei Initiant dieser Politik und schaffe sich die Vorherrschaft in Europa mittels Vasallenstaaten in Ost- und Südeuropa. Das Italien Mussolinis versuche eine Bresche in Frankreichs Balkan-Politik zu schlagen. Kurz, die Völkerbunds-Praxis wurde aus deutschem Blickwinkel kritisiert. Dazu wurde sie vor und nach 1920 vor allem innenpolitisch abgewandelt, das heisst als schweizerische Neutralitätspolitik, und was an Massnahmen oder Sanktionen dort beschlossen wurde, diskutierte man vor diesem Hintergrund.

Die Querelen und Abspaltungstendenzen beim Freisinn begleiteten die allgemeine Krise und erzeugten endlose Polemiken. Eine Regierungsrats-Kandidatur der Sozialdemokraten, Lehrer Karl Killer aus Baden, sorgte für Aufregung. Der Regierungsrat der freisinnigen Bauern erhielt die Unterstützung des liberalen Flügels, also des Tagblatts, während die «Neue Aargauer Zeitung» der Radikalen für Killer und damit für eine sozialdemokratische Regierungsverantwortung im Kanton eintrat. Welche Groteske für das AT! Der «Generalstreikführer Killer», der laut eigenen Aussagen eine Schule wünschte, welche die aargauische Jugend zur sozialistischen Revolution vorbereiten müsse, wurde am Ziegelrain (NAZ-Redaktion) als zukünftiger Erziehungsdirektor geadelt und angepriesen. Da die Bauernschaft sowieso dem Freisinn misstraute und mit einer Parteigründung liebäugelte, verschrieb sich das AT voll und ganz dem bäuerlichen Kandidaten. Dies wiederum führte zur Frage, ob sich der linke Parteiflügel endgültig von der Tagblatt-Partei trennen sollte. Die Nichtwahl Killers liess einen Graben zwischen AT und NAZ zurück, aber auch die Tendenz der Bauern, als Wirtschaftspartei selbständige Politik im Aargau zu treiben. Bern war

---

<sup>85</sup> AT, 4. Dezember 1919.

<sup>86</sup> AT, 4. Dezember 1919.



vorausgegangen. 1920 folgte die Gründung einer Bauernpartei im Bezirk Brugg, bald auch andernorts, und am 9. Dezember 1920 wurde das Parteiprogramm der Aargauischen Bauern- und Bürgerpartei zum Leitartikel des Tagblattes. Der Wunsch, in gleicher Weise wie in Bern, das Gewerbe zum Übertritt in die neue Partei zu bewegen, führte zu einem Seilziehen zwischen den Zeitungen und zu grossem Entgegenkommen an die mittelständische Politik. In der politischen Altjahresbetrachtung 1920 feierte die Redaktion des Tagblatts den Sieg über den «Aargauischen Hausfreund», Leitblatt der Bauernpartei. Die Jahresversammlung des Gewerbeverbandes hatte beschlossen, weiterhin bei den historischen Parteien zu politisieren.<sup>87</sup> Dennoch kam es Mitte 1922 zur Gründung einer Mittelstandspartei; diese aber versprach, im Rahmen der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz zu verbleiben.<sup>88</sup> Im Dezember 1922 entstand auf Betreiben von Dr. med. Hans Siegrist, Brugg, die Freisinnige Bürgerpartei des Kantons Aargau. Ein Grossaufruf auf der Frontseite des «Aargauer Tagblattes» machte klar, dass es sich hier um eine Dachorganisation aller liberalen Bezirks- und Ortsgruppen handelte. Fürsprech Dr. O. Meyer, Aarau, hatte den Aufruf mitunterzeichnet. Die im Sommer inszenierte Mittelstandspartei wurde integriert.<sup>89</sup> Die «Schweizer Freie Presse» von Manfred Jäger, Sohn des Nationalrates, wechselte die Hand: Sie wurde von einer Aktiengesellschaft übernommen und sollte, laut ersten Nummern, die neu gegründete Partei, die wegen Versagen der Parteileitung sich hatte absetzen müssen, gegen links abzugrenzen.<sup>90</sup> Zum Verwaltungsrat gehörte auch Dr. Roman Abt; er wird dann – nach dem neuerlichen Zusammenschluss der beiden Flügel,<sup>91</sup> das Badener Presseorgan der Bauern- und Bürgerpartei in die Hände spielen und das Blatt zur offiziellen Tageszeitung dieser aufstrebenden Gruppierung machen. Das frühere Leitorgan, «Der Aargauische Hausfreund» von Brugg, sank zum redaktionell alliierten, dreimal die Woche erscheinenden Nebenblatt herab. Die Aktivitäten von Roman Abt beim Kauf der Freien Presse machen deutlich, dass die Hoffnung auf eine Fusion der Freisinnigen Bürgerpartei mit der Aargauischen Bauernpartei von deren Führer noch nicht abgeschrieben war.

Zu Anfang des Jahres 1923 folgten sich im Tagblatt fast täglich Kommentare zur Parteispaltung und Gehässigkeiten gegenüber dem Präsidenten Hunziker, der auch vom «Badener Tagblatt» und selbstverständlich von der umgepolten Freien Presse als Hauptschuldiger angeklagt wurde. Auch das «Brugger Tagblatt» verfiel der Exkommunikation der «Neuen Aargauer

---

<sup>87</sup> AT, 31. Dezember 1920.

<sup>88</sup> AT, 24. Juli 1922.

<sup>89</sup> AT, 20. Dezember 1922.

<sup>90</sup> AT, 26. Dezember 1922.

<sup>91</sup> AT, 19. Januar 1925.

Zeitung».<sup>92</sup> Die ganze Schweiz schaute dem Treiben im Aargau, je nach Parteifarbe, bald belustigt, bald verärgert zu. In der liberalen Luzerner Presse, zitierte das AT, würde die Situation wie folgt abgewandelt: «Politisches aus dem Aargau. Vom Freisinn ist wenig Erfreuliches zu berichten. Die radikale Parteileitung und Presse macht alles, dass der letzte Bauer sich abwendet und nun auch Handwerker flüchtig werden.»<sup>93</sup>

Als im Sommer 1923 endlich das Kesseltreiben eingestellt wurde, war dies tatsächlich das Resultat des Wechsels im Parteipräsidium. Mit Oberst Traugott Bruggisser an der Spitze hoffte man auf Versöhnung.<sup>94</sup> Im Rückblick auf das vergangene Jahr wurde damals Zensuren erteilt: «Die freisinnige Presse erhält diesmal vom Parteisekretär keine gute Note», meinte das Tagblatt, und entschuldigte die scharfe Form der Presstexte in dieser Sache damit, dass Zeitungen eben nur das Echo der Verhältnisse sein könnten.<sup>95</sup> Das langsame Zusammenwachsen der beiden Flügel, das 1925 schliesslich zum Wiedereintritt der Freisinnigen Vereinigungen von Aarau und Brugg führte, liess – gerade wegen der Konkurrenz der Presseorgane an diesen Orten – die Gruppierungen intern weiter bestehen, so dass noch 1927 Redaktor Allemann seine Leserschaft belehren musste, dass eine Verlautbarung der Freisinnigen Vereinigung Aarau nichts mit seinem Blatt zu tun habe; er spreche im Namen der Freisinnig-demokratischen Volkspartei Aarau, der fortschrittlichen Gruppierung der Freisinnigen. Er betonte, dass schon mehr als ein Jahrzehnt in Aarau die beiden Vereine separat politisierten.

Die Kriegs- und Krisenjahre hatten den Spielraum des Tagblattes eingeengt und setzten auch dem Ausbau der Redaktion Grenzen. Ein bedeutendes Ereignis für den Zeitungsbetrieb in der Zwischenkriegszeit war der Buchdruckerstreit zum Jahresende 1922. Nachdem in Baden schon vom 24. bis zum 29. November die Arbeit niedergelegt worden war,<sup>96</sup> meldete das Tagblatt am 28. November, dass auch Sauerländer und Trüb, zwei Tage später auch die Druckerei Keller betroffen seien. Ab Samstag, 2. Dezember, wurden alle Betriebe der graphischen Branche in Aarau bestreikt. Das AT wurde am 4. Dezember notdürftig im Umfange von vier Seiten herausgebracht, desgleichen am folgenden Tag. Am 6. Dezember wurde nach Verhandlungen die Arbeit wieder aufgenommen. Solche hautnahe Arbeitskämpfe verhinderten auch, dass die AT-Redaktion die Linke ignorieren oder sich selbst überlassen konnte. Dies zeigte sich vor allem in Wahlzeiten. Aber auch dazwischen fand man gelegentlich Attacken nötig, Reaktionen auf Texte im «Freien Aargauer», nicht selten auch persönliche Anfeindun-

<sup>92</sup> AT, 11. Januar 1923.

<sup>93</sup> AT, 6. Dezember 1922.

<sup>94</sup> AT, 4. Juni 1923.

<sup>95</sup> AT, 8. Juni 1923.

<sup>96</sup> 29. November 1922, von Zürich aus gesteuert.

gen gegenüber Arthur Schmid, der als Nationalrat, Redaktor und Parteisekretär Angriffsflächen in Fülle darbot. Immerhin, weniger als zu erwarten wäre! Der Gegner im eigenen Hause berührte tiefgründiger als das Fernstehende. Neben der Kampagne gegen den Regierungskandidaten Killer 1919 war es der sogenannten Hauskonflikt im «Neuen Freien Aargauer», gemeint ist die Ablösung von Redaktor Schmassmann durch Arthur Schmid, der den Wortwechsel zwischen dem Tagblatt und dem sozialdemokratischen Parteisekretariat anfachte. Da Schmassmann entgegen der offiziellen Parteidoktrin für den Völkerbund eintrat, verlangte der Bezirksvorstand Aarau dessen Ausschluss. Unter dem Titel «Hosianna – Kreuzige!» blies das Tagblatt in die feindliche Glut, wohl in der Absicht, ein lohendes Feuer zu entfachen. Das linke Aareufer trete für Schmassmann, das rechte hingegen für Schmid ein; unter solchen Voraussetzungen sei das Parteiblatt wohl nicht mehr finanzierbar, monierte das AT. Dem «Leninapostel Schmid» wurde merkwürdige Logik vorgehalten, als dieser behauptete, Schmassmann sei freiwillig zurückgetreten. Ob er schliesslich seine ganze grosse Organisation in den Dienst des Auslandes stellen wolle?<sup>97</sup> «Die bolschewistische Agitation zur Zerrüttung unserer Armee» war für das Tagblatt ein Synonym für diese angebliche Hörigkeit.<sup>98</sup> Schmid forderte Redaktor Niggli dann zu einem Rededuell in der Öffentlichkeit heraus, da die einseitig gehaltenen Texte in den konkurrierenden Blättern immer nur den entsprechenden Teil der Bevölkerung erreichten. Niggli machte sich über die Herausforderung von Schmid lustig: Solche Scherze könnten nur einem Demagogen einfallen; der Fechtboden der Presse sei der Austragungsort für Duelle von Journalisten. Nie würde er sich «vor ein sozialdemokratisches Parteigericht» aufbieten lassen. Niggli konnte damals umso freigebiger austeilen, als er sich bereits zu einem Stellenwechsel nach Bern entschlossen hatte.<sup>99</sup> Einige Tage später kommentierte die AT-Redaktion, dass der Abgang Schmassmanns das SP-Sekretariat und die Zeitung in den gleichen Händen liege und damit die aargauische Partei voll im Fahrwasser der Bolschewisten dahintreibe. Das Einleitungswort der neuen Redaktion der Arbeiterpresse, ernannt ab Januar 1921, bestärkte das Tagblatt in seiner Meinung, denn es sollten nun die «Illusionen der kleinen Spiessbürger zerstört» und «die Arbeiter zum revolutionären Marxismus erzogen werden».<sup>100</sup> Als die Sozialisten im Grossen Rat zum Eid oder Gelöbnis eine Klassenkampf-Erklärung einbringen wollten, verschlug es der AT-Redaktion fast die Sprache: damit sei eine politische Zusammenarbeit mit dieser Partei im Aargau ausgeschlossen.

---

<sup>97</sup> AT, 12. Juni 1920.

<sup>98</sup> AT, 5. Juni 1920, Titel des Leitartikels.

<sup>99</sup> AT, 18. Juni 1920.

<sup>100</sup> AT, 5. Januar 1921.



Seit November 1922 versuchte die Tagblatt-Redaktion mit den «Neuen Briefen des Gätterlimachers» die kantonale Politik volkstümlich darzustellen.<sup>101</sup> Aber schon nach wenigen Nummern glitt diese Reihe in die Polemik ab. Der einfache Mann antwortete einem Leserbrief-Autoren, gekränkt und bissig. «Dir ist beim Schreiben die Hand geführt worden und ich kenne ihn, Deinen Schriftsteller. Es ist Arthur, der Selbstherrscher über alle Proletarier.» Dieser würde, statt zu argumentieren, sich über seine Kurzsichtigkeit lustig machen. «Er lacht mich aus wegen meines Glarner Namens.» «Das zieht, meint Arthur.» Der neue AT-Redaktor Friedrich Witz, der sich hier beleidigt zeigte, war sich noch nicht gewohnt, dass im Aargau die Zeitungen mit deren Schreiber gleichgestellt wurden.<sup>102</sup> Mit Friedrich Witz hatte das Tagblatt einen tüchtigen Kulturredaktor engagiert, der als Historiker auch die Kommentare zum Auslandsgeschehen verfasste. Mit dem Augenmass des liberalen Bildungsbürgers wertete er das schamlose Treiben im südlichen und nördlichen Anrainerstaat. Die Schriftleitung der Beilage «Welt und Leben» war ihm alleine anvertraut.<sup>103</sup> Am 30. September 1927 richtete er ein Abschiedswort an seine Leser, nach nur 6 1/2 Jahren Tätigkeit beim AT. Ein eher ungewöhnliches Vorgehen! Aus Zürich kommend, hatte er im Aargau so schnell Fuss gefasst, dass ihm 1925 aufgetragen wurde, eine kurzgefasste Pressegeschichte des Kantons zu verfassen. Dafür sei ihm an dieser Stelle ganz besonders gedankt.<sup>104</sup>

Redaktionell machte das Tagblatt eine Krise durch. Seit 1922 lieferte von Arx die Berichte aus Bern. Im Oktober entschwand auch dessen Name aus dem Impressum: Zimmerlin war allein. Auf den 1. November 1927 wurde Dr. Eduard Lauchenauer, bisher Journalist in St. Gallen, als Chefredaktor gewählt. Mit seinem Leitartikel Redaktions-Antritt stellte er sich dem Publikum vor.<sup>105</sup> Zum Jahresende lancierte das Blatt einen Wettbewerb: «Was wünschen Sie in Ihrer Zeitung zu lesen?», dessen Ergebnisse zwar nach längerer Zeit prämiert, im Detail aber nie ausposaunt wurden. Man zeigte sich erneuerungswillig, liess wohl die eine oder andere Anregung ins Konzept einfließen, ohne sich die Hände zu binden oder in die Karten schauen zu lassen.<sup>106</sup> Der neue Chef organisierte die Redaktion offiziell nach Ressorts, betreute selbst das Inland und das Feuilleton, und stellte ab Juli 1928 Hans Baer für das Auslandsgeschehen und den Nachrichtendienst an.<sup>107</sup> Karl Zimmerlin figurierte weiterhin im Impressum bis zum Juni 1929, ohne speziellen Aufgabenbereich. Seine Stelle wurde auch in der Folge nicht

<sup>101</sup> AT, 1. November 1922. Der Gätterlimacher von 1852 sei wiederauferstanden. Ohne Hinweis auf Augustin Keller oder die Schweizer Volkszeitung, Vorgängerin des Badener Tagblatts.

<sup>102</sup> AT, 30. Oktober 1922.

<sup>103</sup> AT, Dezember 1926.

<sup>104</sup> Aufsatz für Schweiz. Zeitungsverlegerverband.

<sup>105</sup> AT, 1. November 1927.

<sup>106</sup> AT, 24. März 1928.

<sup>107</sup> AT, 2. Juni 1928. Eigentlich: Wahl durch den Verwaltungsrat.

mehr mit einem zeichnungsberechtigten Journalisten besetzt. Das Team Lauchenauer-Baer führte das Blatt durch die Klippen des Frontenfrühlings, bis in der zweiten Hälfte 1936 Baer durch Dr. Helmut Suter ersetzt wurde, der schon seit Mitte Mai beim AT arbeitete und am 1. November zeichnender Redaktor wurde.<sup>108</sup> Baer hatte sich am 16. Mai 1936 verabschiedet, um in ein ihm nahestehendes industrielles Unternehmen einzutreten.<sup>109</sup>

Erst im Laufe des Krieges trat eine neue Veränderung ein: Dr. Lauchenauer wechselte in ein verwandtes Metier: er wurde Sekretär der aargauischen Handelskammer; dies zum Jahresanfang 1943.<sup>110</sup> Sein Platz nahm ab Juli 1943 Dr. W. Gisiger ein. Er übernahm damals das Ressort Ausland, während Suter sich nun dem Inland widmete. Erst 1956, also mehr als ein Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, erhielt eine Nummer drei Einsitz in die Redaktion, Dr. Kurt Lareida, der 1969 als Nachfolger von Gisiger Chefredaktor und später dann Regierungsrat wurde. Die Expansion der Zeitung in den 60er- und 70er-Jahren dokumentiert sich im sprunghaften Anstieg der Redaktionsmitglieder und der immer feingliedriger aufgefächerten Ressort-Struktur.

## **Unsere Demokratie – ein Luxus?<sup>111</sup>**

### **Der Frontenfrühling und das «Aargauer Tagblatt»**

Es ist bezeichnend, dass beim Tagblatt für die Bearbeitung der Auslandsnachrichten vor 1939 immer der zweite Redaktor zuständig war. Der Chef wollte Politik mitgestalten, nicht vom sichern Port aus kommentieren. Doch hatte das AT 1922 das Glück, an dieser Stelle einen weitsichtige und sattelfeste Persönlichkeit zu haben, die kommendes Unheil im südlichen, dann im nördlichen Nachbarlande zu erahnen vermochte und unentwegt die Fahne des echten Liberalismus hochhielt. Friedrich Witz verlangte am 30. Oktober 1922 kategorisch bei seiner Leserschaft mehr Aufmerksamkeit für das Geschehen in Italien. Was sich nach den Wahlen und dem Sieg Mussolinis abspiele, käme einem Staatsstreich gleich. Zwar führe der neue Ministerpräsident momentan laue Reden. Doch angesichts des aggressiven Nationalismus seiner Partei müssten wir ans Tessin denken. «Der Rest ist Schweigen (Shakespeare)».<sup>112</sup>

Nach dem AT vom 7. November forderte Mussolini die Schweiz indirekt auf, ihm zu seiner Wahl zu gratulieren, was Bundesrat Motta im Namen des ganzen Gremiums flugs besorgte. Während die Linkspresse das Regime Ita-

<sup>108</sup> AT, 31. Oktober 1936.

<sup>109</sup> AT, 16. Mai 1936.

<sup>110</sup> AT, 31. Oktober 1942.

<sup>111</sup> AT, 7. April 1933, Zitat aus der «Ostschweiz».

<sup>112</sup> AT, 30. Oktober 1922.

liens, das die Bekämpfung des Marxismus zum Hauptprogramm entwickelt hatte, selbstverständlich permanent kritisierte, wirkten die Mitteilungen aus Rom oder Mailand in der bürgerlichen Presse reserviert, aber objektiv. Am 11. Juni 1923 brachte es eine Rede Mussolinis im Senat immerhin zum Leitartikel im Tagblatt. Während zum Jahresanfang 1924 die Meldung, dass «La Squilla Italia», die faschistische Zeitung von Lugano seit 1923, in vergrössertem Umfange erscheine, ohne Nebenbemerkung erscheinen konnte,<sup>113</sup> brachten Grenzzwischenfälle im Tessin nun die Redaktion in Alarmstimmung. Faschisten aus Verona und Mailand versuchten, Gesinnungsfreunden ennet der Grenze zu Hilfe zu eilen, was immerhin eine bündsrätliche Intervention auslöste.<sup>114</sup> Die Ermordung Matteottis am 12. Juni 1924 wurde zwar im Tagblatt in gemesseren Worten verurteilt, als dies der «Freie Aargauer» tun musste. Dennoch verfolgte von nun an Redaktor Witz das Treiben der Staatspartei und der Regierung mit Argusaugen.

Zum Jahreswechsel zog er in einem Leitartikel Bilanz: Mussolini habe 1924 viel an Kredit verspielt. Die «hirnlosen Kerle» in seiner Partei hätten den Herrschsüchtigen in eine Krise hineingeritten. Was nütze es, dass der Führer gescheiter sei als die Trabanten? Dem kometenhaften Aufstieg «würde wohl bald auch der kometenhafte Abstieg» folgen. Was die Regierung halte, das sei nicht Geist, sondern System. Der Diktator zeige «den brutalen Willen und andere Tugenden eines grosszügigen Bandenführers».<sup>115</sup> Und am 4. April titelte das Tagblatt: «Mussolini als Kriegsprophet», als er seine militärischen Rüstungsziele bekanntgab. Dass auf Jahresende 1925 die Presse gleichgeschaltet wurde, indem alle Direktoren regierungsfreundlich sein mussten, stiess dem eingefleischten Journalisten besonders sauer auf.<sup>116</sup>

Was an Mussolini-Sympathien noch selten aufgetaucht war, weil man einer Frankreich-kritischen Politik Sinn abgewinnen konnte, musste sich schliesslich ganz verflüchtigen.<sup>117</sup> Mit dem Eintritt Dr. Lauchenaus in die Redaktion erhielt die Haltung zu den diktatorischen Tendenzen in Europa etwas Grundsätzliches. «Wir glauben nicht, dass die deutsche Demokratie als solche krank ist.» Was sich zeigt, ist eine Wachstumskrisis. Der Ausbau ist erreicht. Nun muss jene schöpferische Arbeit folgen, die nicht mehr spektakulär ist. Demokratie ist mühsam. Italien war ausser im lokalen Bereich im Norden nie demokratisch gewesen. Eher wirkte die katholische Kirche als Ordnungsfaktor beispielgebend. Die faschistische Bilanz im sechsten Jahr der Revolution mag negativ sein, Mussolini aber «gehört der

---

<sup>113</sup> AT, 14. Januar 1922.

<sup>114</sup> AT, 14. April 1924.

<sup>115</sup> AT, 6. Januar 1925.

<sup>116</sup> AT, 23. Dezember 1925.

<sup>117</sup> AT, 30. Dezember 1926.

Geschichte an, auch wenn er nichts mehr als eine Episode in der künftigen europäischen Geschichte bedeuten sollte».

Um 1930, als die Jugend hierzulande von der Unruhe erfasst wurde, da musste sich auch das Tagblatt der Kritik stellen. Die liberale Jugend fand – zusammen mit der Neuen Front – dass die «überlieferte Staatsform unzeitgemäss geworden» sei. Sozialdemokratie und Freisinn müssten sich innerlich wandeln; sie seien zu Klassenparteien geworden. Der Verfasser des Leitartikels (P. S.) kritisierte diese Vertreter: «Ihr Blick ist deutlich auf den Faschismus gerichtet.» Immerhin: die Jungen haben den Glauben nicht verloren. Ihre Unruhe entstamme der Verantwortung.<sup>118</sup> Die Meldung, dass sich die liberale Jugend auch im Aargau separat organisieren wolle, wurde als Zeichen der um sich greifenden Unruhe gewertet.<sup>119</sup> Lauchenauer und Baer stellten sich umso deutlicher zu Demokratie und Pluralität, als 1931/32 auch in Deutschland die Radikalen zur Rechten und zur Linken dem Staat liberalen Zuschnittes den Kampf ansagten.

Im ausländischen Jahresrückblick 1932 meinte Baer: «Die Nationalsozialisten waren nahe daran, die Macht zu ergreifen. Dass dies nicht geschehen ist, war in erster Linie Hindenburg und dann Hitlers staatsmännischer Unfähigkeit zuzuschreiben.» «Hitlers demagogisches Blendwerk gelangte nicht zum Siege.» «Für einige Zeit, vielleicht für immer, ist der Nationalsozialismus in Deutschland von der radikalen doktrinen Richtung eines Hitler befreit.»<sup>120</sup> Am gleichen Tag schrieb der Inlandredaktor einen vaterländischen Jahresrückblick. Lauchenauer behandelte die Unruhen in Zürich und Genf, die «Strassenschlachten nach dem Dienstreglement der 3. Internationalen». «Am blutigen 9. November, dem ominösen Revolutionsdatum der Weltgeschichte, zahlten 13 Menschen in der Völkerbundsstadt diese anhaltenden Revolutionsübungen mit dem Tode.» Daraus resultierte bei den Linksparteien «ein demokratisch verbrämtes Bekenntnis zu ihrer Politik und ihrer revolutionären Taktik, und die Erkenntnis der bürgerlichen Mehrheit des Schweizervolkes, dass wir in dieser Kette der blutigen Ereignisse vom Januar bis zum November die klaren Zeichen der planmässigen Vorbereitung der Revolution in der Schweiz vor uns haben, gewissermassen die Wiederholungskurse des Bürgerkrieges.»<sup>121</sup>

Die Verbindung der beiden Texte erbringt die klare Haltung des schweizerischen Bürgertums im Vorfeld der Machtergreifung in Deutschland. Die «üble und traurige Heuchelei» der Linkspresse,<sup>122</sup> einen Kampf gegen den Faschismus im Dienste von Freiheit und Demokratie zu führen, müsste entlarvt werden. Die Gefahr für die Innenpolitik komme von links, die Gefahr

<sup>118</sup> AT, 26. Dezember 1930.

<sup>119</sup> AT, 31. Dezember 1930.

<sup>120</sup> AT, 31. Dezember 1932.

<sup>121</sup> AT, 31. Dezember 1932.

<sup>122</sup> AT, 28. Dezember 1932.



für die staatliche Unabhängigkeit aber komme von rechts. Der Kampf zwischen zwei totalitären Systemen ist in jedem Falle kein Engagement für Menschenrechte und Demokratie. Dies könne nur aus der Position des wahren Liberalismus wachsen. Wenn der Freisinn sich im Kampf gegen den unmenschlichen Bolschewismus mit dem Nationalsozialismus treffe, so heisse dies nicht, dass dessen Unmenschlichkeit verkannt würde. In der politischen Praxis gelte aber für die Schweiz: die Gefahr von aussen, die unser Staatswesen direkt bedroht und innerlich erschüttern könnte – sie heisst Faschismus, die Bedrohung durch den Bolschewismus ist schon da, steckt im heutigen Alltag und hat daher unbedingte Priorität. Wenn Bruno Grimm, «volkswirtschaftlicher Mitarbeiter am Freien Aargauer» und Redaktor vom «Volk» in Olten, die Reaktion in Deutschland und in der Schweiz gleichsetzt, so sei dies eine «schwindelhafte Konstruktion».<sup>123</sup>

Chefredaktor Lauchenaer hatte schon einen Monat zuvor bei einem Vortrag in Aarau zum Thema «Abschaffung des Liberalismus» angezeigt, wie dies von aussen rechts und von aussen links verstanden und praktiziert würde. Beide Gegner wollten den Interventionismus, entweder in Form des Korporationenstaates oder in Form der Räterepublik. «Die sogenannte Krisis der liberalen Wirtschaft ist in Tat und Wahrheit der Zusammenbruch einer wirtschaftlichen Interventionspolitik, die das Gegenteil des wirtschaftlichen Liberalismus darstellt.» Aber auch die Zerreissung unseres Volkes in Interessengruppen sei eine Bedrohung unseres Staates: am Ende stehe die Auflösung unserer Volksgemeinschaft.<sup>124</sup> Diese These wurde vom AT unentwegt wiederholt. «Mit der wirtschaftlichen hängt die politische Probe zusammen.»<sup>125</sup> Es ist eine Modetorheit, den «hemmungslosen wirtschaftlichen Egoismus» als ein wesentliches Merkmal des Liberalismus zu bezeichnen. Es wird «das Wohlergehen des Einzelnen von der Wohlfahrt des Ganzen bestimmt». Der leider antiquierte Begriff der Gemeinnützigkeit wird einen neuen, umfassenderen Gehalt bekommen.<sup>126</sup> Solche Zitate, isoliert vorgetragen, liessen sich durchaus als anpasserisch anführen, sie werden im AT aber stets im Gegensatz zu korporativen Modellen verwendet. Noch kurz vor der überraschenden «Machtübernahme» der NSDAP berichtete das AT in einem Aufsatz «Der Diktator über die Schweiz», dass Radek, der 1919 von Lenin ausersehen war, Diktator der «eidgenössischen Sowjetrepublik» zu werden – das Oltener Komitee sollte ihn dazu ausrufen – nun mit Nationalrat Nicole unter einer Decke stecke. Trotz Protesten musste der Bundesrat diesem Sowjetvertreter beim Völkerbund die Einreise in die Schweiz gestatten. Solche Meldungen bewiesen der Leserschaft, was in erster, und was in zweiter Linie zu fürchten und daher zu bekämpfen

<sup>123</sup> AT, 20. Dezember 1932.

<sup>124</sup> AT, 6. Dezember 1932.

<sup>125</sup> AT, 5. Januar 1933.

<sup>126</sup> AT, 7. Januar 1933, Aufsatz im AT von Theodor Gut von der Zürichsee Zeitung.

war. Nach der Überraschung, dass Hindenburg der Harzburger Front vertraute und Hitler als Kanzler akzeptierte, verlegte sich die Hoffnung des Tagblatts auf die Aufpasser, die nötigen Koalitionspartner. Doch – «Wetterleuchten in Deutschland» – das Zentrum lehnte die Zusammenarbeit ab und Neuwahlen drängten sich auf. Das offene Misstrauen Lauchenaus gegenüber Hitler wurde in der Wahlkampfphase gerechtfertigt: in «Hagelwetter über Deutschland» prangerte er das rücksichtslose Vorgehen gegenüber einer kritischen Presse und Beamtenschaft an, ebenso die Aversion Hitlers gegenüber der parlamentarischen Demokratie, ohne Respekt vor Verfassung und Parlament.<sup>127</sup> Wird Hitler zurücktreten, wenn er keine Mehrheit findet? Offen deklarierte damals das AT die Putschgefahr in Deutschland.<sup>128</sup> Die Meinung der NS-Regierung, der Reichstagsbrand sei als «Verzweiflungstat der Kommunisten» zu werten, wurde vorerst akzeptiert, dennoch sickerte Misstrauen an der offiziellen Anklage durch. War der Brand auf Bestellung erfolgt? Der Terror zwang die Vorahnung auf, Deutschland werde entweder dem Kommunismus oder dem Nationalsozialismus verfallen. Am Samstag vor der Wahl prognostizierte die Redaktion: «Deutschland hat die Diktatur, wahrscheinlich jahrelang». Zwei Tage später wurde getitelt: «Hitler Diktator durch den Willen des Volkes». Die «Weimarer Verfassung (...) hat zu existieren aufgehört» und dies nach einem Wahlkampf, «der in Ausmass, Aktivität und Rücksichtslosigkeit alles Bisherige in den Schatten stellt».<sup>129</sup> Aussenpolitisch drohe nun der Schweiz eine Diktatur im Süden wie im Norden. Es sei daher notwendig, der «schweizerischen Wehrhaftigkeit und Landesverteidigung alle wünschbare Aufmerksamkeit» zu schenken. Innenpolitisch werde daraus eine Radikalisierung des Marxismus in der Schweiz resultieren, sofern dies überhaupt noch möglich sei. Die Schweiz als Asyl für Verfolgte werde diese Tendenz weiter vorantreiben. Andererseits könnte der deutsche Rundfunk unsere Kleinbürger beeinflussen. Diese Kreise hätten Hitler zur Macht verholfen. Die «volkstümlichen und primitiven Reden könnten ein Echo auch hiezulande ausüben. Wir müssen geistig Stellung beziehen. Dass die Deutschen einem Führer folgen, dessen Reden einen Eklektizismus primitivster Art verraten, darf nicht auf uns abfärben.»<sup>130</sup> Ein warnender Artikel eines Einsenders Or. «Kleines Erlebnis im neuen Deutschland» mit abschreckenden Beispielen geistiger Verwirrung kommt zum Schluss: «der Funke ist schon über den Rhein gesprungen».<sup>131</sup> Am Tag darauf meldete die Zeitung die Krawalle in Brugg. Die örtlichen Sozialisten versuchten die Versammlung der Nationalen Front, Herausgeberin des «Eisernen Besens», mittels einer

<sup>127</sup> AT, 20. Februar 1933.

<sup>128</sup> AT, 21. Februar 1933.

<sup>129</sup> AT, 6. März 1933.

<sup>130</sup> AT, 11. März 1933.

<sup>131</sup> AT, 31. März 1933.

Saalbesetzung zu verhindern. Für die bürgerlichen Blätter war dies der Anfang der terroristischen Methoden, die in Deutschland zur Eskalation und schliesslich zur Diktatur geführt hatten. Dass dies der «Freie Aargauer» ganz anders wertete, versteht sich von selbst: das Wehret den Anfängen! rechtfertigte auch die Verletzung der Versammlungsfreiheit. Obwohl das Tagblatt am 29. März mit Schlagzeile auf der Frontseite «Der Judenboykott in Deutschland» gemeldet hatte und damit den Protest kundtat, versuchte Lauchenauer den Antisemitismus in Deutschland eine Woche später sachlich zu ergründen. «Hier ist zu sagen, dass die Auseinandersetzungen der Deutschen im Reich mit den reichsdeutschen Israeliten als eine durchaus in den Bereich der inneren Politik fallende Angelegenheit von den Nationalsozialisten und der Regierung betrachtet wird. Die Einmischung des Auslandes musste deshalb auf schärfste Opposition stossen.» Der Antisemitismus sei «wegen Greuelberichten ausländischer Blätter» gewaltig angewachsen. Dabei war dieser längst latent vorhanden, schon zur Zeit Bismarcks. Ein Anwachsen gründete zum Teil in ausländischen Ereignissen: jüdische Intellektuelle waren führend beteiligt an der russischen Revolution und beim blutigen Terror in Ungarn. Dann auch in inländischen Phänomenen: viele Kriegsgewinnler seien Juden gewesen, ihnen gehörten zum Teil die Riesenwarenhäuser, dann nehme ihr Einfluss in der Ärzteschaft und bei den Advokaten laufend zu. Dies möge den Antisemitismus im Reich verständlich machen.

Im übrigen sei es nicht die Reichsregierung, sondern die NS-Partei, die den Boykott lanciert habe, die Regierung habe die Aktion nur toleriert. «Der Boykott wurde nach einem Tage eingestellt.» Diese Darstellung, die sich deutlich von den empörten und emotional gefärbten Kommentaren im «Freien Aargauer» abheben wollte, war sophistisch und schönfärberisch zugleich. Die Judendiskriminierung und damit auch die Verfolgung waren seit 1924 im NS-Parteiprogramm, ideologisch in der NS-Rassenlehre und in Hitlers «Mein Kampf» klar programmiert und damit der Redaktion bekannt. Es brauchte daher keines Propheten, um vorauszusehen, wie sich alles weiterentwickeln und wo es schliesslich enden würde.<sup>132</sup> Geradezu absurd fand Lauchenauer die Meinung Redaktor Rodels, dass der «Freie Aargauer» ein «Kämpfer für Licht und Freiheit» sei, obwohl er mit seinen aufreizenden Kommentaren nur eine Angstpsychose auslöse. Die Gefahren für die Demokratie in unserem Lande wolle das «Aargauer Tagblatt» schon aufzeigen. Diese sybyllinische Bemerkung fasste Redaktor Rodel vom «Freien Aargauer» als klare Drohung an die Adresse seiner Partei auf. Tatsächlich brachte das «Aargauer Tagblatt» am 18. März 1933 das Demokratieverständnis der Sozialdemokraten auf die kurze Formel: «Mit dem Stimmzettel, soweit es geht und der Rest heisst – je nach dem!» Zwar wurde

<sup>132</sup> AT, 7. April 1933.



am SP-Parteitag in Biel Verhandeln und Paktieren mit den Kommunisten abgelehnt und die AT-Redaktion vernahm mit Genugtuung, dass die Anwendung demokratischer Mittel versprochen wurde. Man könnte daher von einem bedingten Bekenntnis zur Demokratie sprechen.<sup>133</sup> Was aber auch zur Demokratie gehören würde, wurde in Brugg vorgeführt, und zwar nicht von den Sozialdemokraten. Unter dem Schutz der bürgerlichen Parteien konnte die Nationale Front ihren seinerzeit von der SP verhinderten Vortragsabend durchführen. Erst jetzt vermochte die Redaktion des AT zum Geist dieser Veranstaltung tatsächlich Stellung nehmen. «Nur ca. 500 Personen» fanden sich ein. Öfters spendete man Applaus auf «reine Anklagen ohne aufbauende Kritik». Zur Sammlung gegen die Interessen- und Bonzen-Politik hätten die bürgerlichen Parteien aufgerufen, längst bevor die Nationale Front geboren war. Die Diskussion bewegte sich auf tiefem Niveau. Vor allem war von der SP nur die dritte und vierte Garnitur anwesend. Die «Grosstuer vom 31. März waren nirgends zu sehen». Die Entfelderpolitik sei eben eine schlechte Grundlage für die wirkliche Auseinandersetzung. Die Behauptung, die Schweiz sei die Zentrale des internationalen Judentums und unser Staat von Sozialisten unterwandert, wurde nur mit Gegenbehauptungen bestritten. Das deutschtümelnde Gehabe, die Harusrufe usw. seien abstoßend, andererseits sei ein Patriotismus unverkennbar.<sup>134</sup> Die sozialistische Presse habe sich in der Kommentierung des Anlasses total verrannt. Sie möchte nun das Bürgertum zu Faschisten machen. Sie möchte als «einzig zuverlässiger Verteidiger der Freiheitsrechte» dastehen. «Wir haben die Redefreiheit wiederhergestellt und haben mit ihnen diskutiert und nicht bloss ihre Aussagen niedergeschrien.<sup>135</sup> Das Wesensmerkmal des Faschismus ist die Diktatur, die im konkreten Fall sozusagen das sittliche Gewissen des Einzelnen ersetzt! Das alles ist für uns Schweizer nicht geeignet. Uns kann nur die Freiheit helfen.» Die Forderungen «Ausmerzungen alles Ungesunden und Erstarrten», die «Erneuerung der Volksgemeinschaft», der Ersatz der «Proporzerei» durch den «Gemeinschaftsgedanken», enthielten wahre Anliegen. Die Erneuerungsbewegung dürfe nicht bagatellisiert werden.<sup>136</sup> Meldungen von weiteren Frontengründungen wurden kommentarlos eingerückt, zum Teil mit höhnischem Unterton, etwa unter dem Titel: «Ein Fröntchen mehr!», oder die «Ponokratische Front» von Handelslehrer Junker «gegen die Überfremdung und Entartung der arischen Völkerzweige romanischen und germanischen Blutes auf dem Boden der Eidgenossenschaft», was dann am 2. Mai in demselben Blatte als Witz bezeichnet wurde. Die «Neue Helvetische Gesellschaft» kritisierte, dass diese Regeneration durch die «offensichtliche Nachahmung ausländi-

<sup>133</sup> AT, 10. April 1933.

<sup>134</sup> AT, 13. April 1933.

<sup>135</sup> AT, 15. April 1933.

<sup>136</sup> AT, 22. April 1933.

scher Vorgänge kurzzeitige Formen annimmt»: Das Anprangern von Sündenböcken und die Uniformierung gehörten zu dieser Praxis. Der «Schweizerische Vaterländische Verband», der die Bekämpfung des Marxismus, die Wehrhaftigkeit und das Bekenntnis zur Demokratie zum Programm erhoben hatte, musste nach eigenen Angaben auch dafür sorgen, dass die «schweizerische Eigenart rein erhalten bleibe». Am klarsten drückte sich die liberale Jugend in ihrem Aufruf, sich in Flüelen zu treffen, aus: «Gegen die Irreführung der Arbeiterschaft» – aber auch gegen die «Sekretären- und Günstlingswirtschaft eines Korporationenstaates, engstirnigen Antisemitismus und blöde Nachäffung ausländischer Formen.»<sup>137</sup>

Alle diese Verlautbarungen im Tagblatt bewiesen, dass man sich im Bürgertum ernsthaft mit den Kritiken auseinandersetzen wollte, die im Kreise der studentischen Jugend, vorab in Zürich, mehr laut ausgerufen als vorgelesen wurden. Am weitesten kamen die Äusserungen Eugen Birchers im AT den Fronten entgegen. Deutschland habe uns ein «gutes Vorbild gegeben und den Marxismus niedergeschmettert». Die Einzelaktionen der Fronten seien falsch. «Erst wenn die lebensfähigen unter diesen neuen Gebilden sich zur grossen Einheitsfront zusammenschliessen, werden sie siegen. Marschieren sie getrennt, so wird sie der Gegner einzeln erledigen.»<sup>138</sup> Am folgenden Tag konzentrierte sich die Kritik Birchers auf die Geheimorden. «Gelingt es uns, mit diesen Landplagen aufzuräumen, dann braucht uns um die Zukunft unseres Volkes und Staates, selbst wenn sich ringsum Diktaturen erheben sollten, nicht bange sein.»<sup>139</sup> Drei Tage später fusionierte die Nationale und die Neue Front als Partei. Solche Übereinstimmungen mussten die angesprochenen Feinde und möglichen Opfer hellhörig machen und gaben zu Spekulationen Anlass. Lauchenaue war bei einer geschlossenen Versammlung der Nationalen Front in Aarau mit dabei, hörte sich das Referat von Tobler an und berichtete kleingedruckt darüber im AT. Einiges aus früheren Reden sei relativiert worden: die Kritik an den Juden richte sich nicht gegen Einzelne, sondern gegen die Überfremdung. Boykott und Fremdenrecht seien keine Lösungen. Bei Wahlen reiche es nicht, von unten gewählt zu werden, dazu gehöre auch die Bestätigung von oben. Lauchenaue erkannte dem Referenten durchaus Idealismus zu. Aber: die Schweiz sei kein Parteienstaat wie die Weimarer Republik, das Volk hat das letzte Wort. Die Bestätigung von oben hat in unserm Staate keinen Raum – das Volk ist oben. Die bewährte schweizerische Selbstverwaltung stehe einer ständischen Gliederung im Wege. Eine Autarkie sei in unserem Lande nicht machbar. Einer Erneuerung stehe man durchaus offen, wenn es aber um die Zerstörung der wertvollsten Güter gehe, so wer-

<sup>137</sup> AT, 10. Mai 1933.

<sup>138</sup> AT, 12. Mai 1933.

<sup>139</sup> AT, 13. Mai 1933.

den diese Jungen auf Felsengrund stossen. In diesem Bereiche könnten Traditionen nur weitergebildet werden.

Wie weit, respektive wie wenig, die Tagblatt-Redaktion den Fronten entgegenkommen wollte oder konnte, war längst vor der grossen Tagung und Kundgebung in Brugg klar. Der kurze Bericht, in dem aus der Rede Sondereggers hervorgehoben wurde, dass er der Meinung sei, die Nationale Front verfolge rein revisionistische Züge und nur die böse Presse verleumde die Inhalte und Ziele der Bewegung, war bezüglich Umfang und Plazierung einer Versammlung von immerhin 2500 Personen angemessen. Die Kommentare über die Abstimmung zum Besoldungsabbau und der Nicole-Prozess standen gleichentags im Zentrum des Interesses. Nach den ersten Wahlerfolgen der Fronten im Sommer 1933 kommentierte das Tagblatt: «Hans im Glück waren die Fronten, bis dahin wenig beachtet, jetzt aber plötzlich dadurch überrascht, dass der Same, den der Wind verweht hatte, unversehens aufging. Heute stehen wir in einer Hochkonjunktur dieser neuen politischen Gebilde und bereits drängen sich ihnen nicht bloss die Erweckten und Überzeugten, sondern auch jene zu, die immer bei den Herren der Situation sind, wie der Schatten beim Licht. Heute gibt es Auguren und – Angsthasen, welche die Dritte Schweiz sozusagen schon für die fertige Tatsache von morgen halten.» Aber wer gut zuhört, merkt, dass Skepsis bereits wächst. Die Radikalisierung in Deutschland macht hellhörig. Der Rechtsbolschewismus wächst. Die Sozialdemokraten antworten mit einer bemerkenswerten Sammlung. Auch wenn die Gegensätze die Bürgerlichen spalte, so seien sie sich einig gegenüber sogenannten faschistischen Strömungen. Leider herrsche links immer noch Revolutionsromantik. Eine Einigung aller demokratischen Organisationen wäre wünschbar, einschliesslich der Sozialdemokraten. «Eine Einigung über die marxistischen Grundsätze und einen Kompromiss mit ihnen gibt es dagegen nicht.»<sup>140</sup>

Zum Jahresende zeigte der traditionelle vaterländische Jahresrückblick, dass sich die Redaktion unverrückbar an ihre Linie hielt: Die Linke erliess ein «mehr als problematisches Bekenntnis zur Landesverteidigung». «Die Fronten, obgleich sie erst seit neun Monaten eine wirkliche politische Rolle spielen, gehören bereits zum eisernen Bestand unserer täglichen Parteipolitik. Es hat sich gezeigt: Die Nüchternheit der Schweizer herrscht nicht im erwarteten Masse. Illusionen spielen eine gewaltige Rolle, aber die Desillusionierung kommt von selber.» Im Jahre 1934 sorgten die Schlagzeilen über den Röhm-Putsch und die Meuchelmorde für bessere Einsichten. Das offene geübte Prinzip der Gewalt führte endlich zur Aufforderung der Redaktion an die Leserschaft, Hitlers Buch «Mein Kampf» zu lesen und ernst zu nehmen. 1935, bei den Nationalratswahlen, prellte Gottlieb Duttweiler die Fronten um den Erfolg, indem er die wirklichen patriotischen Unzufriede-

---

<sup>140</sup> AT, 1. Juli 1933.

nen und Erneuerer hinter sich zu scharen wusste und den Fronten nur noch die deutschhörigen Eiferer überliess, die sich mit einem einzigen Sitz in der grossen Kammer begnügen mussten. Und 1936 finden wir im gleichnamigen Rückblick: Die Nationale Front ging nach dem Nürnberger Parteitag in Brugg «offen zum faschistisch-nationalsozialistischen Bekenntnis über».<sup>141</sup>

Nach den Ereignissen in Österreich 1937/38 waren die Anhänger dieser Bewegung gebrandmarkt und galten als gefährlich. Sie selber wirkten nun als Elemente der Überfremdung. Je isolierter die Schweiz wurde, dreiseitig von faschistischen Diktaturen umgeben, erwuchs aus dem Flüchtlingsproblem und der Asylpraxis eine neue Angst vor der Überfremdung der Schweiz. Sie entstammte nicht irgendwelchen rassistischen Ideologien oder Theorien, sondern dem nackten Egoismus oder der Furcht, von Extremisten der undemokratischen Linken unterwandert zu werden. Ein Vortrag von Heinrich Rothmund bei der Neuen Helvetischen Gesellschaft Aarau war so brandaktuell, dass der Bericht darüber am 31. Dezember 1938 die ganze Frontseite des Tagblattes einnahm. Obwohl sich die israelitischen Organisationen bereit erklärt hatten, sich dieser Flüchtlinge anzunehmen, sei nun die Einreise vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement abgebremst worden. Der regelmässige Abfluss in Einwanderungsländer müsse zuerst sichergestellt sein, damit diese Leute nicht schliesslich unseren Arbeitsmarkt belasteten. Im weiteren sollten Ausländer als Vorsichtsmassnahme von Vereinsvorständen ausgeschlossen sein. Das Prinzip von Prof. Lorenz, «Die Schweiz den Schweizern», sei zu beherzigen. Ein Brief von Dr. Wartenweiler des Inhalts, man sollte den Emigranten Arbeit geben, so dass sie sich auf die Weiterreise vorbereiten könnten, fand der Referent zu weitgehend, ebenso die Bitte des Herzberg-Hausherrn, man könnte einige Tausend Flüchtlinge zusätzlich aufnehmen. Die gegenwärtige Praxis sei gut schweizerisch. Und dieser Bemerkung hatte das Tagblatt nichts mehr beizufügen.

## Die Kriegsjahre 1939–1945

Weltkriege, die der Schweiz zusetzen und die Armee mobilisieren, sind der Presse – trotz Nachrichtenschwemme – nicht förderlich. Geschäftlich ist im besten Falle Stagnation zu erwarten, journalistisch fehlt die Freiheit zu kommentieren, wie das Herz begehrt. Pressegeschichtlich erbringen Kriegsjahre wenig. Die Zensurmassnahmen, selbst wenn sie im voraus nur in der milden Form der Empfehlung masschneiden, lassen Ecken und Kanten, ja selbst den eigenen Charakter der Blätter verschwinden. Zudem: Die Papierkontingentierung beschränkt den Textraum, das Inseratengeschäft

<sup>141</sup> AT, 31. Dezember 1936.



flaut ab, die Preiskontrolle verhindert die Erhöhung der Abonnementsbeiträge oder beschränkt mindestens den Wettbewerb, das technische, administrative und redaktionelle Personal weilt abwechselungsweise im Aktivdienst und stellt die Verlagsleitung immer wieder vor das Problem, ihr Produkt morgen pünktlich im Briefkasten der Leserschaft zu wissen. Für Neuerungen und Experimente bleibt da kaum Freiraum. Das Improvisieren fordert sowieso die Phantasie und bindet die kreativen Kräfte. Man überlebte – und dies im besten Fall. Seitens der Politik, der Medienwissenschaft, der Staatssicherheit, der Gesetzgebung und Gerichtspraxis ist «Zensur und Selbstzensur»<sup>142</sup> ein attraktives Thema und «Die Sündenböcke der Schweiz»<sup>143</sup> belegen, dass der Ausnahmezustand dem Historiker entgegenkommt und ihn doppelt neugierig macht. Dem historischen Begleiter und Aufbereiter der Zeitungsorgane hingegen kommen solche Zeiten nicht entgegen, beim Inhalt werden nur Nuancen sichtbar, es lohnt sich eher, etwas anzuleuchten als auszuleuchten. Dies umso mehr, als der Aargau von allen Kantonen der schweizerischste ist; man mag untereinander feilschen und streiten, dies auch mit andern Kantonen tun: wenn Bundesbern ruft oder befiehlt, dann steht der Aargauer stramm, selbst dann, wenn dies Opfer erheischt. Während andere Tageszeitungen sich nach dem Kriege brüsten, eine dauernde Gratwanderung zwischen zensurbehördlicher Konfiskation und Toleranz geübt zu haben, selbstverständlich mit gelegentlichen Abstürzen und Verweisen, ist hierzulande selbst der alte Haudegen Arthur Schmid vom «Freien Aargauer» stolz darauf, sich mit Bravour durch die engen Gassen, die Empfehlungen (Selbstzensur) und präventive Wirkung der Nachzensur noch belassen, geschlängelt zu haben. Als Nationalrat und Presse­mann war er sich selbst: für möglichste Belassung der Pressefreiheit. Als Mitglied der «Abteilung Presse und Funkspruch» (APF) aber war er vor allem Aargauer: was geboten war, musste durchgezogen werden, auch unter der Bedingung, wider Willen zum Musterknaben zu werden. Tatsächlich: Keine schwere Massnahme musste je gegenüber einer aargauischen Zeitung ergriffen werden.

Für das «Aargauer Tagblatt» war der Ausbruch des Krieges 1939, im Gegensatz zu 1914, keine Überraschung. Schon das Jahr 1938 bezeichnete die Redaktion als Phase «schwerster seelischer Erschütterungen». Nach dem Überfall auf Österreich habe der Bundesrat die Grenzbrücken verminen lassen. Die «Mobilmachung hing nur an einem Haar».<sup>144</sup> Die Schweizerische Landesausstellung «ist zum Schauplatz eines geradezu rührenden Bekenntnisses zum Genius der Schweizerischen Eidgenossenschaft geworden und sie hat auch im Ausland eine unschätzbare Wirkung hervorgeru-

---

<sup>142</sup> Titel des Buches von Georg Kreis.

<sup>143</sup> Titel des Buches von Gerhard Waeger.

<sup>144</sup> AT, 31. Dezember 1938.

fen.» Die «prekären Aussichten des Münchner Abkommens» hätten im Kleinstaat Schweiz den Wehrwillen und die Bereitschaft gestärkt. Im vaterländischen Jahresrückblick lobte Ende 1939 die Redaktion: Neben der Haltung der Armee war «nichts so eindrucksvoll wie der ruhige Gang des gewohnten politischen Lebens. Es gibt kein anderes Volk, das, unter den Waffen stehend, eine solche demokratische Auseinandersetzung durchführte.»<sup>145</sup> Gemeint waren die National- und Ständeratswahlen 1939.

Der Anblick der Zeitung veränderte sich insofern, als nun Land- und Operationskarten im Textteil zum festen Bestand der Information gehörten. Das Auslandsressort, das heisst das Kriegsgeschehen, erhielt absolute Priorität. Wo sich Parallelen oder Ähnlichkeiten zur eigenen Lage ergaben, verliessen die Kommentare die gewohnte Sachlichkeit und bewiesen tieferes Mitgefühl und Hochachtung, wie im Winter 1939/40 bei Finnlands Heldenkampf.<sup>146</sup> Auch im Inlandteil gehörten Verlautbarungen und Massnahmen des Bundesrates und der Armee zum festen Bestandteil der täglichen Nachrichten. «Dem Nachrichtenwesen ist noch nie eine solche Bedeutung wie heute zugekommen.» Das Armeekommando darf das Pressewesen dank Ermächtigung durch den Bundesrat überwachen und stellt auf das Verantwortungsbewusstsein der Presse ab, bemerkte die Redaktion mit einem gewissen Stolz. Gesinnungsneutralität sei trotzdem nicht gefragt. «Als ein friedliches Volk ist für uns derjenige der Angreifer, der einmarschiert, derjenige der den Krieg eröffnet hat. Dieses unmittelbare Empfinden entbindet uns nicht, die Umstände zu prüfen, unter denen es geschehen ist.»<sup>147</sup> Auch die gewohnten Querelen um den moskowitzischen Einfluss auf die schweizerischen Linksparteien verlor an Gewicht, angesichts der Erkenntnis: «Seit dem deutsch-russischen Pakt wissen wir alle, dass es nicht mehr um Ideologien, sondern um Macht geht.»<sup>148</sup>

Umso überraschter und zerknirschter verkündete die gutwillige Redaktion in einem Avis an die Leser: «Unsere gestrige Nummer ist auf Verfügung der Abt. Presse und Rundfunk im Armeestab wegen einer Meldung betreffend der Einteilung der Armee beschlagnahmt worden. Wir bitten unsere Abonnenten, das Ausbleiben zu entschuldigen.»<sup>149</sup> Auch am Nachtage konnte sich die aufgebrachte Redaktion nicht erholen. Sie beklagte sich in einem halbseitigen Text über die Rechtsunsicherheit. Die überfallartige Aktion sei ohne vorherige Begründung erfolgt. Dieser Warnschuss blieb unseres Wissens die einzige offene Massnahme, die in Aarau stattfand. Die Einschüchterung war so wirksam, dass im Aargau kein Bild eines Armeesackmessers ohne Zensurnummer veröffentlicht worden wäre. Das «Aar-

<sup>145</sup> AT, 30. Dezember 1939.

<sup>146</sup> AT, 22. Dezember 1939.

<sup>147</sup> AT, 19. September 1939.

<sup>148</sup> AT, 19. September 1939.

<sup>149</sup> AT, 27. Dezember 1939.

gauer Tagblatt» hatte gelernt, dass auch Übereifer und Dienstbeflissenheit gegenüber der Armee fatale Folgen zeitigen können. Die Gegenüberstellung von Agenturmeldungen, um den «Sachverhalt, der der Wahrheit nach gewissenhafter Prüfung am nächsten kommt»,<sup>150</sup> darzustellen, wurde sosehr allgemeine Praxis, dass Eigenwilligkeiten der Blätter bezüglich Auswahl kaum mehr sichtbar waren. Was an Kommentaren in Leitartikeln und Aufsätzen der Leserschaft im Laufe des Jahres dargeboten wurde, lässt sich aus dem traditionellen Jahresrückblick mühelos ausziehen und vermittelt so ein kompaktes Bild der geistigen Haltung. 1940 wirkte die Rückschau illusionslos, fast etwas fatalistisch. In materieller Hinsicht gewährte man Hilfe, wo Hilfe begehrt wurde. Im Inland kam sogar die Presse an die Reihe, indem die Zeitungstransporttaxe vom Bundesrat herabgesetzt wurde. Allen Regierungen, vom Kriege verschont, wie im Kriege stehend, wurde bewusst, dass die Propaganda – im Guten wie im Bösen – das bewegende Mittel der Gegenwart ist. Die Kapitulation Pétains im Namen des französischen Staates am 17. Juni war für die Schweiz und Europa ein entscheidendes Datum. «Zwischen englische Blockade und deutsche Gegenblockade gestellt, wurde die Schweiz praktisch in den Lebensraum der Achsenmächte abgedrängt. Es existierte kein europäisches Gleichgewicht mehr. Es ist zu vermuten, dass voraussichtlich das neue Jahr den Endkampf um die massgebende Ordnung Europas bringen wird.»<sup>151</sup> 1941 schwang im vaterländischen Jahresrückblick etwas Wehmut mit, dass auch in der inländischen Politik der «Einfluss weltanschaulicher Lehren» am Schwinden ist. «Noch nie sind diese Lehren so stark hinter den elementaren und gewöhnlichen Dingen des Alltags zurückgetreten, wie im vergangenen Jahr.» Dazu ist der «Einbruch des Landesrings in die Domänen der herkömmlichen Parteien die auffälligste Erscheinung». Er geht den alltäglichen Nöten der Bürger nach, und dies nun vor allem in den Kantonen. Dieselbe Umpolung habe in der Weltpolitik stattgefunden: Die lang verkündete Weltrevolution hat die Form eines Völkerkrieges angenommen. Auch in Russland zeigen sich nach dem deutschen Angriff Formen des klassischen Bürgerkrieges. Wir könnten von einem «Aufstand der Rassen» sprechen. Die europäischen Grossmächte würden dies sehr bald in den Kolonien auch noch zu spüren bekommen. 1942 zog die Redaktion eine eidgenössische Bilanz, nachdem der vierte Winter im Krieg angebrochen war. «Wir wissen nicht, ob wir seinem Ende oder Anfang näher sind.» Wichtig ist: «Wir wissen, was wir wollen! Bereit sein und bereit bleiben.» Zum Überleben in Freiheit lägen die Werte vor allem im eigenen Boden. Der Mangel hat uns dies gelehrt. Mit Rodungen und Bodenverbesserungen haben wir die Ackerfläche ausgedehnt; der Ausgleich der Teuerung hat die Verarmung verhindert. «Wir leben auf

---

<sup>150</sup> AT, 19. September 1939.

<sup>151</sup> AT, 31. Dezember 1940.

Pump, auch wenn wir nun Vollbeschäftigung kennen.» In der Asylfrage habe das Volk dem Bundesrat den Weg gewiesen. Die Hilfsbereitschaft als Pflicht des kriegsverschonten Staates wurde Praxis. Die allgemeine Aufwallung war «so etwas wie ein positiver Volksentscheid». Das Tagblatt habe die traditionellen Beziehungen zu den Nachbarvölkern möglichst wenig mit nutzlosen Auseinandersetzungen belasten wollen. Das AT müsse die Gesinnung nicht wechseln oder mit unfruchtbaren Polemiken bestärken. «Wenn auch die Aussichten der Achse heute schwächer sind als in den Vorjahren», wolle man sich eines Urteils über die Gewinnchancen enthalten. «Selbst der Sieger wird am Ende ärmer dastehen als zu Beginn des Krieges.» Mit dieser Betrachtung endete auch die Ära Lauchenauer beim «Aargauer Tagblatt». 1943 galt zuerst Suter alleine für die Redaktion verantwortlich, aber schon im Juli übernahm Dr. W. Gisiger das Ausland, während Suter für das Inland-Ressort zuständig war. Bis 1946 hiess – laut Impressum – keiner von beiden Chefredaktor.

Gegen Ende des Jahres, veranlasst durch den Rücktritt von Bundesrat Wetter, stand die Diskussion um die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung im Bund wieder einmal im Zentrum der Innenpolitik. Selbstverständlich verlangte die Partei eine proportionale Besetzung von zwei Sitzen. Da Pilet-Golaz seitens der Linken immer wieder kritisiert wurde, galt beim AT ein Zweivorschlag als Angriff auf den Aussenminister. Das Tagblatt – obwohl durchaus für eine SP-Bundesratsbeteiligung – wertete diese Angriffe als innenpolitisch unverantwortlich: das Welschland durfte nicht brüskiert werden, nachdem die Kriegsjahre die früheren Differenzen zwischen den Landesteilen eingeebnet hatten.<sup>152</sup> Vor allem die blossen Anspielungen des «Volksrechts» auf Pilet wurde als unfair empfunden; wer Konkretes wüsste, hätte die Pflicht, dies den Kontrollbehörden zu melden. Die ganze Kritik sei eine alte Kopffjagd der «Weltwoche». Das Ansehen der Schweiz im Auslande sei, so das Tagblatt, dank unserem Aussenminister, sehr gut.<sup>153</sup> Obwohl schon am 30. November erklärt worden war, dass Nationalrat Nobs «eine tragbare Kandidatur, die alle Aussicht auf Erfolg hat», sei, begegnete Suter der kommenden Phase der eidgenössischen Politik, «von der vorläufig noch niemand weiss, wohin sie uns führen wird», mit Skepsis. Eine sozialdemokratische Bundesratsminderheit sei immer mitverantwortlich «für die Gesamthaltung der Landesregierung». Ist einmal der Entscheid innerhalb der Regierung gefallen, dann gibt es nur einen Bundesrat.<sup>154</sup> Würde dies eingehalten werden? Am 16. Dezember 1943, nach der guten Wahl von Ernst Nobs, entfiel der kritische Unterton des AT: «Nobs hat seine Gärperiode längst hinter sich. 25 Jahre praktische Tätigkeit haben aus dem Stürmer einen demokratischen Realisten gemacht.» Und ein Jahr

<sup>152</sup> AT, 4. Dezember. 1943.

<sup>153</sup> AT, 3. Dezember 1943.

<sup>154</sup> AT, 30. November 1943.



später bestätigte das AT: «Das neue Jahr hat erstmals einen sozialdemokratischen Bundesrat an der Arbeit gesehen. Er hat getreu seinem Schwur dem Lande gedient wie alle andern auch. Dies darf man in einer bürgerlichen Zeitung anerkennend feststellen.»<sup>155</sup> Steckte vielleicht im Nebensatz die eigentliche Botschaft der Redaktion? Bundesrat Pilet-Golaz war im Laufe des Jahres 1944 überraschend zurückgetreten, als die Verhandlungen mit Russland fehlschlagen wollten. Den Kritiker aber konnte man doch nicht Recht geben. Es gebe keine «schlüssigen Beweise, dass die von der Schweiz angewandte Methode der Grund wäre», für den diplomatischen Echec, und dass damit der Aussenminister die Schuld trage. Niemand von uns möchte von der eingeschlagenen Linie abweichen, es sei denn die Anpasser von 1944, die nicht besser seien als jene von 1940. Was wir jetzt bräuchten, das sei die innere Geschlossenheit. «Vernünftige Sozialdemokraten teilen diese Einsicht, so hat Nationalrat Dr. Arthur Schmid in seinem Votum in der ausserpolitischen Debatte vom 12. Dezember (1944) darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass die Grossmächte unsern Standpunkt verstehen und respektieren und er hat sodann beigefügt: Ob das geschieht, hängt viel mehr von unserer Haltung im Innern ab, als von all dem, was wir jetzt über die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, sagen, weil die neutrale Schweiz bei Kriegsende nicht damit rechnen kann, dass ihr ohne weiteres und überall das nötige Verständnis entgegengebracht wird.»<sup>156</sup>

Nie waren sich «Aargauer Tagblatt» und «Freier Aargauer» näher, als in dieser Phase der doppelten Bedrohung: noch wütete der Krieg mit all seinen Gefahren für die Schweiz, daneben drohten die Alliierten, die Schweiz in eine mitteleuropäische Strafaktion miteinzubeziehen. Und der von Schmid so oft verhöhnte Suter vermochte den journalistischen Schulterschluss coram publico im Dienste höherer Ziele zu vollziehen. Der Jahresrückblick machte die schweizerische Neutralitätspolitik zum Hauptthema, nachdem sich die Politik 1944 «mit der nackten Existenzsicherung herumgeschlagen» hatte. Unser Sonderdasein liegt im Begriffe der bewaffneten Neutralität. Diese ist und bleibt unser Kompass, meinte die Redaktion. Die «Ganz-Grossen» verstehen unser «Beiseite-Stehen» nicht oder werfen uns – wie zum Beispiel Russland – gar vor, nicht neutral gewesen zu sein! «Wir müssen in weitgehendstem Masse Asyl gewähren, wir müssen uns der Kriegsoffer in und ausserhalb unseres Landes annehmen und helfen, die Wunden des Kampfes zu teilen, wo immer sich hiefür nur eine Gelegenheit bietet.» Mit der Schweizer spende von 100 Mio Franken sollten wir den Dank abstaten, dass unser Land vom «härtesten Kriegsgeschehen verschont geblieben ist».<sup>157</sup>

---

<sup>155</sup> AT, 30. November 1944.

<sup>156</sup> AT, 23. Dezember 1944.

<sup>157</sup> AT, 30. Dezember 1944.

Das Friedensjahr 1945 begann mit einem Paukenschlag: Ein hoher amerikanischer Regierungsbeamter verkündete aller Welt: «Es ist höchste Zeit, die Vorstellung zu zerstreuen, dass die Schweiz ein harmloses neutrales Land ist, welches nur aus Älplern und Jodlern besteht. Man muss vielmehr die Tatsache festnageln, dass ihr fortgesetzter Handel mit Deutschland und die dem Reiche eingeräumten Transporterleichterungen eine Unterstützung des deutschen Kriegseinsatzes und eine Behinderung des Kampfes der Alliierten darstellen.»<sup>158</sup> Das Tagblatt titelte: «Der amerikanische Druck auf die Schweiz», gross und fett auf der Frontseite.

In der Folge blieb dies Thema der tägliche Begleiter der Zeitung. Ansonsten zeigte sich, dass das nahe Ende des Dritten Reiches für die Schweiz fast nur Entlastung brachte. Die ersten Amerikaner an der Schweizer Grenze, am 24. August 1944, wurden von den Schweizern wie Befreier begrüsst.<sup>159</sup> Am 6. Januar 1945 wurden die neuen Bestimmungen für die Presse in einem Aufsatz «Information und Kritik als Staatsproblem» behandelt und dabei die eigene Praxis während des Krieges gerechtfertigt: der Fall Russland hat gezeigt, dass sofort ein Malaise entsteht, wenn das Schweizer Volk erst vom Auslande her informiert wird. Die Zurückhaltungspraxis hat auch ihre Grenzen. Gleichentags wurde das Verbot extremistischer Parteien aufgehoben, was vor allem den Kommunisten wieder die offene Teilnahme an der Politik ermöglichen sollte. Andererseits verlangte die Aussenpolitik, dass die Schweiz Frankreich mit Papier belieferte, was die Kontingente von 80 auf 60 Prozent pro Zeitung verkleinerte. Eine Massnahme, die dem AT, als vorher sorgfältig haushaltendes Unternehmen, kurz nach Kriegsende schwer zusetzte.

Der «Friede in Europa», Schlagzeile auf der Frontseite vom 8. Mai, vermittelte wie überall dieselbe Botschaft: «Tiefe Dankbarkeit erfüllt unsere Herzen», von diesem grausigen Ringen verschont geblieben zu sein.<sup>160</sup> Die Rede des Bundespräsidenten, der Tagesbefehl des Generals wurden gänzlich präsentiert, dann wurde stolz darüber berichtet, wie die Schweiz ebenso rasch, wie sie 1939 mobilisierte, 1945 demobilisiert. Während im Ausland (Nürnberger Prozess) und Inland (Nazi-Ausweisungen) überall abgerechnet wurde, blickte Gisiger Ende Dezember in drei Folgen auf das Kriegs- und Friedensjahr 1945 zurück. «Die Kanonen schweigen. Aber haben wir Frieden?», liess sich als Motto über die Betrachtungen setzen. Suter, als Inlandredaktor, machte den Druck der Alliierten zum Hauptthema des eidgenössischen Rückblickes «Das scheidende Friedensjahr 1945». Damit wurde im voraus skizziert, was die Presse noch jahrelang in Atem halten sollte. Oder sollte hier korrigiert werden: über ein halbes Jahrhundert lang?

<sup>158</sup> AT, 4. Januar 1945.

<sup>159</sup> AT, 31. Dezember 1945.

<sup>160</sup> AT, 8. Mai 1945.

## Das «Badener Tagblatt»

### Der Erste Weltkrieg in der Badener Presse

Der Kaiser-Besuch in der Schweiz 1912 erfuhr im Tagblatt eine Würdigung, die alle Grenzen sprengte, obwohl die Redaktion zu Jahresanfang beteuert hatte, dass sie jeglichen Überschwang weit von sich weise.<sup>161</sup> Schlagzeilen in fetten Lettern an der Spitze des Titelblattes «Wilhelm II. auf Schweizerboden» oder «Das offizielle Diner» und «Kaiser Wilhelms Abschiedsgruss», machten die vier Tage zum Medienereignis des Jahres. Die zwei anderen Badener Tageszeitungen druckten zum Teil die gleichen Agenturmeldungen und Reden ab, aber meist auf der zweiten oder dritten Seite und fast ohne Markierungen. Die Kaiserbegeisterung der Redaktion führte zu Kommentaren wie :«Wilhelm II. ist eine starke, temperamentvolle Persönlichkeit, ein Herrscher von hohem, sittlichem Ernst erfüllt, begeisterungsfähig, durchdrungen von glühender Vaterlandsliebe, von frischem Wagemut.» «Er hat sich als wahrer Friedenskaiser erwiesen», und das soll etwas heissen bei einem Manne, «dem die stärkste Militärmacht der Welt anvertraut ist».<sup>162</sup>

Der Ausbruch des Krieges 1914 hatte die Redaktion des BT derart tief erschüttert, dass die seltenen Kommentare sehr differenziert urteilten und sich von der in der Deutschschweiz üblichen Liebedienerei gegenüber dem siegreichen Nachbarn wohltuend abhoben. Der Durchbruch durch Belgien, «den wir von einem höheren Standpunkt aus verurteilen müssen, ist einer jener Schläge, die im Kriege Erfolg bringen können ...»<sup>163</sup> Die englische Kriegserklärung habe ihre Berechtigung, «auch wenn hier oft geahnt wird, dass es nur gegen die deutsche Flotte geht».<sup>164</sup> Sonst verhielt sich das BT zurückhaltend, obwohl betont wurde, dass für die Presse die Neutralität der Schweiz nicht Maul halten bedeute.<sup>165</sup> Die Kriegsberichterstattung der Agenturen wurde nach Aussage der Redaktion gesichtet und nur Nachrichten verbreitet, «wenn sie Anspruch auf Wahrscheinlichkeit haben». «Unsere Abonnenten werden vielleicht gut tun, wenn sie die Nummern des Badener Tagblatt aufbewahren.»<sup>166</sup> Die «Schweizer Freie Presse» konterte: «Vor einigen Tagen war in einem Blatt, der Name ist mir entfallen, die Aufforderung zu lesen, es seien die Zeitungen dieser kriegerischen Wochen aufzubewahren als Denkmäler einer welthistorischen Epoche. Hat etwas!» Aber die Artikel, die sich nachher als unwahr und erfunden herausstellen, müssten mit Rot- oder Blaustift durchgestrichen werden. Dann beweise

---

<sup>161</sup> BT, 12. Januar 1912.

<sup>162</sup> BT, 3.–7. September 1912.

<sup>163</sup> BT, 7. August 1914.

<sup>164</sup> BT, 7. August 1914.

<sup>165</sup> BT, 10. August 1914.

<sup>166</sup> BT, 17. August 1914.

sich, ob man nur mit leerem Stroh gefüttert worden sei.<sup>167</sup> Aus solchen und anderen Bemerkungen lässt sich heute beweisen, dass die Journalisten ebenfalls an einen Krieg von kurzer Dauer glaubten.

Redaktor Jäger von der SFP machte täglich seine Kommentare in der Rubrik Neues. Es sind kurz und bündige PS-Bemerkungen zu den aufgereihten Nachrichten. Sie stehen von Anfang an im Zeichen von übertriebenen Friedenshoffnungen. Der Wahnsinn des Krieges liess bei ihm keine «schweizer-preussische» Begeisterung aufkommen. Er kritisierte gar die Sophistereien über die Pflicht der Presse, alle Vermutungen und Verdächtigungen zu verbreiten. Statt zu beruhigen, schaffe die Presse so nur Verwirrung und Aufregung.<sup>168</sup> Vor allem die «Gazette de Lausanne» wurde angeprangert. Sie glaube, «über die einzig richtige Interpretation von Neutralität zu verfügen und versuche täglich, die Kluft zwischen Welschland und Deutschschweiz zu erweitern.» Was tatsächlich vorliege, beruhe nur auf Mentalitätsunterschieden und könnte auf die kurze Differenz eingeengt werden: 1. Ein günstiger Ausgang des Krieges für Deutschland, hilft der Schweiz. 2. Ein günstiger Ausgang des Krieges für die Entente hilft der Schweiz.<sup>169</sup>

Die beiden freisinnigen Blätter unterschieden sich nur unbedeutend voneinander; die grossen Momente waren nicht die Siegesmeldungen, sondern alle Formen von Friedensbemühungen. Wilsons Versuche werden gross thematisiert und diskutiert. Dass 1916 eine Pax Americana noch weitgehend eine Pax Germanica war, störte kaum; der Stand der Kriegshandlungen sprach eher für die Mittelmächte, sie hatten ihre Position gehalten: von ihnen Opfer zu verlangen, war unrealistisch.

Die Freie Presse, die wenig gestaltet auf engem Raum möglichst viele Informationen einbringen wollte, machte aus dieser Not eine Tugend. Sie verurteilte lange Kommentare als Kriegsgeschwätz, die Prognosen und Rückblicke zum Jahreswechsel, die morgen schon zur Makulatur gehörten, wurden als verderblich angesehen. Giftspritzende Aufrufe von Schriftstellern wie Gerhard Hauptmann und Romain Rolland seien schlimmer als das Blutvergiessen selber.<sup>170</sup> Das Tagblatt liess im Gegenteil alle diese öffentlichen Reden, zu denen auch Gustav Falke und Spitteler gehörten, in extenso erscheinen. Nationalrat Jäger behauptete in seiner Zeitung: Wenn drei Monate keine Berichte über den Krieg erscheinen würden, der Friede wäre gegeben. Die Presse helfe also, den Krieg zu verlängern. «Zuverlässiger als durch Pazifisten und Sozialisten wird das Ende des Krieges durch den Krieg selber bewirkt, das heisst durch die seelische Wandlung...» der Menschen.<sup>171</sup>

<sup>167</sup> SFP, 20. August 1914.

<sup>168</sup> SFP, 31. August 1914.

<sup>169</sup> SFP, 22. Dezember 1914.

<sup>170</sup> SFP, 5. September 1914.

<sup>171</sup> SFP, 29. Dezember 1914.



Die dritte im Bunde, das «Aargauer Volksblatt», ging eigene Wege. Redaktor Rusch war – entsprechend des schweizerischen Staatsmodells, wie er es sah – für die Erhaltung der Donaumonarchie als Vielvölkerstaat. Daneben sah er im Kampf der Westmächte den Einsatz für die Demokratie, die gegen die preussisch-autokratische Regierungsform vorging. «Man hat sich über eine zu wenig deutsch-freundliche Haltung dieses Blattes beklagt. Allen Reklamanten sei ein für allemal erklärt: Das AV ist ein schweizerisches Blatt».<sup>172</sup> Ein Schweizer kann niemals Nationalist sein. Seine persönliche Haltung sei durchaus konsequent: Demokratie und Vielvölkerstaat. «Das ist gewiss neutraler als wenn wir im Chore der Schweizerpreussen mitbrüllten: Hurra, Germania! Nieder mit Albaon! (sic) Oder?»<sup>173</sup> Doch ein Jahr später musste Rusch sein Redaktionspult räumen. Die sonstige katholische Presse zeigte deutlich mehr Sympathie für die Mittelmächte; vor allem, als der kirchenfeindliche italienische Staat sich zu den Westmächten schlug. So jedenfalls urteilte das BT.<sup>174</sup>

Vor allem die «Botschaft» konnte das Ausscheren von Rusch nicht mehr dulden; immerhin behauptete das «Aargauer Volksblatt», das katholisch-konservative Leitorgan im Kanton zu sein. Der Appenzeller, als gebürtiger Demokrat, schenkte den Aargauern nichts an Kritik bei seinem Abschied. In seinem Artikel geisselte er den Untertanengeist und die Duckerei der Herren, seien sie konservativ oder freisinnig, beiderorts habe er Feinde. «Wir wollten es als Volksblatt schreiben und nicht als Weihrauchkessel vor gnädigen Herren und Oberen schwingen. Zum Ministranten haben wir nie getaucht, weder im kirchlichen noch im politischen Chore.» «So sieht es aus in der Werkstatt dessen, von dem gewisse Kleriker behaupten, er sei Freimaurer, Sozialdemokrat, Apostat, Ketzer – uns nimmts nur Wunder, dass der Teufel uns eine so unbekannte Persönlichkeit ist.» Und all die vorgeannten Attribute wurden nämlich jenen zuerkannt, die den Westmächten nicht alles Böse wünschten.<sup>175</sup> Der Einzug des gefügigeren Dr. Bärlocher reihte das Volksblatt wieder dort ein, wo das katholisch-konservative Organ zu stehen hatte.

Gegen Ende des Krieges beherrschten dann Friedenspläne und -angebote die Spalten-Diskussion. Sympathien für den Separatfrieden Mittelmächte-Russland förderten auch das Wohlwollen gegenüber der russischen Revolution. Lenin brächte den Frieden; dies allein genügte, seiner Sache den vorläufigen Erfolg zu wünschen. «Intellectuelle haben die Kräfte auf die Bahn des Liberalismus geleitet», kommentierte bald nach dem Zarensturz das Tagblatt, und wir erkennen den Wunsch als Vater des Gedankens. Wanner änderte erst dann seine tägliche Rubrik «Der europäische Krieg», als die

<sup>172</sup> AV, 14. August 1914.

<sup>173</sup> AV, 21. Dezember 1914.

<sup>174</sup> BT, 7. Januar 1916.

<sup>175</sup> AV, 30. November 1917.

USA in den Krieg eintraten, das heisst nach dem Aufsatz: «Die Monroe-Doktrin ist gestorben, sie möge in Frieden ruhen».<sup>176</sup> Trotzig hatte er am Begriff europäisch festgehalten, als in andern Blättern Weltkrieg längst Gewohnheit geworden war.

In der Beurteilung der russischen Revolution waren sich übrigens alle drei Tageszeitungen in Baden einig. Nach Titelgrösse und Plazierung gemessen, wurden die Ereignisse in St. Petersburg und Moskau höchstens als Nebenerscheinung des Krieges gewertet. Erst die Unruhen in Zürich, die Petition gegen «Umtriebe von Ausländern in der Schweiz» und der Generalstreik brachten hier eine Wende. Der Friedensbringer Lenin (National-Zeitung im BT) fiel in Ungnade; sein Werk war auch kaum mehr vonnöten. Der Zusammenbruch im Westen liess die Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden zerrinnen, und die Pax Americana wurde nun zum Entente-Diktat. Genauso wie am 15. Februar 1917 wurde auch am 23. November 1918 der Aufruf Romain Rollands abgedruckt. Ganz im Sinne des Tagblattes wurde Präsident Wilson vom Philosophen öffentlich aufgerufen, Versöhner zu sein. Wie schon öfters hatte das Tagblatt Artikel der «Nationalzeitung» aus Basel übernommen, die zur Besonnenheit anmahnten. Innenpolitisch wie europaweit seien Neuerungen nötig. Auch den rechten Scharfmachern sei ins Gewissen zu reden.

Innenpolitisch war – neben der Landesversorgung – der Generalstreik das grösste Thema, umso mehr als sich im Raume Zürich-Baden die stärksten Auswirkungen der Unruhen zeigten. Die Samstagsnummer des BT vom 9. November musste wegen des Streiks entfallen. Aber auch am 11. November ruhte in Zürich alle Arbeit. Der Korrespondent des Tagblatts verfasste seinen Situationsbericht, indem er mit dem Velo von Baden nach Zürich radelte und somit über Truppenbewegungen der Kavallerie, als auch über die Scharen von neugierigen Bauern zu berichten wusste, die entlang der Bahnlinie die Eisenbahnzüge mit Bewaffneten einsehen wollten.<sup>177</sup> Am gleichen 11. November meldete das BT die Annahme der Waffenstandsbedingungen durch Deutschland.

Die Freie Presse klagte: «Für die kleine Tagespresse, und ebenso für unsere Zeitung, die sich während 35 Jahren überhaupt nur unter grössten Opfern des Verlages durchgekämpft hat, war die Kriegszeit ein wahres Martyrium. Nun es überstanden ist, nehmen wir mit frischem Mut den Kampf von Neuem auf.»<sup>178</sup> Tatsächlich musste die Freie Presse schon zu Anfang des Krieges, nämlich am 13. August 1914 melden, dass das «Illustrierte Sonntagsblatt» auf weiteres unterbleiben müsste. Am 7. November 1917 hatte der Bundesrat als Vollmachtsbeschluss verfügt, dass Neugründungen von Zeitungen wegen Papiermangels verboten würden. Da der ent-

<sup>176</sup> BT, 13. April 1917.

<sup>177</sup> BT, 15. November 1918.

<sup>178</sup> SFP, 30. Dezember 1918.

lassene Redaktor Rusch kurz vorher eine neue Zeitung angekündigt hatte, beklagte dieser sich im «Aargauer Volksblatt» bitterlich über diese ungerechte Massnahme. Er müsse den Beschluss als speziell gegen ihn gerichtete Massnahme interpretieren. Der Bundesrat hätte auch andere Blätter, zum Beispiel den dicken «Tages Anzeiger» etwas einschränken können. «Jenen freundlichen Herren, die sogar durchs Telephon die Freudenbotschaft verkündeten, dass nun mit diesem Beschluss der Rusch erledigt sei, möchten wir nahe legen, dass sie damit zwar keineswegs eine Wahrheit, sondern nur ihren eigenen frommen Wunsch ausgesprochen und zugleich ihre wirkliche Gesinnung verraten haben. Erledigen wird uns nur jener, der uns erschaffen hat.»<sup>179</sup>



*Bulletin des Badener Tagblattes während der Landesstreiktage  
am 14. November 1918.*

Der Krieg mag ertragsmässig den drei Blättern in Baden geschadet haben, vom inneren Gehalt her hatten alle nur gewonnen. Das Interesse für die Weltpolitik wurde wach, die grossen ethischen Fragen, Staats- und Regierungsformen erfuhren eine viel subtilere Behandlung als früher. Die Wanner-Presse hatte zudem eine zeitungstechnische Neuerung zu verzeichnen: Am 25. März 1918 erschienen auf Seite 3 erstmals zwei Pressefotos. «Leben und Treiben an Bord des Kriegsschiffes Wolf» und «Deutsches Grossflugzeug vor dem Start», lauteten die Legenden. Bilder blieben zwar auch in der Folge eine Seltenheit. Aber Otto Wanner hatte damit ein Tabu gebrochen: Die stolze Wortpresse räumte der Bildinformation ein Plätzchen ein.

<sup>179</sup> AV, 7. November 1917.

## Die Nachkriegsjahre im BT

«Das Allgemeine Anzeigenblatt für Stadt und Bezirk Baden, sowie für die angrenzenden Landesteile» (Untertitel) war in den ersten Nachkriegsjahren eine eher dürftige Zeitung: wir finden wenig Eigenleistungen der Redaktion, daher auch selten eine Meinungsäußerung. Der Leitartikel entstammte meist einem Artikeldienst oder war der Abdruck einer aktuellen Rede. Der Fortsetzungsroman unter dem Strich umfasste oft die Hälfte der Frontseite. Jede Nummer des vierspaltigen Blattes trug am Ende des Textteiles den Vermerk: Redaktion, Otto Wanner. Sollte ein weiterer Redaktor beschäftigt worden sein, dann höchstens nebenamtlich für den Auslandteil. Offensichtlich lassen sich folgende politische Vorlieben erkennen: Der Kommentar zur schweizerischen Aussenpolitik war geprägt vom Vertrauen in das Mitarbeiten der Schweiz beim Völkerbund. Der Friedensprozess in Europa wurde praktisch gleichgesetzt mit der Tätigkeit des Völkerbundes. Redaktor Wanner schien sich zudem für volkswirtschaftliche Fragen im engeren Sinne zu interessieren, wobei die monetären Probleme im Vordergrund standen.

Nach 1922 wurde die Person von Mussolini zum Dauerbrenner. Die sich abzeichnende Diktatur in Italien wurde strikte abgelehnt und der Typ faszistischer Politiker in Mussolini selber karikiert. Das böse Lächeln, in dem Verachtung sich ausdrückt, ist ein Teil der Cäsarenmaske. Der Mann spricht und spricht und beweist gerade dadurch seine Unausgeglichenheit.<sup>180</sup> Immer wieder kommt das BT auf diesen Mann und seine Bewegung zurück. Meldungen oder Beschreibungen sollten für sich sprechen. Der zuständige Redaktor zweifelte kaum an der kritischen Haltung seiner Leserschaft.<sup>181</sup> Der Glaube an die Überlegenheit der Demokratie zeigte sich ungebrochen: «Mussolini lenkt ein!» «Er wird wohl erkannt haben, dass eine Diktatur auf die Dauer vom italienischen Volk nicht ertragen werden kann...» Auch bezüglich Deutschlands setzte das BT voll auf den Sieg der demokratischen Kräfte. Die Sozialisten wurden – weil sie dem Kommunismus abgeschworen – zu den Hoffnungsträgern gezählt, nicht aber die Deutschnationalen. Nur die «Alldeutschen Blätter» und die «Organe Moskaus» mussten den Völkerbund immer diskreditieren.<sup>182</sup>

Noch immer stand im Untertitel: «Freisinniges Organ». Der Begriff erhielt in der Nachkriegszeit eine neue Bedeutung, denn er musste neuerdings wieder übergreifend verstanden werden: nicht mehr Demokraten und Liberale mussten vereinigt werden, es galt, die Sezession der Bauernschaft abzdämpfen. In diesem Sinne war das BT zwar offizielles Organ der Partei, verstand sich aber nach der Trennung der Bauern- und Bürgerpartei als

<sup>180</sup> BT, 15. November 1922.

<sup>181</sup> BT, 24. September 1924.

<sup>182</sup> BT, 8. Dezember 1927.



Dach über der freisinnigen Grossfamilie. 1920/21 wurden alle Bemühungen zur Wiedervereinigung wärmstens unterstützt und Tendenzen zur Absonderung bedauert: noch bestand Hoffnung, den Riss zu kitten. Es war Otto Wanner selber, der am 17. Januar 1921 am kantonalen Parteitag dagegen opponierte, dass Regierungsrat Studler, der sich nun als Bauernpartei-Vertreter verstand, bei der Wahlempfehlung als Verräter durchfallen sollte. Er schlug als Kompromiss vor, Studler auf der Liste zu belassen, wenn die Bauern- und Bürgerpartei Gegenrecht halte.<sup>183</sup> Wenigstens ein taktisches Bündnis gegenüber den Roten sollte doch immer wieder möglich sein! Ein Bauernführer aus Möriken bekannte zwar, «der Proporz war die längst erwartete Gelegenheit, sich zu trennen». Die Idee, die Führerschaft der Bauern zur angestammten freisinnigen Partei zurückzuholen, wäre daher «von Anfang an zum Misserfolg verurteilt».<sup>184</sup>

Selbst bei politischen Inseraten stellte Wanner das Ideelle über das Geschäft. Als das «Aargauer Volksblatt» sich darüber entrüstete, dass das BT bei den Badener Kommissionswahlen ausnahmsweise ein sozialdemokratisches Inserat aufgenommen hatte, verteidigte Wanner seinen Entscheid. Die Sozialdemokraten hätten bei den Grossrats- und Gemeinderatswahlen tatsächlich im BT keine Anzeigen unterbringen können. Er selber habe damals ausgeführt, dass die Arbeiter ihre Leute selber propagieren und wählen sollten. Bezüglich der Kommissionswahlen der Gemeinde sei aber die Ablehnung von Inseraten – so die Meinung der Sozialdemokraten – eine Wanner'sche Inkonsequenz. Die in Baden «in allen Schichten gehaltene» Presse müsste bedient werden. «Wir gingen in uns», bekannte Wanner, «und verlangten sachliche Kandidaten-Inserate ohne Polemik.» Sie hätten sich gegenseitig getestet, und hätten den Test bestanden. Nun, da die Sozialdemokraten trotzdem keinen Wahlerfolg verbuchen könnten, dürfe wenigstens die Lokalpresse nicht verantwortlich gemacht werden.

Ein Strauss mit Redaktor Bärlocher vom AV dürfte die politische Ausrichtung des Tagblattes, und damit Otto Wanners, am besten dokumentieren. Die Abstimmung über das Getreidemonopol des Bundes im Dezember 1926 entzweite die Bauern und die Freisinnigen vollends. Das AV musste – immer der Freiämter Bauern gedenkend – über den eigenen Schatten springen und für einmal einem Monopol zustimmen. Wanner bezichtigte Bärlocher der Inkonsequenz, erhielt auf die Anschuldigung aber erst nach der Abstimmung eine Antwort, erst nachdem der Volksblatt-Redaktor glaubte, bei seinem Gegner eine Inkonsequenz geortet zu haben. So bot sich Gelegenheit, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, und Wanner der Unehrllichkeit zu zeihen. Auf die Gerichtsdrohung Wanners besänftigte ihn Bärlocher. Er habe nicht im Allgemeinen, sondern nur in diesem Falle die Ehr-

---

<sup>183</sup> BT, 17. Januar 1921.

<sup>184</sup> BT, 7. Januar 1921.

lichkeit Wanners in Zweifel gezogen, sei dabei aber im Schatten des Abstimmungskampfes gestanden. Übrigens: Er beneide ihn, dass er auch die Freiheit besässe, über den Anzeigenteil zu regieren. Das hätte er auch gerne so gehabt. Tatsächlich war die Abstimmung knapp negativ ausgegangen, wobei das AV fast ebensoviele Inserate der (gewerblichen) Contra-Seite übernehmen musste, während das BT den Pro-Annoncen keinen Raum gewährte.<sup>185</sup>

Am 15. Januar 1923 meldete das Tagblatt den Verkauf der Druckerei «Schweizer Freie Presse» von Manfred Jäger mit allen Verlagsrechten an eine neue Aktiengesellschaft. «Als Mitglieder des Verwaltungsrates sind gewählt: Dr. Roman Abt, Fürsprech in Bünzen; Max Hochuli, Fabrikant in Safenwil; Hugo Lüthy, Fürsprech in Brugg.» Damit wurde klar, dass indirekt die Bauern- und Bürgerpartei das Blatt übernommen hatte. Drei Parteizeitungen wurden ab 1923 in Baden herausgegeben, wobei sich zwei als Kantonalblätter verstehen, während das BT als Regionalzeitung angesprochen werden kann. Dies sicherte dem BT das Überleben. Wanner wusste um diese Tatsache und blieb dem Lokalgeschehen immer eifriger zugetan. Vorbei ist in Baden die Zeit der Pressefehden um jeden Preis. Wanner ist sich seiner Sache gewiss: Er war ein Parteimann und verlegte ein parteinahes Blatt. Den Parteiversammlungen gewährte er grösste Aufmerksamkeit und verfasste die meisten Berichte wohl selber, da er sowieso anwesend war. Seine Diskussionsvoten bewiesen es. Dennoch suchte er immer wieder das Dach der gemeinsamen bürgerlichen Politik zu spannen.

Eine grosse Ehre kam ihm zu, als am 7. Februar 1925 anlässlich des freisinnigen Pressetages die Bäderstadt seine Kollegen aus dem ganzen Land willkommen hiess. Die Begrüssungsansprache des einstigen Journalisten, Stadtammann Jäger, wurde im BT ausführlich zitiert. Damit tauchte für einmal im BT ein pressehistorischer Ausspruch auf, nämlich, dass «seit dem Jahre 1836 in Baden nicht weniger als 18 politische Zeitungen erschienen und bald ein längeres, bald ein kürzeres Dasein gefristet haben». Sonst hatte Otto Wanner für zeitungshistorische Rückblicke und Selbstbespiegelungen leider wenig Sinn. Jahresberichte oder Gedanken zum Jahreswechsel hatten einen philosophischen Ansatz oder zeigten höchstens Sensibilität für familiäres oder lokales Brauchtum oder nostalgische Erinnerungen. Ansonsten blieb er Journalist nach Bedeutung des Wortes, ganz auf den Tag bezogen.

Mit andern Blättern stritt er kaum; Auseinandersetzungen fanden eher zwischen Journalisten statt. Entsprechend erfolgten gelegentlich auch Zuwendungen. Gute Worte fand Wanner für den neuen Redaktoren der «Lenzburger Zeitung», Dr. Eugen Landolt, der ebenfalls darauf hoffte, dass die Bauern wieder zur parteipolitischen Einheit mit den Freisinnigen

---

<sup>185</sup> AV, 13. Dezember 1926.

zurückfinden, oder er gratulierte seinem Kollegen vom «Aargauer Tagblatt», Karl Zimmerlin, zur Ernennung als Oberstleutnant.<sup>186</sup> Mit der «Neuen Aargauer Zeitung» geriet der geldwirtschaftlich Interessierte gelegentlich in Clinch,<sup>187</sup> gibt Arthur Schmid vom «Freien Aargauer» eine harte Antwort oder lässt durch Dr. W. Renold den «jugendlichen Landwirtschafts-Redaktor» der «Schweizer Freien Presse» als Demagogen beschimpfen, wenn er sich allzu einseitig für das Getreidemonopol des Bundes stark machte.

Und immer wieder kam die Abneigung gegenüber dem Faschismus in Italien zum Vorschein. Während er 1924 noch vermeinte, Mussolini wolle «in Schönheit sterben», musste er 1925 zur Kenntnis nehmen, dass der Mann an Bedeutung zunahm. Dass dieser zur zweiten Auflage einer Biographie über ihn gar eine Selbstschau als Einleitung verfasste, bestätigte dem BT, dass Sarkasmus berechtigt war. Zeitschrift und Verlag «Das Neue Europa» in Zürich verbreiteten Gespräche mit Mussolini. Dass das Tagblatt darauf eingehe, beruhe alleine auf der Tatsache, dass Worte und Praxis bei diesem Manne nicht übereinstimmten, und die Aussagen daher für sich selber sprächen. Am 21. Dezember 1927 kommentierte das BT einen Vortrag von Prof. Cordella im Rahmen der «Fascio Italiano» in Baden. Im vollbesetzten Saale seinen vor allem Italiener aus der Umgebung versammelt gewesen. Der Inhalt des Vortrages hatte zum Ziel, die Unübertragbarkeit des Faschismus auf andere Staaten und Völker zu beweisen. Alle Nachahmungen anderer Staaten seien fragwürdig. «Am Schlusse des Vortrages wurden die faschistische und die schweizerische Hymne stehend angehört.»<sup>188</sup> Die Veranstaltung trug bei Wanner nicht zur Beruhigung bei. Die Irredenta-Bewegung im Tessin machte ihm Sorgen. Mehrmals wurden auf deren Umtriebe in der italienischen Schweiz hingewiesen. Zum Jahresende 1928 erneuerte der Redaktor im Tagesbericht das Bekenntnis zum Völkerbund,<sup>189</sup> und im Rückblick an der Jahreswende ersorgte er gleicherweise das «anmassende Auftreten des Faschismus und die masslose Sprache der Presse auf der äussersten Linken».<sup>190</sup>

Eigentlich darf Otto Wanner, trotz seines freisinnigen Engagements, nicht als Sozialistenfresser bezichtigt werden. Die Kasino-Vorträge über Wirtschaft wurden sehr fair kommentiert und sowohl die Rede von Fritz Funk (BBC), als auch von Herrmann Greulich fanden als Leitartikel im BT einen gänzlichen Abdruck. Wanner zeigte sich vor allem über Greulichs Einsicht und Bildung beeindruckt. Auch später, 1925, kämpfte Wanners Zeitung für die AHV mit Vehemenz. Das Wohlwollen gegenüber der BBC

<sup>186</sup> BT, 23. Januar 1922.

<sup>187</sup> BT, 29. Januar 1927.

<sup>188</sup> BT, 12. Dezember 1927.

<sup>189</sup> BT, 26. Dezember 1928.

<sup>190</sup> BT, 27. Dezember 1928.

bedeutete immer auch eine Solidarisierung mit dem mittleren Kader der Werkmeister.

Es muss daher nicht wenig erstaunen, dass vom Typographenstreik im November/Dezember 1922 einzig die Druckerei Heller (AV) und Wanner (BT) im Aargau betroffen waren, alle übrigen Mitglieder des Schweizerischen Buchdruckervereins im Kanton blieben unbehelligt. Die Badener Druckerei von Manfred Jäger zeichnete nicht als Mitglied des Verbandes. Am 20. November wurde gemeldet, dass die Verhandlungen der Arbeitgeber mit dem Typographenbund gescheitert seien. Obwohl der Verein weitere Gespräche suchte, drohten die Typographen mit Stilllegung aller Druckereien und demonstrierten ihre Entschlossenheit mit einem Streik in Lausanne und Genf. In Lausanne erschien ein Einheitsblatt der Verbandsmitglieder.

Am Mittwoch, 22. November erschien das BT mit ganz anderem Zeitungskopf; vor allem fehlte das traditionelle Badener Wappen. «An unsere verehrt. Abonnenten!» Der Streikaufruf sei in grösseren Schweizerstädten befolgt worden. «Bereits am Dienstagmorgen haben die Buchdrucker in Baden ihre Arbeit niedergelegt.» Das Tagblatt erscheine gleichwohl; man habe Vorsorge getroffen. «Aus technischen Gründen musste mit Bezug auf die Form einige kleine Abänderungen getroffen werden.» Titelschriften und grössere Lettern weisen auf einen andern Druckort hin. Wohlweislich wird alles weitere geheimgehalten und wird auch nach Beendigung des Streikes verschwiegen. Erst am 29. November erscheint das BT wieder in üblicher Aufmachung. Die Nummern in der Zwischenzeit sind unterzeichnet mit: «Die Redaktionskommission.» Es war der Aargauische Buchdruckerverein, der laut Angaben im BT vom 24. November sowohl das Volksblatt wie das Tagblatt in vollem ungekürztem Umfange herausgab, «wofür ihm die Öffentlichkeit Dank schuldet». Dass Manfred Jäger, der Outsider im Buchdruckergewerbe, am 21. November das Vorgehen der Streikenden als Anarchie kritisiert, am 22. November aber alle Bedingungen des Typographenbundes unterschrieben habe, wird als kopfloses Tun dargestellt. Der Verband hätte ihm – trotz vorgängigem Abseitsstehen – das Blatt aus taktischen Gründen ebenfalls gedruckt.

Da die Streikenden behaupteten, dass sie keine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses dulden könnten, davon aber bei den Arbeitgebern nie die Rede war, fragte das Tagblatt den «Freien Aargauer» rhetorisch: «Warum wird eigentlich noch gestreikt?»<sup>191</sup> Wanner findet dafür selber die Antwort: Im Grunde genommen sei der Streik abstimmungspolitisch eingefärbt; die Abstimmung vom 3. Dezember 1922 über das Steuerwesen, das heisst über die Vermögensabgabe mit Pflicht zur Abstempelung des Sparbüchleins – ein Anliegen der Linken – sei der wahre Grund für die Unruhen.

---

<sup>191</sup> BT, 30. November 1922.



Dass Setzer und Drucker der bürgerlichen Presse im Dienste des Nein arbeiten mussten, und mittels Streiken die Werbung dazu eingedämmt werden konnte, war wohl den gewerkschaftlich Organisierten das wichtigste Anliegen. Die Abstimmung erbrachte aber trotzdem eine überwältigende Ablehnung des Anliegens, vor allem des vorgesehenen Verfahrens wegen.

## Die Pflege der lokalen Nachrichten

Obwohl der Verleger und verantwortliche Redaktor nie vergisst, dass das Tagblatt keine kantonale Zeitung sein kann und daher dem lokalen Geschehen die grösste Aufmerksamkeit schenken muss, fand er nie richtig den Mut, das Nächstliegende in seinem Organ entsprechend zusammenzufassen und herauszuheben. Die Rubrik Lokales enthielt eigentlich nur die Vereinstätigkeit in Baden, dazu die kulturellen Veranstaltungen. Selbst Wettlingen ordnete er noch lange der Rubrik Aargau zu. Erst die Hochbrücke schaffte auch im Tagblatt die Verbindung zur Nachbargemeinde. Kurz: das Regionale finden wir an der Spitze des kantonalen Geschehens oder unter den Kleinen Nachrichten. Addieren wir diese Berichte, so resultierte ein ansehnliches Paket von selbstgesammeltem Material aus nächster Nähe.

Zwei Themen beschäftigen die Redaktion im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege über die Massen: der Hochbrückenbau und die Surbtalbahn. Während bei ersterem die Skepsis und die Verzögerungstaktik des Gemeinderates von Baden auf ihre Berechtigung durchleuchtet wurden, entwickelte sich beim Bahnprojekt zusehends die Ablehnung. Selbst die grossspurigen Reden der Nationalräte und die Aktivitäten des Komitees wurden als leeres Getue qualifiziert, das höchstens als wahltaktisches Werkzeug diene. Eine Rentabilität stehe ausser jeder Möglichkeit, und der Postautokurs decke die wahren Bedürfnisse besser ab, sofern den Wünschen der Pendler vermehrt Rechnung getragen würde. Dahinter verbarg sich Badener Lokalpolitik: Der Autobetrieb hatte das Surbtal in hohem Grade an die Region Baden angebunden. Der tägliche Zuzug zu den Arbeitsplätzen bei BBC, Merker und Oederlin aus jener Gegend durfte nicht gering eingeschätzt werden. Auf Otto Wanner konnten sich die Badener Industrie- und Gewerbekreise verlassen. Die Huldigungen der Freien Presse an die Surbtalbahn wurden als Parteireklame abgetan,<sup>192</sup> desgleichen die Pro-Politik der «Neuen Aargauer Zeitung» und seines Redaktors Allemann. Auch die Förderung des Hochbrücken-Projektes diene der Prosperität Badens. Dem Verleger stand an der Bruggerstrasse vor Augen, wie sich ein Unternehmen zur Weltfirma entwickelte. Mit BBC stand und fiel Baden als Zentrumsgemeinde. Jedes Geschehen um diese Firma wurde journalistisch registriert. Den Jahresbe-

---

<sup>192</sup> BT, 6. Februar 1926.

richten gebührte immer eine ordentliche Zusammenfassung; Referaten der leitenden Persönlichkeiten eine wohlwollende Kommentierung.

Das einstige Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, Wanner, versäumte es nie, auf die ordentlichen Gemeindeversammlungen alle Finanzfragen zu durchleuchten, entsprechende Anträge publizistisch vorzubereiten und nachher das Verfahren und Resultat zu kritisieren. Dass er dabei gelegentlich dem altgedienten Gemeindeammann Jäger in die Quere kam, hinderte ihn nicht an entsprechenden Ausfällen. Wenn Jäger auf Gejohle (gemeint Bravorufe) verzichten zu können glaube, so bleibe nicht vergessen, «dass man früher auch gerne Jubelrufe einsteckte, heute sie aber verachtet, wenn sie den Voten anderer zukomme».<sup>193</sup> Auch den Einpeitschungs-Methoden an Gemeindeversammlungen konnte Wanner wenig abgewinnen.<sup>194</sup> Diese Bemerkung fiel im Tagblatt, als sich Otto Wanner sehr weit aufs Glatteis wagte, nämlich auf die heiklen Fragen der architektonischen Ästhetik. Der Post-Neubau beim Bahnhof, dieses funktionale Bauwerk des Professor Moser, eines gebürtigen Badeners, wurde als beispielhaft gerühmt. Wanner lehnte sich gegen diese Einschätzung auf. Er wollte ein gefälliges Postgebäude, verwahrte sich aber gegen die Unterstellung, dass ihm ein Bau in Palastmanier vorschwebe. Noch an der Gemeindeversammlung versuchte er unter dem Motto «Einfachheit heisse in diesem Falle kurzweg Armseligkeit», den Gemeindebeitrag von 90 000 Franken zu sperren. Er blieb damit in der Minderheit.

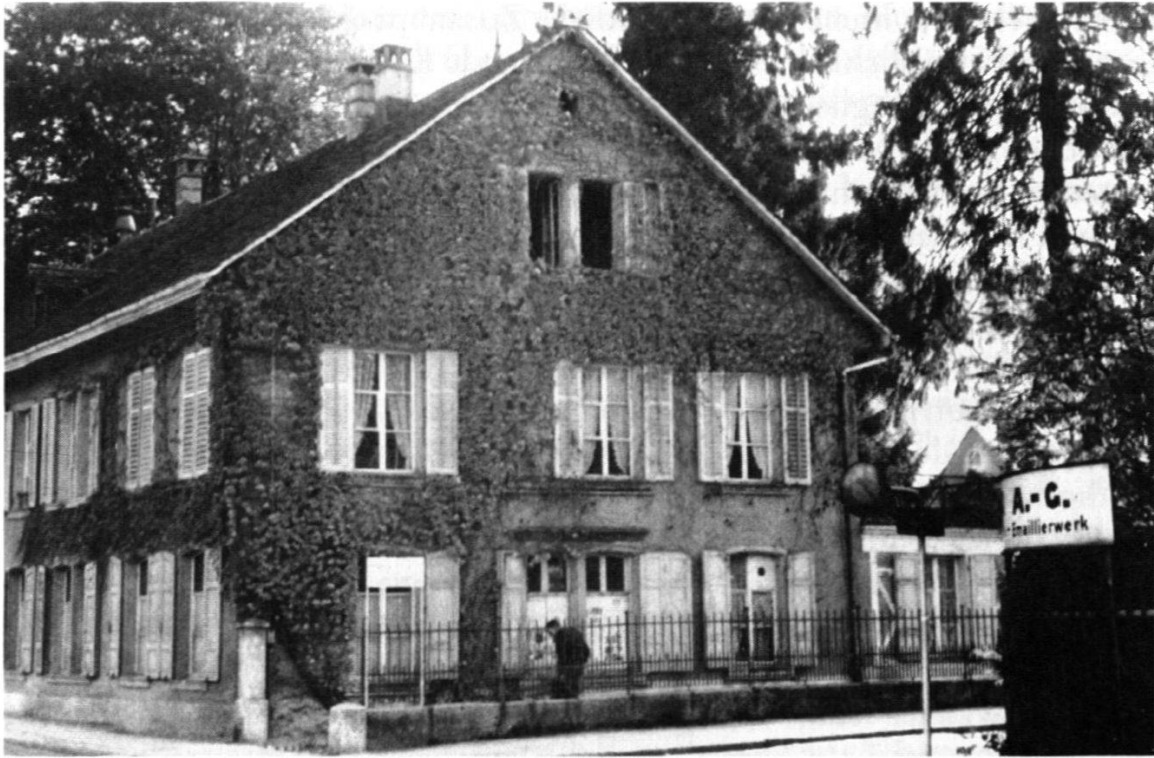
Am dichtesten mit Lokalkolorit eingefärbt war der fast wöchentlich wiederkehrende Beitrag «Plauderei vom Turmwächter». In mundartlich gehaltener, bewusst unbeholfener Sprache, erzählte der alte Quadrunner vom Stadtturm aus dem Intimleben der Stadt Baden. Mit Hinweisen auf aktuelle Ereignisse, bei Nennung von Stadtoriginalen und volkstümlich benamsten Würdenträgern, unterhielt er die wohlunterrichtete Leserschaft. Nur mühsam lässt sich heute der wahre Gehalt des Textes erfassen. Immerhin scheint der Quadrunner sowohl ein Fastnachtssujet, als auch ein 1. April-Thema gewesen zu sein. Wird er doch einmal scherzhaft als verhaftet gemeldet. Wer diese Texte, im Zeichen von Wein- und Jagdleidenschaft, verfasst hat, wusste damals niemand.

Otto Wanner war ein Badener durch und durch. Zum Lokalen gehörte nichts, was ennet der Limmat geschah. Dies zählte bereits zum weiteren Aargau. Umso teurer war ihm alles, was in der Vaterstadt passierte. Seine Leutseligkeit führte ihn ständig mit Menschen zusammen, die ihn stark beeinflusst hatten und damit auch den Inhalt der Zeitung mitformten. Wenn nach 16 Uhr das Blatt druckfertig war, dann zog es Vater Wanner an den Stammtisch. Zwei Runden standen im Vordergrund: Einmal der Gambri-

---

<sup>193</sup> BT, 27. Januar 1923.

<sup>194</sup> BT, 17. Dezember 1927.



*Das 1961 abgerissene Tagblatt-Gebäude an der Bruggerstrasse und ein Blick in den Maschinensaal im Jahr 1925 (Archiv Wanner).*

nus, zwar «Schwarzer Stamm» geheissen und damit «KK-lastig», bei dem damals aber auch zugewandte Orte willkommen waren. Hier traf er öfters auch Dr. Bärlocher vom Volksblatt an, mit dem er sich ausgezeichnet ver-

stand, auch wenn sich die beiden in ihren Blättern auch gehörig in die Haare geraten konnten. Der Heimweg Wanners endete vor dem Nachessen auf der Chälberterrasse des Restaurants zum Schlossberg, wo die freisinnige Prominenz Dr. Senn, Dr. Bollag, Dir. Funk (BBC) und Otto Wanner sich zu treffen pflegten, wo aber auch regelmässig Redaktor Billo von der Freien Presse, respektive der Bauern- und Bürgerzeitung aufkreuzte, ebenso Bezirkslehrer Dr. Ludwig Jaeger, Maroni geheissen, Betreuer des Badeblattes und Mitarbeiter beim BT. Die persönliche Freundschaft zwischen Billo – einem stadtbekannten Original – und Wanner reichte soweit, dass jener heimlich noch für das Tagblatt arbeitete, ohne dass dies je bekannt geworden wäre. Wenn dann die andern der Schlossberg-Runde zum Abendbrot dem heimischen Herd zustrebten, setzte Billo seine Wanderschaft durch die Badener Wirtschaftsszene fort, lauschte hier und dort auf den Stadtklatsch und verarbeitete dies alles zu seinem wöchentlichen Bericht «Plauderei vom Turmwächter», verfasst vom alten Quadrutter.

Otto Wanner senior hatte den Grundstein zum gedeihlichen Einvernehmen zwischen der Weltfirma BBC und dem Tagblatt gelegt. Seine tägliche Begegnung mit Direktor Fritz Funk dürfte viel dazu beigetragen haben, dass die Gemeindepolitik sich unternehmerfreundlich entwickelte, was wieder identisch mit der örtlichen freisinnigen Doktrin und der Haltung des Tagblattes war. Die Massgebenden, eben die Mitglieder der Schlossberg-Runde, plädierten für die rasche Verwirklichung der Hochbrücke am jetzigen Standort (nicht beim Theaterplatz), kämpften 1931 gegen die Pläne der SBB, Baden mittels eines Heitersbergtunnels zu umfahren (man gewänne ganze sechs Kilometer) und verhinderten den Bau der Surbtalbahn. Die Freie Presse oder das Volksblatt standen meist auf der Gegenseite. All diese Projekte förderten den Industriestandort Baden.

Durch seine Freundschaft mit Stadtrat Dr. Bollag wäre Wanner auch nie in Versuchung geraten, antisemitische Zwischentöne in seinem Blatt zuzulassen, wie dies sein Konkurrent beim Volksblatt tolerierte oder gar selber auslöste. Die jüdischen Mitbürger von Baden gehörten allesamt zum BT-Leserkreis. Die Flüchtlingsfrage vor dem Zweiten Weltkrieg, aber auch das Auftreten der Fronten im Raum Baden, bei der das BT – mehr Medium als Steuerwerk – die allgemeine Meinung spiegelte und sich bezüglich Existenz der neuen Bewegungen wenig Sorge machte, gehört zum Bereich, den man heute Vater Wanner anlasten könnte. Dazu drängen sich einige Erklärungen familiärer Art auf, Damals, in den 30er-Jahren, war Otto Wanner senior das einsame Zeitungs-Machen total verleidet, umsomehr, als er im Sohn, dem Chemiker Dr. Eugen Wanner, der zwar im Betrieb arbeitete, aber geistig nicht mittragen wollte, keinen echten Nachfolger sah. Er sprach damals oft vom Verkauf des Unternehmens. Sein grosses Werk, den Neu- und Ausbau der Druckerei, die damit auf den neuesten Stand gebracht wurde (alles ohne Transmissionen), hatte ihm finanziell viel abgefordert; dennoch war das



Unternehmen gesund, wenngleich die redaktionelle Arbeit wirklich im Argen lag. Man spürte immer, dass Otto Wanner vom Technischen her zur Zeitung gekommen war. Dass Ende der 30er-Jahre die redaktionelle Arbeit auf Sparflamme lief, findet hier die Erklärung. Die Gespräche auf Samstags-spaziergängen mit seinem jüngeren Sohn Otto, der damals gerade von der Universität Zürich herkam, mitgetragen von der Erneuerungswelle unter den jungen Akademikern, liessen ihn nicht unberührt, ja, stärkten gar seinen gewohnten Patriotismus. Das überraschende Angebot des jungen Juristen, 1938 ins elterliche Unternehmen einzusteigen, wirkte daher wie eine Erlösung für den Vater.<sup>195</sup>

Bei der Übernahme 1938 bestand kaum ein Netz von lokalen Bericht-erstatern und Korrespondenten. Robert Mächler und Dr. Ludwig Jaeger sorgten für die lokalen Texte; letzterer war für Theater, Konzerte und Kurörtliches zuständig, der andere für alle übrigen Veranstaltungen. Das Gemeinde- und Parteipolitische schrieb Vater Wanner noch lange selber. Eigentlich war Eugen Wanner von 1934 an für das Lokale zuständig. Dieser mied aber die redaktionelle Arbeit, kümmerte sich um die technische Herstellung der Zeitung, schickte die beiden andern an die Veranstaltungen und liess ihnen freie Hand. Im Lokalbereich wartete auf die jungen Verleger, vor allem also auf den jüngeren der beiden, eine gewaltige Aufbauarbeit. Aber der Krieg, der damals vor der Türe stand, verhinderte jede Expansion. Die Verhältnisse kamen einer grossen Überlebensübung gleich.

## Frontenfrühling im Tagblatt?

«Die aargauischen Blätter überstanden die wirtschaftlich schwierigen Jahre zwischen den beiden Weltkriegen leidlich. Den nationalsozialistischen Anfechtungen widerstanden sie nicht alle mit gleicher Unbeugsamkeit.»<sup>196</sup> Dass der Verfasser damit auch auf das «Badener Tagblatt» anspielen wollte, ist unverkennbar.<sup>197</sup> Seit dem Erscheinen des dritten Bandes der Aargauer-geschichte hält sich hartnäckig die Meinung, Otto Wanner senior habe dem Nationalsozialismus Sympathien entgegengebracht, weil er der Frontenbe-wegung «ein auffallendes Mass an Vorschusslorbeeren» eingeräumt hätte. «Nicht nur die beflissene Bereitschaft, frontistische Berichte aufzunehmen, sondern auch der Inhalt redaktioneller Kommentare zeugt für das unge-wöhnliche Wohlwollen, das die Fröntler bei dieser Zeitung längere Zeit genossen»<sup>198</sup> urteilt der Autor. Willi Gautschi unterschiebt Wanner zwar nirgendwo in seinem Buch, dass er nazifreundlich gewesen sei. Dennoch

<sup>195</sup> Alles aus Gesprächen mit Dr. Otto Wanner junior.

<sup>196</sup> AT, Abschiedsnummer, 2. November 1996 (H. P. Widmer).

<sup>197</sup> Bestätigung von H. P. Widmer.

<sup>198</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 304.

wird den flüchtig Lesenden der Kurzschluss suggeriert, dass, wer die Frontenbewegung, «die auf den Anschluss der Schweiz an Hitlers Deutschland hinwirkte»,<sup>199</sup> toleriert, als nicht resistent gegenüber Nazi-Deutschland angesehen werden müsse. Dieser Analogieschluss ist aber keineswegs zwingend und Gautschi versucht auch gar nicht, einen Beweis dafür zu erbringen, was auch nur mit bösem Willen möglich wäre. Er räumt vielmehr ein, dass sich die bürgerlichen Parteien «in dauernder Auseinandersetzung mit der antimilitaristischen Sozialdemokratie, deren Programm die Forderung nach der Diktatur des Proletariates enthielt», befunden hätten. Er vermittelt den Eindruck, dass die Redaktionen gewisser bürgerlicher Blätter, von sträflicher Naivität geleitet, vor lauter Linkskritik, den gefährlichen Zündstoff im Frontismus in fataler Weise verkannt hätten. In Tat und Wahrheit entstammte die Toleranz gegenüber den Erneuerungsbewegungen bei Wanner einer klaren Prioritätenordnung: die Abwehr von Links- und Rechtsdiktaturen verlangte ein patriotisches Selbstbewusstsein und den Wehrwillen. Beides stand bei den Fronten nicht nur im Schaufenster, sondern entsprach anfangs auch den Abstimmungsparolen und dem Kampf gegenüber ahnungslosen Pazifisten. Wenn diese Jugendorganisationen schon existierten, so waren sie taktisch zu nutzen, auch wenn das Getue abstiess und die völkischen Ideen als Importprodukt aus dem nördlichen Nachbarlande verachtet und apostrophiert wurden. Nur so kann der redaktionelle Kommentar verstanden werden: «Wir lassen uns dabei von der Erwägung leiten, dass jeder Bewegung manches unreine und unreife Beiwerk anhaftet, das sie in ihrem Fortbildungsprozess abstreifen wird. Jeder klare Wein ist einmal Sauser gewesen.»<sup>200</sup> Oder deutlicher im Sinne von Wanner: Der Sauerteig ist für sich als Backmasse ungeniessbar, aber eingeknetet in eine zwanzigmal so grosse Teigmenge von unschätzbarem Wert.

Otto Wanners immerwährende Praxis, sich mit redaktionellen Kommentaren zurückzuhalten und vorerst nur sich widersprechende Agenturen sprechen zu lassen, schädigten leider seinen Ruf. Der flüchtige Analytiker sucht oder erwartet sofort Entrüstung und Kritik und kann sie nicht finden. Der sorgfältige Leser merkt bald, dass der Tagblatt-Redaktor nicht aus der Hüfte schießt. Gerne wartete er zuerst einen Kommentar der «Schweizer Mittelpresse» ab; war er ihm angenehm, kam er zum Abdruck. Und der Leser merkte zudem: Wanners Demokratieverständnis ist intakt, profiliert schweizerisch; seine Abneigung gegenüber faschistischem Beiwerk klar dokumentierbar und die Verachtung für den Hitlerianismus<sup>201</sup> dutzendfach bewiesen. Redaktor Haas von der Mittelpresse war eher deutschfreundlich ausgerichtet. Die Auswahl Wanners erweist sich als kritisch.

<sup>199</sup> AT, Abschiedsnummer, 2. November 1996.

<sup>200</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 304.

<sup>201</sup> BT, 20. Dezember 1930.

Es geht vor allem nicht an, dem Tagblatt deswegen Front-Sympathien zu unterschieben, weil Wanners gleichnamiger Sohn, mitgerissen von der Erneuerungsbewegung an der Universität (Neue Front, Aufgebot usw.) nach Studienabschluss kurzfristig die Ortsgruppe Baden geleitet hatte. Otto Wanner junior hatte vor 1937 nichts mit der Zeitung zu tun, interessierte sich damals überhaupt nicht für das Unternehmen und sah sich in Zukunft eher als Bankjurist denn als Journalist. Er hatte dann schon 1936 dem Fronten-Spuk Valet gesagt.<sup>202</sup> Dass die zornigen Söhne freisinniger Väter aus obigem Grunde beim damaligen Verleger und Redaktor Wohlwollen gefunden hätten, ist doch ein gewagtes Konstrukt.<sup>203</sup> Möglicherweise erhielt deren Berichterstattung etwas leichter Eingang in die Zeitung, als dies sonst geschehen wäre. So Hals über Kopf kann ein Völkerbunds-freund nicht gegenteilige Politik begünstigen. Dr. chem. Eugen Wanner, der ältere Bruder Ottos, arbeitete damals bereits an der Zeitung mit. Er beschäftigte sich aber lieber mit dem Technischen des Betriebes. Als Hauptmann und Sportleiter des Unteroffiziers-Vereins Baden lag ihm der Wehrwille ganz besonders am Herzen. Wie sollte ihm der riesige Aufmarsch zur Ansprache eines Oberstdivisionärs nicht Freude bereitet haben!<sup>204</sup> Aber es steht nicht fest, ob er, im Mai 1933, über die Landsgemeinde in Brugg, bei der Sonderegger sprach, oder die Organisatoren selber den Bericht verfasst hatten.

Wanner betrachtete sein Tagblatt als einziges Regionalblatt des Raumes Baden. Entsprechend grosszügig bot er allen Veranstaltern Anzeigeraum in seinem Organ an, nicht nur bei den Annoncen, sondern auch im Textteil. Bevorzugt waren, entsprechend der freisinnigen Ausrichtung, die Tätigkeit von Vereinen bürgerlicher Observanz, den Staatsbürgern, den Biedermeiern, dem Unteroffiziers-Verein oder der Vaterländischen Vereinigung. Machen wir daher den Vergleich mit einem Aussenseiter, den damals ebenso eifrig tätigen Freiwirtschaftlern, die sich in keiner Weise bei den Fronten einreihen lassen. Bis fünf Mal erschienen Aufrufe zum Besuch eines Vortrages im redigierten Teil, dazu immer die korrespondierenden Inserate. Der Vortrag selber kam dann rund zwei Tage später kommentarlos als Zusammenfassung zum Abdruck, anscheinend abgefasst und eingesandt von einem Sympathisanten. Regelmässig (mit System!) folgte diesem Bericht eine ebenso umfassende Präzisierung gewisser neuralgischer Punkte der Lehre von Gesell. Alles wurde abgedruckt. Wanner, als Bank-Verwaltungsratspräsident, stand diesen Geldtheorien keineswegs freundlich gegenüber; seine wiederkehrenden Bemerkungen und die Auswahl der Artikel zum Geldwesen belegen dies zur Genüge. Die Herausforderung, über politische Dinge zu diskutieren, rechtfertigten selbst solch publizistisches Trommelfeuer.

<sup>202</sup> Interview mit O. Wanner, Neujahrsblätter 1996.

<sup>203</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 304.

<sup>204</sup> Veranstalter war die Nationale Front.

Kam der Nonkonformist Wartenweiler nach Baden, so konnten die Veranstalter und er selber von der gleichen grosszügigen Praxis profitieren.

Die Beflissenheit der damaligen Bürger, über Reden und Zeitungsberichte sich bilden zu lassen, darf im Rückblick nie vergessen werden. In den 30er-Jahren wurde bei Vorträgen mit nur 200 Besuchern bereits nach entschuldigenden Gründen gesucht. Das Interesse an Themen oder bestimmten Referenten sprengte alle Grenzen, vor allem jene der einladenden Gruppierung. Das scheint deshalb widersinnig, weil andererseits damals politisch getrennt geturnt, gesungen, musiziert oder die Stammbeiz besucht wurde. Bildung – auch politische – galt offenbar als Ausnahme von der Regel. Anzunehmen, dass an der Versammlung der Nationalen Front 1933 in Brugg, an der Oberstdivisionär Sonderegger sprach, von den 4000 Teilnehmern auch nur die Hälfte Sympathisanten der Fronten gewesen sein könnten, ist absurd.<sup>205</sup>

Nach der Machtübernahme Hitlers, in der Nummer vom 31. Januar 1933, diente die ganze Frontseite der Berichterstattung über die Ereignisse, Reden und Veranstaltungen in Berlin. Dazu gesellten sich Stimmen aus andern Hauptstädten. Bezeichnenderweise fand es Wanner nicht als dringend, sich selber vernehmen zu lassen. Das folgte sehr gemessen und etwas betreten am nächsten Tag. Seine Leserschaft kannte ja dessen innere Haltung. Der Freund des Völkerbundes hatte schon 1930, als die Hitlergarde mit 107 Mandaten in den Reichstag eingezogen war, den Titel gesetzt: «Das Auge des Weltgewissens (in Genf) hat sich umflort.» «Adolf Hitler: das ist das Programm, aber leider keines der friedlichen Erfüllungen.» Leider kann der Hakenkreuzkarneval nicht abgehakt werden. Der Heiland Hitler werde nicht aus Wasser Wein machen können, auch wenn Adolf I. dies verspreche. Eine Weile lang politischer Karneval, das ginge noch an, aber nicht auf die Dauer.<sup>206</sup> Als in Deutschland der Remarque-Film «Im Westen nichts Neues» 1930 (!) verboten wurde – da platzte dem Verleger für einmal der Kragen: «Das Volk der Dichter und Denker geht heute seltsame Wege, und es macht dem Beobachter den Anschein, als ob alle guten Geister sich irgendwo verkrochen hätten und als ob die Kellerasseln der Demagogie sich nach oben geschlichen hätten.»<sup>207</sup> Dem Streit Strasser-Hitler öffnete er bereitwillig die Spalten, weil er hoffte, dass damit der Spuk in Deutschland zu Ende sei. «So wage ich die Voraussage, dass die Entlassung Gregor Strassers der Beginn der Auflösung der Hitlerpartei ist.»<sup>208</sup> Für schweizerische Kopien des Hitlerianismus und Konfusionismus<sup>209</sup> hatte er nur Kopfschütteln übrig. In seinem politischen Jahresrückblick – einen Monat vor der

---

<sup>205</sup> Angaben meines Vaters, der als Gegner der Fronten mit dabei war.

<sup>206</sup> BT, 17. September 1933.

<sup>207</sup> BT, 20. Dezember 1930.

<sup>208</sup> BT, 20. Dezember 1932.

<sup>209</sup> BT, 28. Juni 1931.



Machtübernahme – schrieb er: «Mehr heiteren als ernsten Einschlag hatte das Gastspiel des Herren Fischer, Diggelmann und Konsorten, die sich im Angesicht des grenznahen Propagandafeldzuges des nationalsozialistischen Führers mächtig aufblähten<sup>210</sup> und für kurze Zeit die wundersame Schreckgestalt eines schweizerischen Nationalsozialismus durch die Blätter und Köpfe jagten.»<sup>211</sup>

Vor solchem Hintergrund müssen nun auch die eher gehemmten und kleinlauten Kommentare vom 1. Februar 1933 gewertet werden. Das deutsche Volk hat gewählt: «Die Nationalsozialisten im Besitze der Macht». Allen Mutmassungen der Kommentatoren zum Trotz «besteht ausserhalb des nationalsozialistischen Bannes keine Macht mehr, die sich einem Übergriff des neuen Kanzlers entgegenstellen könnte». «Lassen wir den Mann an der Arbeit. Schiller sagt es im Wallenstein: Es wächst der Mensch mit seinen grössern Zwecken.» Das klingt fatalistisch, ist es aber keineswegs bezogen auf die Schweiz. Bald erscheint das breite Bekenntnis zum Selbstbehauptungswillen der Schweiz vom 9. März 1933: «Seit einigen Wochen ist an unsern Grenzen die zweite Diktatur zur Tatsache geworden.» Bei manchem sei «die Genugtuung über die Tatsache, dass im Reich dem Marxismus der Prozess gemacht wird, mehr oder weniger aufgehoben durch unbehagliche Betrachtungen über die neuen Erschwerungen der Aussenpolitik und über das Schicksal unserer demokratischen Freiheit». In Österreich könnten in Bälde ähnliche Prozesse ablaufen wie im Reich. «Wir Schweizer müssten taub sein, um die scharfen Töne in Bündnisakten und Radiokomentaren nicht zu hören; wir müssten blind sein, wenn wir nicht sehen könnten, dass nach dem österreichisch-deutschen Zusammenschluss unser Land auch militärpolitisch in die heikelste der Situationen gebracht und sozusagen zu einem Korridor zwischen aufgeregten und schwer bewaffneten Nachbarn gemacht würde.» «Es ist schon ein Zeichen der Zeit, wenn in einer aus Deutschland herüberklingenden Wahlrede ein hochgestellter Staatsmann auf das Deutschtum jenseits des Rheins und des Bodensees anspielte und an dessen angeblich deutsch gerichtete Instinkte appellierte.» Diese Sorge stand beim Tagblatt im Vordergrund – und damit jede Unterwühlung des militärischen Verteidigungswillens. Deswegen forderte es den vaterländischen Zusammenschluss, nämlich zwecks gemeinsamer Verteidigung. Angesichts der direkten Bedrohung von aussen, zeigte sich der innere Feind mehr «in den von marxistischen Wirrköpfen verführten pazifistischen Schwärmern» als im Frönlertum. Daher fand das Tagblatt den Vorschlag von Roman Abt, eine umfassende Nationale Volkspartei zu begründen, durchaus prüfenswert.<sup>212</sup> «Wie sich aber die Parteien und Parteigruppen, die selbst dieses rein defensive Bündnis bekritteln oder ablehnen, zu den zahl-

<sup>210</sup> Hitler in Radolfzell. Theodor Fischers «Bund nationalsoz. Eidgenossen».

<sup>211</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 305, BT, 31. Dezember 1932.

<sup>212</sup> BT, 18. Januar 1934.

losen neu gebildeten und angriffsgierigen Fronten und Aktionsgemeinschaften verhalten wollen, ist ganz unerfindlich. Jene neuen Gebilde aber sind in Wahrheit nichts anderes als Symptome des grossen Wartens auf die politische und moralische Erneuerung.» Die schweizerische Eigenständigkeit «auf dem Boden der disziplinierten Freiheit und der geführten Demokratie» müsse gesichert, werden. Die Ausdrücke diszipliniert und geführt im vorigen Satze könnten mit bösem Willen wieder missgedeutet werden, wenn nicht im gleichen Satze eine Nachäffung ausländischer Methoden als unschweizerisch abgelehnt worden wäre.<sup>213</sup>

Wenn der Reichstagsbrand<sup>214</sup> oder die Boykotte der jüdischen Geschäfte im Reich mittels Berichten aus deutschen, französischen und britischen Agenturen dem Leser kommentarlos dem eigenen Urteil überlassen werden, entspricht dies Wanner'scher Praxis. Für die Darstellung der eigenen Meinung dienten, wie fast immer, die gelegentlichen allgemeinen Betrachtungen zur schweizerischen Eigenständigkeit. Besonders aufschlussreich der Rückblick «Die Schweiz und das Dritte Reich» im Mai 1935 unter dem Luther-Wort: «Ihr Schweizer habt einen andern Geist als wir», der wahrscheinlich einem Artikeldienst entstammte.

«Es geschehen heute auf deutscher Seite Dinge, wofür der Schweizer auch bei ehrlichem Bestreben, objektiv und neutral zu bleiben, kein Verständnis mehr aufbringen kann.» «Was heute in die Augen springt und wovon die Rede sein soll, das ist die geistige Entfremdung, die von deutscher Seite mit einem Eifer, der einer bessern Sache würdig wäre, betrieben wird.» «In der Welt beachtet man mit Entsetzen die Praxis der Verschleppung, die von Organen der deutschen geheimen Staatspolizei (Gestapo) betrieben wird.» «Es sind ferner die Konzentrationslager, eine Lösung, die man schliesslich als deutsche Eigentümlichkeit gelten lassen könnte, obschon sie unserem Empfinden über gerechte Rechtspflege widerspricht. Da ist ferner die Erwürgung der freien Presse, eine Massnahme (...) die in der Gestalt einer allgemeinen Anordnung doch nichts anderes bezweckt als die Monopolstellung der nationalsozialistischen Presse in Deutschland. Das ist nicht mehr Gleichschaltung, sondern Vernichtung jeder unbequemen Meinungsäusserung und Verhinderung aller Kritik.» «Es gibt heute im Dritten Reich auch in religiösen Fragen keine Toleranz mehr, und gerade das ist es, was nicht bloss den religiös veranlagten Teil des Schweizervolkes, sondern die Schweizer überhaupt befremdet und empört.» «Ebenso abstoßend wirkt es auf das Schweizervolk, dass zahlreiche Geistliche in Konzentrationslager gesteckt worden sind und daselbst wie Verbrecher behandelt werden. Vollends unerklärlich ist es dem Schweizer, wie man in unserem zwanzigsten Jahrhundert zu einem Mythos des Blutes und der Rasse und zu

<sup>213</sup> BT, 21. April 1934.

<sup>214</sup> BT, 1. März 1933.

dem Neuheidentum übergehen kann.» «Wenn das eine rein deutsche Sache sein sollte, dann müsste man auf deutscher Seite den Anspruch, in Kultur und Zivilisation eine massgebende Stellung einzunehmen, sofort aufgeben.»<sup>215</sup> Man könnte einwenden, dass das kleine Tagblatt bezüglich Ausland auf Artikeldienste, wie die Mittelpresse (später Schweizerische Politische Korrespondenz) angewiesen war. Dennoch beweist die Auswahl durch die Redaktion klare Distanz zum neuen Deutschland.

In Zusammenhang mit dem Mord an Gustloff in Davos klagte der Redaktor, dass es äusserst schwer sei, «objektiv zu bleiben», denn Frankfurter, der Täter, habe «der Judenschaft in aller Welt einen üblen Dienst geleistet». Er übernimmt den Leitartikel von Nationalrat Oeri, dem bekannten Kritiker Nazideutschlands, «Grenzen der Toleranz».<sup>216</sup> Schon bei früheren Vorfällen hatte Wanner auf Oeri zurückgegriffen. Die obigen Ausführungen des «Tagblattes» wie die Artikel Oeris sind – angesichts der damaligen Angst vor Provokationen – deutliche Signale und beweisen einmal mehr, dass in der Toleranz gegenüber den Erneuerungsbewegungen, verstanden als Sauerteig der eidgenössischen Politik, nie die geringste Sympathie zu Nazitum und Hitler-Deutschland eingeschlossen war.

Selbstverständlich klagte ein linkes Organ wie der «Freie Aargauer» nicht darüber, dass sich am 31. März 1933 in Brugg ein Versammlungskrawall zugetragen hat. Eine Versammlung der Nationalen Front wurde gesprengt, mittels vorzeitiger Besetzung des Saales durch Sozialdemokraten und durch Absingen der Internationalen. «Gegen die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit» erhoben die bürgerlichen Parteien des Bezirks Brugg Protest in einer Resolution, welche am 4. April im BT im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde.<sup>217</sup> Soll das Prinzip der Versammlungsfreiheit ernstgenommen werden, muss das Ereignis als «bedauerlicher Versammlungskrawall» bezeichnet werden, wie dies das Tagblatt tat.

Im Artikel «Papierflut über der Schweiz» beklagte sich ein Korrespondent über die übereifrigen Pressedienste des Auslandes. Im Zentrum der Kritik stand die Agentur eines NS-Reichtagsabgeordneten, Theo Habicht, «eines Friedenstörers erster Güte». «Wenn es noch eines Beweises bedürfte, dass in Deutschland gegen Österreich gehetzt wird, dann sehe man sich diesen Pressedienst an, der eine wahre Fabrik für Greuelnachrichten darstellt!» Als der Bundesrat die Parteiuniformen verbot, da erhielt er Applaus,<sup>218</sup> und als er im November 1934 als Retorsionsmassnahme für das Verbot von Schweizer Zeitungen in Deutschland die Einfuhrsperre für wichtige NS-Blätter verhängt hat, da entringt sich dem Redaktor der Zwischenruf: endlich!

<sup>215</sup> BT, Mai 1935.

<sup>216</sup> BT, 18. Februar 1936.

<sup>217</sup> BT, April 1933.

<sup>218</sup> BT, 18. Mai 1933.

Andererseits wurde vom gleichen Tagblatt mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass derselbe Bundesrat sich damit befasse, dass «in einzelnen Fällen sogar von Blättern ausserhalb des marxistischen Lagers eine regelrecht unannehmbare Sprache gegen das Ausland geführt wird». Sollen bürgerliche Blätter dafür getadelt werden, dass sie direkte Provokationen vermeiden, weil sie nicht wünschen, dass die Schweiz als selbständiger Staat an der Heldenhaftigkeit der Redaktoren untergehen muss?

Halten wir ein- für allemal fest: Es verdient keine Lobpreisung, wenn Sozialisten, Kommunisten und deren Presseorgane dem Nazitum gegenüber immun waren. Diese Lehre hat sich an den Marxisten festgebissen und sie als Feindbild aufgebaut. Die Solidarität mit anderen Gruppierungen, für welche die Konzentrationslager auch bereitet waren, ist eine Selbstverständlichkeit und verdient den Namen Tugend kaum. Es ist auch evident, wenn das «Aargauer Volksblatt» und sein Redaktor, die sich mit der deutschen Zentrumsparterie verbunden fühlten, zuerst das Auf und Ab des Verhältnisses zu Hitler nachvollziehen, um schliesslich nach den eindeutigen Verfolgungen kirchlicher Repräsentanten, den Hitlerstaat als Bastion des Bösen zu verurteilen.

Wenn aber eine Bauernschaft mit Blut- und Bodenmystik als Nährstand geädelt oder dem Gewerbestand durch Verunglimpfung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte die Existenz garantiert wird und gleichzeitig die Liberalen als ungefährliche Gestrige Toleranz erfahren, wenn dann eine bürgerliche Presse, laut höheren Normen, diese Ideologie anprangert und das Tun der Anhänger verurteilt, dann dürfen wir Lob spenden. Das Mass richtet sich nach dem Grad der Selbstlosigkeit und der Konsequenz, mit der die menschlichen Grundrechte entsprechend den liberalen Ordnungsprinzipien im eigenen Land selber angewandt und bei andern gefordert worden sind.

Zwischen 1933 und 1936 wollte das BT ganz offensichtlich die Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien mit den Fronten herausfordern: Die patriotische Jugend fördert die politische Gärung; die orientierungslosen Parteien werden mindestens nachdenklich und das ist gut so.<sup>219</sup> Am freisinnigen Parteitag in Olten sei zwar das Unbehagen gegenüber den Fronten zum Ausdruck gekommen, aber nur sachte hätte man Fehler eingestanden. «Ob eine solch schwächliche Haltung letzten Endes zum Vorteil der Parteien und Verbände sich auswirkt oder nicht gerade die Frontenbildung verstärken wird, mag die Zukunft lehren.»<sup>220</sup>

So könnte auch die breite Selbstdarstellung der Nationalen Front vom 20. Mai 1933 verstanden werden. Dieser Leitartikel könnte am ehesten dem BT als übertriebenes Entgegenkommen angelastet werden. Ein redaktionel-

---

<sup>219</sup> BT, 17. Mai 1933.

<sup>220</sup> BT, 13. Mai 1933.



ler Vorspann versuchte, das Vorgehen zu rechtfertigen. Um zu allseitiger Orientierung der Leser beizutragen, sei «einem Anhänger der Nationalen Front Gelegenheit zu geben, uns mit seiner Ideenwelt vertraut zu machen». Diese Charakterisierung der Bewegung könnte nun auf weite Strecken auch von einem enragierten Jungliberalen stammen; von völkischem Gedanken- gut keine Spur. Der Vorwurf der Nachäfferei gehöre zu den gängigen Unterstellungen und Verleumdungen. «Wir bekennen uns zur Demokratie und treten für einen gesunden Föderalismus ein.» «Vollends falsch ist es, hinter dem Korporativismus auch den politischen Faschismus zu vermuten.» Dem politischen Liberalismus sei nie der Kampf angesagt worden; man stehe bloss für einen vernünftigen Nationalismus ein. Und diese Darstellung stammte – eingestandenermassen – vom Studenten Otto Wanner junior.

Diese Offerte zur Selbstdarstellung könnte genauso als Entgegenkommen an die Fronten wie als Weckruf an die Bürgerlichen gewertet werden. Betrachten wir das Datum (20. Mai 1933), müssen wir nicht nur an die Kundgebung der Nationalen Front in Brugg vom 28. Mai denken, sondern vor allem an die angekündigte Diskussion der Neuen Helvetischen Gesellschaft vom 1. Juni 1933 in Baden. Die Kontroverse zwischen Dr. Frick von der Eidgenössischen Front und Dr. Zellweger als Verteidiger der liberalen Auffassung, rief nach einer Vororientierung. Zur Diskussion meldeten sich neben Stadtammann Killer, Dr. Landolt und Dr. Bollag auch Ing. Schaffner und Dir. Zwygart. Kurz, die Auseinandersetzung mit den Erneuerungs- bewegungen war damals ein Muss, und der Antisemitismus bildete in Diskus- sionen meist der einzige Ansatzpunkt für scharfe Kritik. Noch 1937 gab sich die Nationale Front so schweizerisch patriotisch, dass die Keilerei an der Versammlung in Wettingen deswegen anhub, weil eine Gruppe Anwe- sender beim Singen der Nationalhymne sich nicht von den Sitzen erhob<sup>221</sup> und diejenigen, die behaupteten, die Fröntler hätten Schaufenster jüdischer Geschäfte bespuckt und verschmiert, wurde dies selber angelastet oder unterschoben und mit Gericht gedroht, wenn in Zukunft Ähnliches vor- falle.<sup>222</sup> Wahrheit oder Schutzbehauptung? Tatsächlich dürfte die Nationale Front in Baden damals kaum mehr so harmlos gewesen sein. Otto Wanner, junior, hat nämlich 1936 diese Organisation deswegen verlassen, weil sie – trotz dauernden Abwehrens – durch Assoziierung mit verwandten Verbän- den unter deutschen Einfluss geraten sei.<sup>223</sup>

Der Rassismus (Antisemitismus) fand in der Schweiz kaum Boden. Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus dem Nachbarlande wuchs aber die Angst vor Beeinflussung. Flüchtlinge waren Deutsche, Marxisten und

<sup>221</sup> BT, 9. März 1937.

<sup>222</sup> BT, 14./15. Oktober und 7. November 1936.

<sup>223</sup> Interview: 1996 (O. Wanner trat schon 1933 als Ortsgruppen-Leiter Baden zurück. «Front», 21. November 1933)

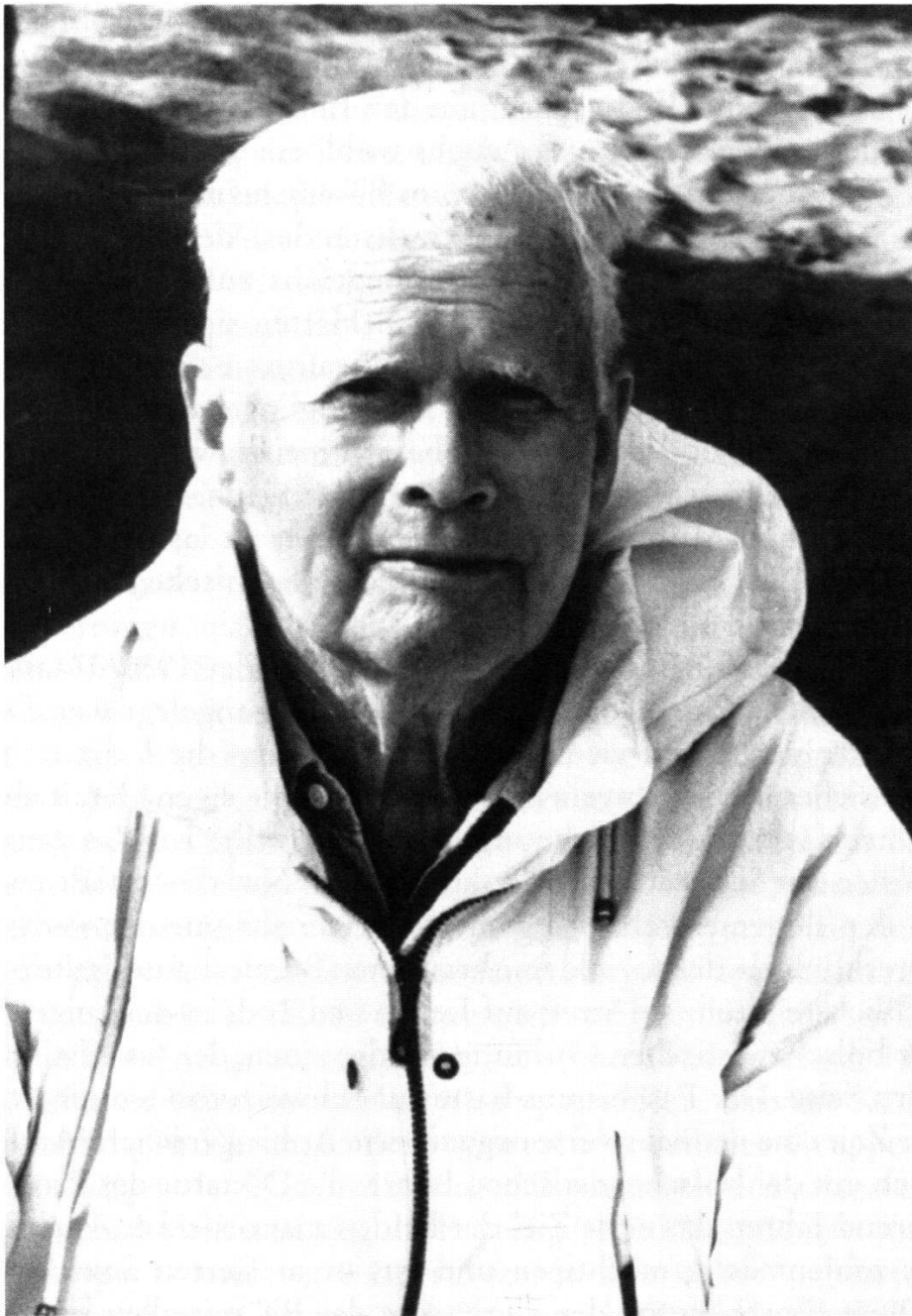
Juden oder sie verkörperten gleich alles zusammen. Das Dasein der Fremden war, weil die Führung der damaligen Linken noch immer armeefeindlich eingestellt war, zu überwachen, um den Einfluss der Leute einzudämmen. Aus diesem Geiste heraus erwuchs wohl jene Formulierung, die uns heutigen Menschen als die anrühligste im BT erscheint: Es hat die «antisemitische Säuberung des Berliner Anwaltstandes, der auffallenderweise mehr als zur Hälfte aus Juden bestand, ungefähr zur Eliminierung eines Viertels des semitischen Elements geführt. Hätten sie statt des die ganze Welt alarmierenden semitisch-arischen Generalrummels einfach beschlossen, lediglich die allzuvielen östlichen Eindringlinge, welche sich vermittelst ihrer Freundin Sozialdemokratie überall hineingewimmelt hatten, wieder hinauswimmeln zu wollen, die angestammten einheimischen jüdischen Volksgenossen und Mitbürger aber ungeschoren zu lassen, so hätte dies wohl die ganze Welt begriffen, die anständige einheimische Judenschaft insgeheim vielleicht am allermeisten...»<sup>224</sup>

Die «Schweizerische Besinnung an der Jahreswende» 1936/37 fasste noch einmal zusammen, wie die damalige Wertordnung angelegt war. Der Völkerbund hatte sich als zu wenig stark erwiesen, um die Existenz unseres Landes zu sichern. Die Schweiz muss alleine auf die eigene Kraft abstellen. Mit der mehrfachen Überzeichnung der Wehranleihe hat das ganze Volk seinen Willen zur Selbständigkeit dokumentiert. Nur die Sozialisten haben sich von der Tatgemeinschaft abgemeldet, vielmehr nur der «verblendete rote Führerklüngel» der sozialdemokratischen Bundeshaus-Fraktion. «Der hauptsächlichste Streit, ein Streit auf Leben und Tod, ist derjenige der Vertreter der bolschewistischen Ordnung auf der einen, der faschistischen auf der andern Seite. Der Faschismus hatte auf Schweizerboden nirgends und zu keiner Zeit eine nennenswerte organisierte Anhängerschaft. Anders verhält es sich mit der bolschewistischen Lehre: die Diktatur des Proletariates war während Jahren das erste Ziel der beiden marxistischen Parteien, also auch der zahlenmässig mächtigen und gut organisierten Sozialdemokratie.»<sup>225</sup> Diese Einschätzung der Lage teilte das BT mit allen bürgerlichen Zeitungen. Das taktische Vorgehen war damit präjudiziert bis zu jenem Zeitpunkt, der nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch der sozialdemokratischen Parteileitung ein klares Bekenntnis zur schweizerischen Armee abzurufen vermochte.

Wenn dem Tagblatt und damit Otto Wanner senior aus späterer Sicht Naivität vorgeworfen werden kann, dann bezüglich Einschätzung der Glaubwürdigkeit Hitlers. Friedensbeteuerungen in seinen Reden schenkte er 1933 noch Glauben. Das Tagblatt hielt fest: «Ein Staatsmann hat gesprochen.» «Es sei noch hervorgehoben, dass der Reichstag einstimmig, auch

<sup>224</sup> BT, 18. Mai 1933.

<sup>225</sup> BT, 31. Dezember 1936.



*Otto Wanner (1909–1998, Archiv Wanner).*

mit Einschluss der Sozialdemokraten, die Erklärungen Hitlers gebilligt hat.» Die früheren guten Kanzler seien Erfüllungspolitiker gewesen, «bis schliesslich der Wahnsinn der Reparationen an sich selbst zugrunde gegangen ist». «Der jetzige Kanzler hat das ganze Volk hinter sich, und das gibt ihm die Kraft zu mutvollem Auftreten.» Der Wunsch nach Frieden und Stabilität teilte das BT mit den meisten übrigen Zeitungen, und für die rasche Korrektur der Beurteilung von Hitler sorgte dessen weitere politische Praxis. Man könnte Wanner eher vorwerfen, dass er sich bezüglich Österreichs wegen der offensichtlichen Provokationen von Nazi-Deutschland zum Anschluss-Gegner durchgemausert habe. In den 20er-Jahren, nach Frie-

densschluss, hatte er nämlich diesen Rumpfstaat und das strikte Anschlussverbot kritisiert. Nun verfolgte er die Propaganda und die Interventionen mit grösstem Argwohn. Auch der Drang nach autoritären Staatsformen im Balkan fand beim Demokraten Wanner keine Billigung. «Rumänien wird autoritär regiert.» Das neue Kabinett Gorgus regiert «auf nationalsozialistische Art» und mit gleichem völkischem Extremismus. «Seine Feindschaft gegen den Liberalismus ist bekannt.» Gegeisselt werden Verbote gegenüber Zeitungen in «angeblich jüdischer Hand», desgleichen die Entfernung von Juden aus den öffentlichen Verwaltungen. Das BT teilte die Bestürzung, die unter der dortigen jüdischen Bevölkerung herrschte. Alle diese Formulierungen stammten wahrscheinlich aus Agenturberichten. Aber auch die Auswahl beweist Haltung.

Als am 28. April 1937 die «Schweizer Volksbühne» das Stück «Diktatur» von Karl Freuler in Baden aufführte, das auf weite Strecken eine «einzige Anöderei des heutigen Deutschlands» war, schrieb Paul Haberbosch eine harsche Kritik im BT vom 29. April. Darauf antwortete ihm Freuler in einem privaten Brief und führte unter anderem aus: «Im übrigen soll wie ich höre, das B.Tgbl. frontistisch eingestellt sein; das macht Ihre vernichtende Kritik ohne weiteres begreiflich.» Darauf konterte Haberbosch brieflich: «Das Badener Tagblatt, das von meinem Schwiegervater redigiert wird, ist ebenso wenig frontistisch eingestellt als ich selbst. Es mag sie vielleicht interessieren, dass ich ausgesprochener Gegner des Dritten Reiches und seiner Machthaber bin. Seit zwanzig Jahren bin ich Abonnent der National-Zeitung! Angriffe des Nebelspaltes auf Nationalsozialisten und Fascisten erfreuen mein Herz. Ich ertrage es aber nicht, solche Kost stundenlang vorgesetzt zu bekommen, besonders nicht auf offener Bühne.» Der «Schwank gehört m. E. nicht (...) ins Repertoire der Schweizerischen Volksbühne». Damit wird einmal mehr bewiesen, dass sich die Kritik am Nationalsozialismus zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Seite vor allem im Stil unterschieden. Um etwas nicht zu goutieren, brauchte man nicht zu den Erneuerern zu gehören. Haberbosch wusste sich hierin mit dem Schwiegervater einig. Dieses private Zeugnis mag als Schlusspunkt zum Thema BT in den 30er-Jahren dienen.

Die Grossratswahlen vom März 1937 brachten dann praktisch das Ende des Frontenfrühlings in Baden. Das Auftauchen des Landesrings der Unabhängigen, der die wirklich schweizerischen Erneuerungspostulate abdeckte, das NS-Unwesen aber der Nationalen Front beliess, nahm dieser den Wind aus den Segeln. Zwar nahmen 300 Personen an deren Veranstaltung in der Linde teil,<sup>226</sup> aber nur 185 Stimmen sammelte diese Partei in Baden (493 im Bezirk). Ein weiterer Beweis dafür, dass die Zuhörerschaft zum Teil auch damals aus Neugierigen und nicht nur aus Anhängern

---

<sup>226</sup> BT, 12. März 1937.



bestand. Im Tagblatt setzten sich die Parteien sowohl im Text- wie im Inseratenteil ausgiebig mit dem Landesring und Duttweiler auseinander. Nur mühsam versuchten sich auch die Fröntler in die Streitereien einzuschalten. Während die Unabhängigen drei Sitze im Bezirk erreichten, vermochte die Nationale Front 1937 das erste und zugleich letzte Grossratsmandat im Kanton zu erobern.

Die letzte Betrachtung, noch von Vater Wanner veranlasst, zum Jahresende 1938, war vor allem jener Abmachung gewidmet, «die unter der Bezeichnung der Friede von München in die Weltgeschichte eingegangen ist.» Er wird heute schon «von einer gewissen internationalen Presse» als feige Kapitulation gebrandmarkt. «Fest steht jedoch, dass an jenem historischen Morgen des 30. September alle Völker der Welt aufatmeten, als die furchtbare Drohung eines neuen Weltkrieges von ihnen genommen war.» Die Rückschau kommt zum Schluss: Die kleinen Staaten haben «eines gelernt: dass der sicherste Verlass nicht der auf andere oder auf papierene internationale Institutionen ist, sondern nur auf die eigene Kraft, geschöpft aus der nationalen Eintracht und dem unerschütterlichen nationalen Existenzwillen».<sup>227</sup> Am folgenden Tag verkündete das Tagblatt: «Mit dem Jahreswechsel übergebe ich den Verlag des Badener Tagblatt und die Buchdruckerei meinen Söhnen Eugen und Otto Wanner.» Damit scheidet der Vater endgültig aus dem Betrieb aus.<sup>228</sup>

Das folgende Jahr bot keine Möglichkeit mehr, in der Meinung auch nur zu lavieren. Der Hitler-Stalin-Pakt liess jeden Zweifel darüber verblassen, dass beide Mächte imperialistische Ziele verfolgen, und der Beweis wurde von den Diktatoren auch Schlag auf Schlag geliefert. Der heldenhafte Verteidigungskrieg der Finnen wurde im BT wie in allen Schweizer Zeitungen von links bis rechts zum grossen Vorbild. Am Jahresende gedachte der Redaktor dieses Krieges und zitierte aus der Resolution der skandinavischen Wissenschaftler: «Finnlands Kampf ist der Kampf Nordeuropas. Er soll der des ganzen Abendlandes werden!»<sup>229</sup>

## Kriegs- und Zensurjahre

Wie schon der Vater waren auch die beiden Nachfolger im Betrieb Offiziere und daher vom Aktivdienst besonders betroffen. Eugen, Kompaniekommandant, erhielt nur selten Urlaub; Otto, dem ein Reitunfall im Dienst eine weitere militärische Karriere verbaute, blieb Oberleutnant und war daher leichter abkömmlich. Dies trug dazu bei, dass er sich mehr als sein Bruder

---

<sup>227</sup> BT, 30. Dezember 1938.

<sup>228</sup> Interview 1996.

<sup>229</sup> BT, 29. Dezember 1939.

der Zeitung widmen konnte. Aber auch der technische Betrieb litt unter der Grenzbesetzung. Bis zu seinem Tode 1941 konnte der Vater noch mit linker Hand die Druckerei führen, dem Inhalt der Zeitung waren aber die Turbulenzen wenig zuträglich. Krieg und Mobilmachung dünnen sowieso die journalistische Arbeit aus, verurteilen Zeitungen, Sprachrohr von Staats- und Armeeführung zu werden und verlagern die Verantwortung der Redaktion auf das sorgfältige Filtrieren der einlaufenden Texte und die Harmonisierung der Meinungen. Das Abklappern der Beiträge, das Abwägen der veröffentlichten Kommentare, erbringen bei den politischen Zeitungen von damals wenig. Der heutige Beurteiler durchpflügt mit grösserem Ertrag die Weisungen der Zensurbehörde APF und vermag dann abzuschätzen, was alles nicht veröffentlicht werden durfte. Dass vom BT eine reiche Dokumentation zu diesem Thema erhalten geblieben ist, verdanken wir Otto Wanner junior, der uns den betreffenden Ordner zur Durchsicht überlassen hat.



*Zeitungskopf des Badener Tagblatts vom 28. Mai 1941.*

Aller Vorwarnungen zum Trotz glaubte Otto Wanner junior bis 1939 nicht daran, dass Hitler «so einfältig sei», einen Weltkrieg vom Zaune zu brechen.<sup>230</sup> Minister Frölicher, der Cousin seiner Ehefrau, bestärkte ihn in dieser Meinung. So war nichts im Geschäft für eine Generalmobilmachung vorbereitet. Die Leute verschwanden innert Tagen aus dem Hause und auch die beiden Inhaber mussten einrücken. In den ersten sechs Wochen waren die Ehefrau von Otto Wanner und die Schwester Doris für den Inhalt der Zeitung verantwortlich. Sie hatten von diesem Metier keine Ahnung. Otto weilte damals bei der Festung Sargans. In seiner Not schnitt er drei ihm genehme Artikel aus dortigen Lokalzeitungen aus, sandte sie seiner Frau, auf dass doch gelegentlich ein echter Leitartikel an der Spitze des Tagblattes stünde. Am Samstag darauf musste er entdecken, dass alle drei Beiträge in derselben Nummer aufeinander folgten. Seine Frau entschuldigte das Vorgehen mit dem Hinweis, dass sie kein anderes Material für die Frontseite gehabt hätte. Ein sprechendes Beispiel, wie man sich anfänglich durchgewurstelt hatte.

<sup>230</sup> Otto Wanner, Gespräch vom 21. November 1997.

So war man dann glücklich, mit Dr. iur. Emil Baldinger, der wegen einer Sprachbehinderung zwar nicht dienstfrei, aber doch meist freigestellt war, über den ganzen Weltkrieg hinweg einen Redaktor zu haben, der die Herausgabe eines täglichen Blattes sicherstellte. Aber auch er musste eifrig kontrolliert werden, denn Zuverlässigkeit war nicht seine Sache. Baldinger war eine eigenwillige Person, zechte gerne und verkaufte unter der Hand seine Artikel an andere Zeitungen. Doch man war auf ihn angewiesen; er gehörte auch nach seinem Austritt gleichsam zum Inventar und behielt einen Schlüssel zur Druckerei. Er selber war inzwischen so kauzig geworden, dass er den 1948 neuangestellten Dr. Güntert als Konkurrenten ansah und ihn in seiner Arbeit als Redaktor zu behindern versuchte. So schlich er sich des Nachts in die Redaktionsräume und stahl oder versteckte ihm alles Schreibmaterial, meinend, dass er so am folgenden Tage nichts leisten könnte. Seinen Lebensabend verbrachte er in Baden und ist 1996 hochbetagt verstorben.

Das Kommentieren der allgemeinen Kriegslage war eine besonders heikle Angelegenheit. Im Einvernehmen mit dem «Aargauer Tagblatt» pflegte Oberstdivisionär Eugen Bircher, der zwar BGB-Nationalrat war, auch dem «Badener Tagblatt» seine Einschätzungen und Prognosen zuzusenden. Der militärische Fachmann lehnte sich mit seinen Expertisen etwas gar weit «aus dem Fenster». Eine Mahnung der Abteilung Presse und Funk-spruch (APF) an die BT-Redaktion vom 22. Oktober 1942 wiederholte die alte Weisung, dass gewagte Kombinationen und Vermutungen bei kriegerischen Vorgängen zu unterbleiben hätten. Was im Leitartikel des Vortages stehe, überschreite die Grenze des Zulässigen: der russischen Kriegsleitung würden Belehrungen erteilt, am Südflügel bei Stalingrad den Befehlshabern Führungsschwäche vorgeworfen und erklärt, dass die strategische Entscheidung schon gefallen und weiterer Widerstandsversuch der Russen nur noch eine Prestigefrage sei. Für die wilde Schreiberei Birchers musste die verantwortliche Redaktion geradestehen. Genauso bei Berichten von Gemeindeversammlungen oder Korrespondenzen aus Gemeindegemeinden: erfolgte auch nur die Bemerkung, dass ein bestimmter Lehrer im Militärdienst weile, ein gewisser Saal von Truppen besetzt oder eine Luftschutzübung verschoben worden sei, so erfolgte straks eine Mahnung oder gar eine Verwarnung durch den Pressechef des Territorial-Kommandos 5, dem die Überwachung und die Vorzensur des BT zugeteilt war. Das Nennen von militärischen Einteilungen, Kommandostellen, Beförderungen, bis zum Bezeichnen eines Leiters von Armeesport-Wettkämpfen war verboten, sofern es nicht eine offizielle Verlautbarung war, die dann sogar veröffentlicht werden musste. Alle Korrespondenz-Nachrichten aus Nah und Fern mussten auf solche Fussangeln abgeklopft werden – selbst der Kurven-Ausbau einer Ortsverbindungsstrasse oder gewisse Veränderungen an einem Kraftwerkbau waren strategisch wichtige Angaben und daher untersagt. Im

Wanner-Haus, wo Spontaneität und Grosszügigkeit herrschten und die Mitarbeiter an der lockeren Leine geführt wurden, war das Resultat entsprechend: 19 Rügen, 4 Mahnungen, 14 Verwarnungen, 1 Verweis und die Beschlagnahmung der Nummer vom 15. April 1943 war das Resultat von sechs Jahre Krieg und Überwachung. Die schärfste Sanktion erfolgte, weil das BT über den Absturz eines amerikanischen Flugzeugs in Birmenstorf im Detail berichtet hatte und den Text auch mit offensichtlichen Sympathien für die Alliierten sprachlich abfasste. Der Kontrollstelle hatte vor allem die Formulierung in die Nase gestochen, dass «dem ausländischen Fliegersoldaten ein währschaftes Frühstück eidgenössischer Prägung als Willkommgruss» verabreicht worden sei. Und dies nach der Verletzung des schweizerischen Luftraumes und nachdem der betreffende Flieger kurz vorher in unserm nördlichen Nachbarland eine Stadt bombardiert hatte! Eine solche Berichterstattung schlage «der von den Landesbehörden sorgsam befolgten Neutralitätspolitik ins Gesicht».<sup>231</sup>

Nicht alle Verstösse des BT geschahen aus Versehen oder aus Nachlässigkeit. Bei der Titelgebung war die Parteinahme für die Alliierten immer wieder allzu durchsichtig und wurde von der Überwachung auch entsprechend gerügt. Einige Beispiele mögen genügen: «Krisenzeichen in Italien» (1. Mai 1942), «Der Umschwung in Frankreich» (Vichy, 17. April 1942), ein Lichtblick sei der tapfere Widerstand der amerikanischen Truppen aus den Philippinen. Vor allem zu Anfang des Krieges musste die Wanner-Redaktion dazu erzogen werden, nichts Rühmendes oder Hämisches in die Überschriften einfliessen zu lassen. «Ausgerechnet in Berlin wird über Terror geklagt»; «Berlin spricht von Würde», oder: «Eine glänzende Leistung unserer treffsicheren Luftwaffe», als drei deutsche Flugzeuge abgeschossen wurden, galten als krasse Verstösse gegen die Weisungen der APF. Härtere Massnahmen wurden angedroht.<sup>232</sup> Das Damokles-Schwert über dem Haupte der Verantwortlichen, wobei vor allem Otto Wanner (Flaboffizier!) gemeint war, zeitigte Wirkung; man gewöhnte sich an die Bevormundung. Selbst der Beschlagnahmungs-Nummer ging eine Anfrage an die Kontrollstelle voraus, ob das BT über den Flugzeugabsturz im Lokalbereich berichten dürfe. Dies wurde gestattet unter der Auflage, dass keine Detail vermittelt würden. Dem Bericht wurde grossspurig der Vermerk: Veröffentlichung gemäss zuständigen Ter. Kdo gestattet angefügt, was die Parteinahme zur offiziellen stempelte und erst recht die Strafe rechtfertigte. Zwar wurde sie nur als leichte Massnahme eingestuft; für die Verleger aber galt das Ausfallen einer Nummer als gewichtiger wirtschaftlicher Verlust.

Am 18. Juni 1945 teilte die APF allen Zeitungsredaktionen mit, dass der Bundesrat an seiner Sitzung am selben Tag die Aufhebung des Beschlusses

<sup>231</sup> Brief von Hptm Baer, Ter Kdo 5, Pressechef, 16. April 1943.

<sup>232</sup> Brief vom 3. Juni 1940.



vom 31. Mai 1940 betreffend die Überwachung der schweizerischen Presse beschlossen habe. So war auch die Zensur im militärischen Bereich aufgehoben. Damit waren die kritischen Jahre für die eidgenössische Politik aber noch längst nicht ausgestanden. Die Rationierung der Lebensmittel und die Engpässe in der Brennstoff-Versorgungslage mit entsprechenden Verlautbarungen, zu deren Publikation die Presseorgane verpflichtet waren, gehörten zur Tagesordnung. Die Papierkontingentierung wurde sogar verschärft. Die Schweiz segelte seit Jahresanfang 1945 in unsicherem Fahrwasser, die neutrale Haltung wurde von den Siegermächten nicht honoriert. Im Gegenteil: die Isolation setzte die offizielle Politik auf die Anklagebank. Feilschereien um Vermögenswerte, Goldhandel und um diplomatische Beziehungen mit der UdSSR füllten die Spalten aller schweizerischen Zeitungen.

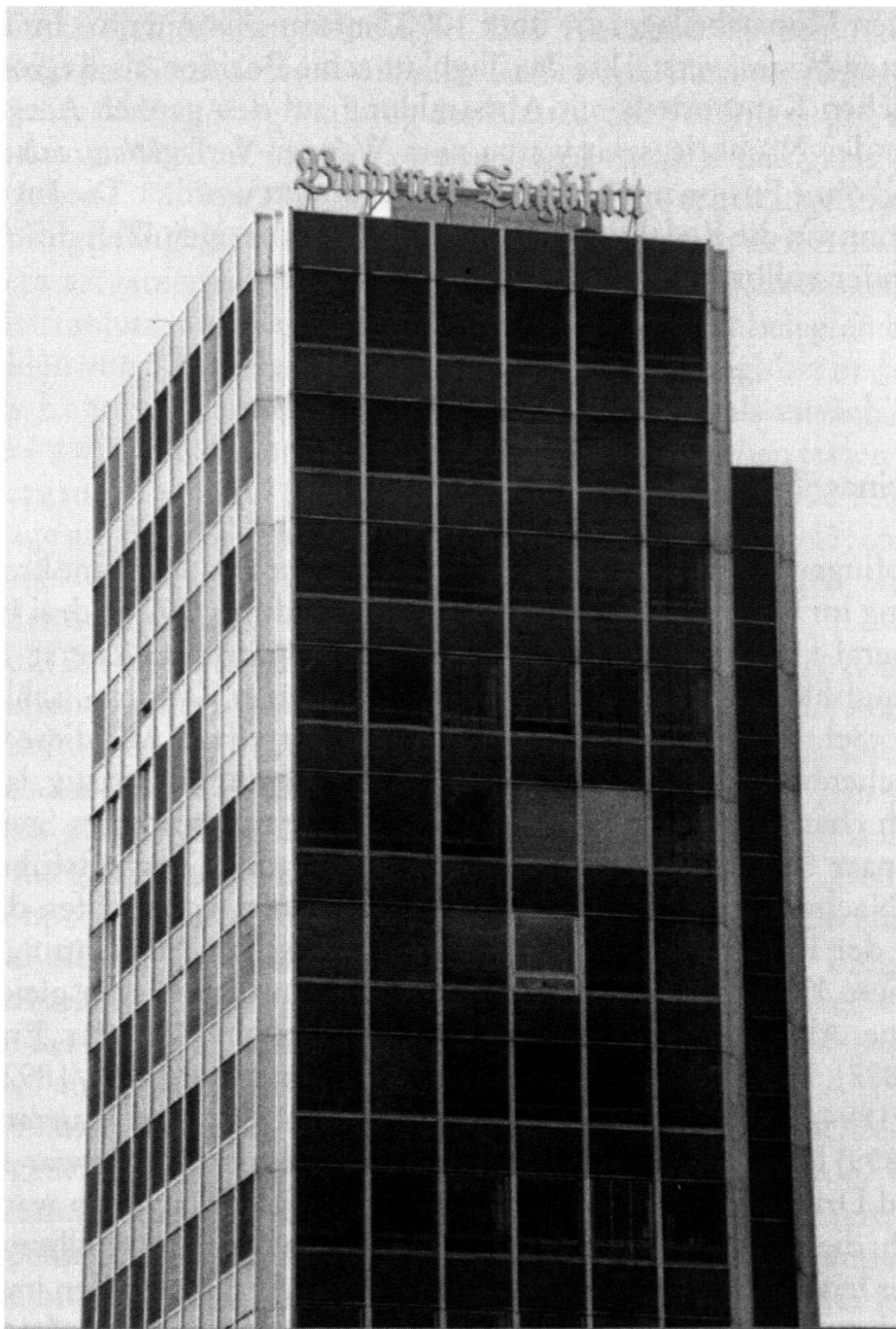
Beim «Badener Tagblatt» hing in der Nachkriegszeit der Haussegen nicht immer gerade. Eugen und Otto hatten sich während des Krieges in ihrer Berufsauffassung entfremdet: Eugen, der Setzer genannt, wünschte nach seiner Rückkehr ins Zivilleben einen ruhigen Geschäftsgang in alten Geleisen, Otto, elf Jahre jünger, hatte sich in den Kriegsjahren intensiv um die Zeitung gekümmert und ahnte die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich dem Presseunternehmen darboten. Lokalblatt oder Regionalblatt, das war damals die Frage. In der Folge setzte sich das Ausbau-Konzept durch. 1945, bei Kriegsende, stand die Auflage bei 6500; sie war geringer als jene des «Aargauer Volksblatts». Die «Schweizer Freie Presse», von 1924–1938 bäuerliche Tageszeitung, war als dreimal wöchentlich erscheinende «Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung» keine Konkurrenz mehr. «1948 kam es zur Anstellung von Dr. Hans Güntert, der die Ressorts Kanton und Eidgenossenschaft versah. Erstmals hatte nun das Badener Tagblatt eine eigene Grossrats-Berichterstattung samt profilierter Kommentierung. Dies war der erste Schritt zur kantonalen Resonanz des Blattes. Das BT wurde zu einem Faktor in der aargauischen Politik.»<sup>233</sup>

Die Anschaffung einer grösseren Rotationsdruck-Maschine und die Verkehrssanierungs-Varianten brachten den Bruch zwischen den Brüdern. Für Otto war die Linienführung der Bruggerstrasse mitten durch das bisherige Druckereigebäude eine einmalige Chance zum neuen Aufbruch. Das Tagblatt-Hochhaus, eine gewagte Investition, zeugt noch heute von jener Stimmung und Ära. Für Eugen war schon die Anschaffung einer Occasions-Druckerei der NZZ eine Grosshanserei. Er wollte sich vom Betrieb absetzen und verlangte die Auszahlung. Es gab ein Feilschen um den Betrag, da die Familien AG zu je 50 Prozent angelegt war. Seine Vorstellung, damit Millionär zu werden, waren bald ausgeträumt, er musste sich mit rund 300 000 Franken zufrieden geben. Er eröffnete in der Folge ein Chemie-

---

<sup>233</sup> BT, 2. November 1996, letzte Nummer, Woldemar Muischneek.

labor in Wettingen, nachdem er schon vorher mit Druckfarben experimentiert hatte.<sup>234</sup>



*Aufbruchstimmung: Das Tagblatt-Hochhaus in Baden (Archiv Wanner).*

Das war im Jahre 1956. Damals trat Dr. Werner Geissberger – wie Hans Güntert von Lenzburg kommend – in die Redaktion ein und führte mit einem stark ausgebauten Regionalteil dem BT eine weitere Leserschaft zu. Aus der Auflage von 10 000 im Jahre 1956 wurde innert zwölf Jahren bis

---

<sup>234</sup> Otto Wanner, Gespräch vom 21. November 1997.

1968 eine solche von 20 000. Mit dem Ausbau des Sportteiles durch Walter Zehnder und der Integration der «Aargauer Blätter», redigiert von Werner Geissberger, Anton Krättli und Woldemar Muischneek, einer kulturell-politischen Monatsbeilage, die über 1000 Separat-Abonnenten im übrigen Kantonsteil besass, verstärkte das Tagblatt seine Position als Regionalblatt des östlichen Kantonsteils mit Ausstrahlung auf den ganzen Aargau. Die Chancen der Nachkriegszeit waren vom Wanner-Verlagshaus aus eigener Kraft und ohne Fusion mit andern Blättern genutzt worden. Die Investition des Gewinns in die Redaktion hatte in der kleinräumigen Welt des Aargaus fast Wunder vollbracht.

## Das «Zofinger Tagblatt»

### Allgemeines <sup>235</sup>

Das «Zofinger Tagblatt», von Anfang an Sprachrohr der demokratischen Bewegung im Westaargau, hatte seit seiner Gründung 1873 in drei Etappen nach liberal-konservativen Konkurrenzblättern gerufen: Zuerst 1872/73 den «Republikaner», dann 1883 die «Neue Zofinger Zeitung», schliesslich 1886 die «Schweizer Tagespost» («Zofinger Tagespost»). Alle diese Organe – ob Wochenblatt oder Tageszeitung – hielten sich nur kurzfristig, ja, waren praktisch chancenlos. Die Nachkommen des Zeitungspioniers Steinegger, das Ehepaar Siebenmann-Steinegger, dann aber der Geschäftsführer und spätere Nachfolger im Geschäft, Rudolf Fehlmann, vermochten das erste Tagblatt der Region, trotz der einseitigen politischen Ausrichtung, sicher durch diese Klippen zu steuern, und sie schufen dem Organ gleichzeitig eine treue Abonnentenschaft. Die linksfreisinnigen Kämpfer Emil Näf (1877–1887), Hans Müri (1887–1891), Arthur Bauhofer (1891/1892), Otto Weber (1894/1895), Karl Eugen Züblin (1896/1897) und Cajetan Bienz (1897–1899) lösten sich in rascher Folge als Redaktoren ab. Es war der Verleger und Drucker, der die Kontinuität sicherstellte. Beachtlich war schon, dass sich diese kleine Tageszeitung fast lückenlos einen vollberuflichen Redaktor leisten konnte. Die meisten Blätter im Aargau wurden im letzten Jahrhundert vom Verleger selbst redigiert; nur Aktiengesellschaften waren gezwungen, einen Schriftleiter zu beschäftigen.

An der Schwelle des 20. Jahrhunderts übernahm Johann Fehlmann junior 1902 Druck, Verlag und Redaktion des «Zofinger Tagblattes». Schon seit Ende der 70er-Jahre im Geschäft seines Vaters tätig, unterstützte er nach dessen Tod 1895 seine Mutter, die offiziell das Unternehmen weiterführte. Ausgebildet im väterlichen Betrieb, dann in Paris und Stuttgart,

---

<sup>235</sup> Der folgende Abschnitt nach Paul Ehinger, 125 Jahre Zofinger Tagblatt.

zeigte er sich in allen Sparten der schwarzen Kunst zuhause, führte aber auch eine gewandte Feder, war daher durchaus imstande, die Redaktion selber zu besorgen. Die technischen Neuerungen waren aber dem Patron selbstverständlich höchstes Anliegen. Der Ankauf einer zweiten Presse, einer modernen Setzmaschine und des Gasbetriebs für diese Anlagen führten zur äusserlichen Ausgestaltung des Blattes, zur Vergrösserung des Formats und zum Wechsel von der zweispaltigen zur dreispaltigen Zeitungsseite im Jahre 1888. Seit 1891 erschienen auch öfters achtseitige Nummern. Das «Zofinger Tagblatt» schaffte damit auch äusserlich den Anschluss an die andern aargauischen Blätter, die mittels pompösen Namens auf kantonale Ausstrahlung angelegt waren. In Tat und Wahrheit belegten die Auflagenzahlen von 5000 Exemplaren 1914, dass sich das Tagblatt in der Westecke des Kantons – und die Kantonsgrenze war damals tatsächlich eine Barriere – zwischen den andern Tagblättern durchaus sehen lassen konnte: Das «Aargauer Tagblatt» (ohne «Volksfreund») gab 1905 4900 Exemplare als Auflage an, das «Badener Tagblatt» eindeutig weniger (1945: 6500) und die Parteiblätter «Freier Aargauer» und «Aargauer Volksblatt» waren gerade in der Startphase.

Obwohl Demokraten und Liberale sich 1895 zur freisinnig-demokratischen Partei zusammengeschlossen hatten, vermochten sich die konkurrierenden Zeitungen der beiden Flügel politisch nicht zu finden. Dies offenbarte sich im Bezirk Zofingen nicht, weil hier zur Zeit der Jahrhundertwende das gleichwertige Gegenblatt fehlte und der Zofinger Freisinn damals im Aargau praktisch zur tonangebenden Richtung wurde. Der Gottesfriede konnte und durfte in der aargauischen Partei damals nicht einkehren. Da das «Zofinger Tagblatt» den Blättern des ehemals rechten Flügels weiterhin suspekt erschien, hörten die liberal-konservativen Blätter – und sie waren in der Mehrzahl – nicht auf, dem ZT auf die Finger zu schauen und ihm öfters auch verbal einige Rutenstreiche zu verabreichen.

Es ist richtig, wenn der Chronist des «Zofinger Tagblatts» schreibt, dass der Aargauer Freisinn als ganzes nach rechts gedrückt wurde, weil die Arbeiterschaft, früher im demokratischen Grütliverein organisiert, sich im linken Spektrum als militante Sozialdemokratie festsetzte. Das änderte aber nichts daran, dass – gesamtaargauisch gesehen – der Freisinn der Zofinger Art ein Links-Freisinn blieb. Otto Hunziker, Gerichtspräsident und Nationalrat, 1911–1939, hiess als aargauischer Parteipräsident bei den Alt-Liberalen ein Rosenroter und erlebte parteiintern laufend Anfeindungen der schlimmsten Sorte, bis er 1923, von den einen betrauert, von den andern beklatscht, seinen Rücktritt nahm. Selbst die Abtrennung der Bauernpartei vermochte nicht, die restlichen Freisinnigen zu einigen. Da Hunziker von der Bezirkspartei Zofingen immer eifrig gestützt wurde, blieb auch das «Zofinger Tagblatt» in der linken Ecke. Sicher, so präsentierte sich die politische Lage nicht aus der Sicht der Zofinger Region, aber der andern Presse-



zentren des Kantons. Und die «Neue Aargauer Zeitung» formierte seit 1912 eine Art Supervision über die linke Bürgerlichkeit.



*Das 1923 bezogene Gebäude des «Zofinger Tagblatts» an der Hinteren Hauptgasse (125 Jahre ZT).*

### **Was zählte man damals zur Linkspolitik?**

Zum ersten waren schon die Menschen, die aus der Staatskrippe frassen, suspekt. Wenn solche Leute zudem noch Angestelltenpolitik im engeren Sinne trieben, verloren sie auch geistig die Distanz zum Staate, zu jenem Gebilde, das der individuellen Freiheit im Wege stand und allerorten die private Initiative behinderte. Dann war auch dieser Moloch selber gefrässig: vieles wollten die Demokraten, später die rosaroten Freisinnigen, dem Staate überantworten oder ihm überlassen: Post, Bahn, Kantonalbanken, Bergwerke, Wasserwerke, Feuer- und Mobiliarversicherung etc. Dies zeigte sich durchaus auch bei kantonalen Fragen und Abstimmungen. Eigentlich war bloss das Wehr- und Schulwesen eine Domäne des Staates nach bürgerlichem Zuschnitt. Selbst Konzessionszahlungen (Wasserwerke, Salinen) durften den Start und die Fortentwicklung des Geschäftsganges der Produktionsstätten nicht behindern.

Gehen wir nun diesen Themen im «Zofinger Tagblatt» nach, so finden wir selbst im Katalog der Beispiele, die der Historiker Paul Ehinger anführt, Haltungen und Parolen, die als rosenrot galten, da zur Zeit Hunzikers an den Parteiversammlungen der Freisinnigen meist knapp die Hälfte der An-

wesenden für die fortschrittliche Variante plädierte, während sich die Mehrheit der Blätter über die Demagogie des Präsidenten ausliessen und gelegentlich in der Kampfphase auch Gegensteuer gaben. Oft hiess damals die Bezeichnung freisinnig rosarot, während diejenigen, welche sich als wahre Liberale bezeichneten im katholisch-konservativen Lager Verbündete suchten. Die Abgrenzungen gegenüber dem Klassenkämpferischen, das Fördern der gelben Gewerkschaften, das Ringen um breitere Volksbildung und Besserstellung der Lehrer, die Kranken- und Unfallversicherung usw. waren typisch für den linken Flügel der freisinnig-demokratischen Partei im Kanton Aargau und gehörten nicht zu den Prioritäten der aargauischen Liberalen von damals. Die Sozialpolitik, wie von Ehinger beschrieben wurde, gehörte nicht zum Allgemeingut der Partei; sie wurde zum Beispiel im Bezirk Kulm nach der Jahrhundertwende vom «Wynentaler Blatt» (demokratisch), nicht aber vom «Echo vom Homberg» (liberal) vertreten. Die Sozialdemokraten rieben sich auch nicht an den Herrenblättern – die trieben nach ihrer Ansicht sowieso in trüben Gewässern vor sich hin – sondern an jenen, die ihnen nahe waren und ihnen politisch ins Gehege kamen. Und dazu gehörte das «Zofinger Tagblatt», selbst noch in der ersten Zeit von Albert Maurers Redaktionstätigkeit.

Das «Zofinger Tagblatt» war offenbar abonniert auf die Depeschenagentur und für Artikel und Kommentare auf die Schweizerische Mittelpresse (später Schweizerische politische Korrespondenz). Die Haltung zum kaiserlichen Deutschen Reich, insbesondere anlässlich der Kaiser-Manöver 1912 und die Reaktionen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges bestätigen diese Annahme. Johann Fehlmann hatte damals wohl kaum die zeitliche Musse, sich eingehend mit der Aussenpolitik auseinanderzusetzen. Was an lokalem Stoff anfiel und was an Fülle von den Agenturen geliefert wurde, beschäftigte einen nebenberuflichen Redaktor vollends; und Fehlmanns Haupttätigkeit war das technische Fertigen der Zeitung und der Betrieb der Akzidenzdruckerei, die – wie fast überall im Aargau – den Luxus des Zeitungsmachens überhaupt ermöglichte. Es brauchte einen eigenwilligen Kopf und eine gute Portion Zivilcourage damals, eine andere Ansicht als die gängigen Agenturen zu verbreiten – und deren Haltung war eindeutig wilhelminisch. Das «Zofinger Tagblatt» machte da keine Ausnahme.

## Die Ära Maurer

Am 2. Juni 1914 – also kurz vor Ausbruch des Weltkrieges – wurde Albert Maurer Redaktor des Blattes. Diese Persönlichkeit sollte über vier Jahrzehnte die Zeitung prägen und die Auseinandersetzungen mit den andern massgeblichen Blättern im Aargau nicht scheuen. Er hatte von 1914 bis 1956, anfänglich als Alleinredaktor, später als Chefredaktor, «seine Zeitung

mit hoher journalistischer Begabung und mit vorbildlicher Pflichterfüllung betreut». «Er darf füglich als Vater des Zofinger Tagblatts bezeichnet werden.»<sup>236</sup> Ihm war auch die härteste Prüfungszeit der Presse, die Krisenjahre und der Frontenfrühling, aufgetragen.

1882 in Münster im Elsass geboren, absolvierte er seine Lehre in der einheimischen Druckerei als Handsetzer. Seine Wanderschaft führte ihn nach Zürich, Berlin und Leipzig zur Weiterbildung als Maschinensetzer. 1909 trat er beim «St. Galler Stadtanzeiger» ein. Schon dort wurde er als ständiger Berichtersteller herangezogen. Die erste redaktionelle Stelle versah Maurer in Glarus, darauf folgte die Betreuung des «Zofinger Tagblattes» im Einmannsystem. Die Aktualität seines Blattes war ihm höchstes Anliegen. Früheste Informationen von kantonalen Stellen kamen ihm dank persönlicher Beziehungen zu Regierungs- und Parlamentarierkreisen zu. Es war sein Stolz, «über alle wichtigen Begebenheiten und Vorkommnisse in Bund, Kanton und Gemeinden schon in der nächsten Ausgabe seiner Zeitung Bericht zu erstatten.»<sup>237</sup> «Dazu war er Meister in der journalistischer Technik und schrieb mit leichter Feder in glänzendem Stil.»<sup>238</sup> Dieses Beziehungsnetz war dem neuen Redaktor nicht vererbt oder geschenkt worden. In den ersten Jahren beschwerte sich Maurer immer wieder über die Residenzpresse, die eilfertiger mit offiziellen Dokumenten versehen werde. Zudem führte er einen dauernden Kampf um eine bessere Platzierung der Presseleute im Grossen Rat. Nirgendwo würden die Journalisten so jämmerlich behandelt, wie in Aarau. Man hätte nicht einmal Sichtverbindung mit den Referenten. Mit Fehlinformationen müssten Gross- und Regierungsräte daher rechnen.<sup>239</sup>

Albert Maurer wurde seit seinem Antritt in Zofingen der besonderen Kontrolle des «Freien Aargauers» unterstellt. Eigentlich lauerte für die Arbeiterpresse eine doppelte Gefahr: der neue Redaktor könnte zu linksdemokratisch sein, dann würde das «Zofinger Tagblatt» zum unliebsamen Konkurrenten; er könnte aber auch die Tendenz verstärken, dass das traditionell angestelltenfreundliche Blatt zum bourgeoisien Organ würde, was 1918 mit der Übernahme durch die Fabrikanten tatsächlich passierte. Auch dies müsste mit entsprechenden Kommentaren quittiert werden. Die ersten Jahre Maurers, noch in der Ära Fehlmann, blieben da noch unbestimmter. Am 6. Juni 1914 finden wir im «Freien Aargauer» die erste Abrechnung mit dem neuen Redaktor des ZT, der in seinem Einstand einen eher demokratischen Standpunkt einnahm: wir sollten Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik betreiben. Unser Partner ist jener, der «vom Klassenkampf ablässt, der auf einem gewissen Boden zwar viel Blüten treibt, aber wenig Früchte trägt».

<sup>236</sup> Aus Ehinger, S. 67. Aus der Rede von H. Ringier, Verwaltungsratspräsident.

<sup>237</sup> Ehinger, S. 68.

<sup>238</sup> Hans Ringier: Rede an der Trauerfeier.

<sup>239</sup> ZT, 20. Januar 1915 und 2. Februar 1916.

Sozialreformen müssten mit der «allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Einklang» gebracht werden.<sup>240</sup> Genau diese Sprache provoziert den schärfsten Widerspruch, denn blosses Hohnlachen wirkte als Antwort misslich. Maurers Lob auf Demokratie und Demokraten müssten dann an der Haltung zum Proporz gemessen werden, meinte der «Freie Aargauer».

Der Stil des ZT vor dem Amtsantritt Maurers war bedeutend rüder gewesen und geprägt von demokratisch eingefärbter Polemik. Die Streitereien in der freisinnigen Partei waren damals weniger eine Frage der Programmpunkte, als des Stiles. So waren noch im Mai Ratsberichte aus dem Grossen Rat und aus dem Bundeshaus durchsetzt mit «Bravo, Grosser Beifall, Lebhaftige Zustimmung» usw., wenn es sich um eigene Leute handelte, doppelte Ausrufe- oder Fragezeichen, «Zwischenrufe» etc. zierten die Satzenden, wenn konservativere Parteifreunde sich äusserten.<sup>241</sup> Ein weiteres Beispiel: Im Januar zuvor musste sich das ZT dagegen verteidigen, 1913 den Untergang der Spar- und Leihkasse am Ort verursacht zu haben. Mit ihren ungeRechtfertigten Anwürfen sei so lange Kreditschädigung betrieben worden, bis von den Kunden 500 000 Franken in Kürze zurückgezogen wurden, sodass sich die Kasse an die Kantonbank anlehnen musste.<sup>242</sup> Solche Kämpfe und Krämpfe hatten das Tagblatt beim hiesigen Gewerbe nicht unbedingt beliebter gemacht.

Zwei Elemente prägten das persönliche politische Engagement Maurers in der Anfangszeit: der Streit mit den extremen Kräften der Arbeiterpartei und die Verhinderung und Diskreditierung der Proporzidee. Dabei spielte er mit offenen Karten: es geht um die Sicherung der bürgerlichen Machtstellung auf allen Ebenen des Gemeinwesens. Das bald darauf einbrechende Kriegsgeschehen mit all seinem Elend berührte den Elsässer Maurer mehr als seine Berufskollegen im Kanton. Das Geschehen im Wasgau wurde immer wieder detailliert übermittelt. Seine Sympathien neigten sich nicht grundsätzlich auf die Seite der Mittelmächte; sie wurden aber durch Ungeschicklichkeiten der französischen Politik gegenüber der Schweiz dorthin getrieben. Das Manifest Spittellers wurde im ZT von einem Einsender, unter dem Titel «Anderer Meinung», hart angegriffen: «England ist nicht unser Freund.» «Ist nicht Deutschland der Überfallene und Einkreiste, der von seinen wirtschaftlichen Neidern zur Strecke gebracht werden soll?» Dies die in der Deutschschweiz gängige Meinung, druckfrisch der deutschen Propagandamaschinerie entnommen. In einem Nachwort zeigte sich der Redaktor gelassener und differenzierter: Man hätte nun beide Seiten zum Wort kommen lassen. Es gelte zu bedenken, dass die Schweiz im 19. Jahrhundert vieles von England bekommen habe. Diese Bemerkung wollte die Leserschaft daran erinnern, dass auch ein Kampf zwischen autokratischem

<sup>240</sup> ZT, 2. Juni 1914.

<sup>241</sup> ZT, 25. Mai 1914.

<sup>242</sup> ZT, 5. Januar 1914.



und demokratischem Prinzip stattfinde; und Maurer nahm mit dieser Anmerkung eine Haltung vorweg, die hierzulande sonst erst nach 1916 vertreten wurde.<sup>243</sup>

Ende 1915 schrieb er über ein kriegstolles Europa, vom Heldenmut der französischen Truppen, aber einer Kriegsbilanz zu Gunsten der Mittelmächte. Wieder dieser Drang nach Unparteilichkeit! Seine Meinungsfreiheit bewahrte er sich auch, als der Chefchirurg des Kantonsspitals, Dr. Eugen Bircher, seine Sofia-Mission durchführte und dabei den Regierungsrat dem Spott der Öffentlichkeit aussetzte. Dass Bircher mehr Freude am Militär als an der Medizin zeigte, war dem Kritiker Stein des Anstosses und sollte zu Konsequenzen führen. Die Gutmütigkeit der aargauischen Regierung war nicht mehr tolerierbar.<sup>244</sup> Die grundsätzliche Aversion gegen den Marxismus in der sozialdemokratischen Partei schlug um zu Spott und Hohn, als diese den Krieg zur Revolution umpolen wollte, und die schweizerischen Trabanten sich zur Internationalen bekannten. Schon vorher setzte Maurer häufig verletzende Attribute, wenn er von der roten Parteiwäsche und den Akteuren im Nationalrat zu berichten hatte.<sup>245</sup> Nun aber schrieb er von Demagogen und Terroristen, die an der roten Tagsatzung vor 400 Menschen in Aarau sprachen. Grimm und Konsorten verwandelten den Anlass zu einem Jungbrunnentag, der das reine Prinzip einführte und damit alle gemässigten Grütlianer ab- und austossen musste. Die Ultrasozialisten, die Grimm-Naine-Graber-Platten, hätten diesen nichts mehr zu bieten.<sup>246</sup>

An der Jahreswende 1917/18 glaubte die Redaktion an einen bald zu Ende gehenden Krieg und begrüsst die mächtige demokratische Welle, die über Mitsprache des Volkes eine friedlichere Zukunft verspreche.<sup>247</sup> Zwar kam auch Russlands Zerrüttung nach der Revolution zur Sprache, aber die Hoffnungen auf Brest-Litowsk und einen allgemeinen Frieden machten den Putsch der Maximalisten und die Niederlage Kerenskys zu einem Ereignis, das die Welt eher dem Frieden näher zu bringen versprach, als dass dieser Umsturz in Zofingen als Bedrohung empfunden worden wäre.<sup>248</sup> Vergleichen wir diese Meinungen mit der Altjahresbetrachtung «Aufrecht weiter!»<sup>249</sup> oder «Das Jahr 1918»<sup>250</sup> einige Tage früher, so stellen wir ein Jahr danach eine grosse Ernüchterung fest. Die Putschversuche der Sozialisten in Deutschland und der Schweiz (Generalstreik), die Ausweisung der Sowjet-Botschaft verlangten von den bürgerlichen Parteien wie von der Redak-

---

<sup>243</sup> Lang, Gustav Adolf. Kampfplatz der Meinungen (über NZZ).

<sup>244</sup> ZT, 2./3. Dezember 1915.

<sup>245</sup> ZT, 31. Dezember 1914.

<sup>246</sup> ZT, anfangs 1916.

<sup>247</sup> ZT, 31. Dezember 1917.

<sup>248</sup> ZT, 8., 10. und 13. November 1917.

<sup>249</sup> ZT, 31. Dezember 1917.

<sup>250</sup> ZT, 28. Dezember 1918.

tion des «Zofinger Tagblatts» einerseits eine harte Abgrenzung nach links (Mittelstandsvereinigung des Bezirks Zofingen), anderseits das Zugeständnis, dass soziale Reformen nötig seien. Die wirtschaftliche Neuordnung sei die Sache aller, auch der Neutralen.

Aussenpolitisch sagte damals Maurer voraus, dass die Spannungen der Nationalitäten anhalten, und Rasse gegen Rasse streiten werde. Die ausgleichende Gerechtigkeit sei schlimm mit den Kronenträger Europas verfahren. Präsident Wilson bleibe die Hoffnung Europas. Die Betrachtungen Maurers am Ende des letzten Kriesjahres schliessen folgerichtig an seine früheren Kommentare an; ihm waren durch die Zeitläufte keine politischen Purzelbäume aufgetragen, wie andern Redaktoren im Aargau. Dies ist umso bemerkenswerter, als am 1. September die Ära Fehlmann brüsk zu Ende ging. Doch die Redaktion konnte auch unter neuer Leitung ihren Dienst ohne Zäsur weiter versehen.

### **Der Feind steht links – oder halblinks**

Nach der Übernahme des Blattes durch die Fabrikanten 1918, der entsprechenden Leitung durch den Verwaltungsrat, war die politische Position klar vorgegeben. Die unruhige, gefährliche Zeit<sup>251</sup> um den Generalstreik tat ein übriges, der Zeitung die klare bürgerliche Richtung zu weisen. Die Bemerkung, «die Partei hatte nie eine Befehlsgewalt über die Zeitung» ist bei einem Blatt liberalen Zuschnittes völlig überflüssig; uns ist nirgendwo im Aargau ein Redaktionsstatut begegnet, das eine Befehlsgewalt der freisinnig-demokratischen Partei über eine bürgerliche Zeitung postuliert hätte. Daher kann immer nur von Parteinähe gesprochen werden und diese muss aus den Kommentaren, respektive der Auswahl der weltanschaulich orientierten Agenturbeiträgen abgeleitet werden. Die Offenheit bezüglich Informationen aus dem linken politischen Lager kann dabei völlig verschieden gehandhabt werden und sagt nichts über die politische Richtung des Blattes aus, sondern ist eine blosser Frage des Stiles. Informationen können auch dazu verwendet werden, vernichtende Kommentare zu alimentieren und Analysen mit negativen Folgerungen anzufügen. Zeitungen, die in den 30er-Jahren zum Beispiel den sogenannten Erneuerern ihre Spalten öffneten, waren deswegen noch lange nicht frontenfreundliche Blätter.

---

<sup>251</sup> Titel in Ehinger, S. 63. Ringier am 31. Dezember 1966. Verwaltungsrat der «Zofinger Tagblatt AG» 1918 (Die Fabrikanten): Dr. Hans Ringier, Fürsprecher, von und in Zofingen, Ernst Stalder, Fabrikdirektor von Rüegsau, in Zofingen, Paul Albrecht Siegfried, Fabrikdirektor, von und in Züringen, Fritz Hochuli, Fabrikant, von und in Safenwil, Karl Matter, Fabrikant, von und in Kölliken, Otto Krauer, Fabrikant, von Zürich, in Rothrist, Dr. Hans Fehlmann, von und in Zofingen

Die Zeit der Diskussionen über den Gossratsproporz 1920 ist besonders aufschlussreich zur Eingliederung des ZT in die freisinnige Parteistruktur zur Zeit Albert Maurers. Der Regierungsrat hatte unter dem Druck der öffentlichen Meinung sofort nach dem Generalstreik ein Proporz-Gesetz für das Parlament ausgearbeitet. Aber erst am 5. September 1920 kam die Sache zur Abstimmung und zum positiven Abschluss (Initiative der SP vom Frühjahr 1919). Der Meinungswechsel der freisinnigen Grossrats-Fraktion führte zu einem Zerwürfnis zwischen der Partei und einem Teil der Presse, nämlich «Brugger» und «Zofinger Tagblatt». «Zu den Warnern vor dem Spaltpilz des proportionalen Wahlsystems gehörte auch das Zofinger Tagblatt. Es hielt sich dabei an die grundsätzliche Zweckbestimmung seiner publizistischen Tätigkeit: ein aufbauender Faktor im Leben des demokratischen Staates zu sein. Aber die freisinnig-demokratische Partei, der das Blatt gesinnungsmässig, in aller Dispositionsfreiheit, verbunden blieb, glaubte der damaligen Zeitströmung eine Konzession schuldig zu sein. Sie gab die Parole zugunsten des proportionalen Wahlsystems aus.»<sup>252</sup>

Wie sehr Maurer und das «Zofinger Tagblatt» den Kampf gegen den Proporzgedanken geistig-politisch beschäftigten, beweist die Abhandlung zum 75jährigen Bestehen des ZT vom 18. April 1947. Die ganze neuere Geschichte des Blattes wurde beherrscht von diesem Thema. Der Proporz – ob gesetzlich festgelegter oder freiwilliger wie beim Regierungsrat – hat die «Zertrümmerung der freisinnig-demokratischen Mehrheitsstellung» im Kanton vollbracht, wozu die Redaktion nur tiefstes Bedauern ausdrücken konnte. So wurde das «Zofinger Tagblatt» ab 1919 – päpstlicher als der Papst – zum kompromisslosen Organ der Machtverteidigung, die für die freisinnige Konzession an die damaligen Zustände kein Verständnis aufbringen konnte.

So wurde Albert Maurer auch zusehends zum Ziel des Angriffs des «Freien Aargauers», respektive Arthur Schmidts, und der Zofinger Redaktor zögerte auch nicht, zurückzugeben oder darauf neuerdings auszuteilen. Gleiches galt – auch ohne ständige Querelen – von der katholisch-konservativen Presse. Christliche oder kirchliche Politik war für den zutiefst liberalen Maurer schon immer suspekt gewesen, die Artung seines Pressekollegen Rusch vom «Aargauer Volksblatt», den er von der Grossratsarbeit her kannte, machten ihm diese Kreise noch anrühiger. Weihnachten 1914 bot Anlass zu grundsätzlichen Gedanken. «Friede auf Erden!» Viele sprechen von Frieden, und schaffen ihn nicht. «Am widerspruchsvollsten ist die Haltung jener, die überzeugt, mit dem Urheber des Festes der Liebe auf gutem Fusse zu stehen – den Krieg nicht nur verherrlichen durch das leichtfertige Wort, sondern durch die frevle Tat.» Am sympathischsten sind Redaktor Maurer die «Priester ihres eigenen Gewissens, die die Ideale der Menschheit

---

<sup>252</sup> ZT, 18. April 1947 Jubiläumsnummer.

vertreten.» «Nieder die Waffen der brutalen Macht!»<sup>253</sup> Von Separat-Patrioten schrieb Maurer, als einzelne katholische Geistliche gegen die Frauenspende für die im Krieg in Not geratenen Menschen Einspruch erhoben. Nun suchte Redaktor Rusch dieser «Ungeheuerlichkeit ein politisches Mäntelchen» umzuhängen. Er unterscheide folglich zwischen katholischen und freisinnigen Frauen, wenn es um rein vaterländische Wohltätigkeit gehe. Das sei reine Parteibüffelei!<sup>254</sup>

Als die «ultramontanen Heisssporne des obern Freiamtes» statt des einzigen freisinnigen Gossratskandidaten des Bezirks Muri Pfarrer Balmer aus Auw durchdrückten, da schimpfte Maurer in kulturkämpferischer Manier vom schwarzen Aufmarsch der aufrichtigen Proporzfreunde, wenn es um ihren Machtanspruch gehe, eingedenk dessen, dass die Katholisch-konservativen sich sonst in dieser Frage den Roten anschlossen.<sup>255</sup> Und so trafen sich die Schwarzen und die Roten bei gewissen Fragen in schöner Freundschaft und gingen Arm in Arm, wie der Zofinger Redaktor nach einer freisinnigen Kundgebung in Baden bitter bemerkte; man werde bei Gelegenheit diesen Abtrünnigen der Bürgerlichkeit mit ihrer verwerflichen Kampfweise eine deutliche Antwort erteilen.

Auch nachdem Rusch bei den Seinigen in Ungnade gefallen war, hielten die Spannungen zwischen dem «Aargauer Volksblatt» und dem «Zofinger Tagblatt» an. Albert Maurer stand für den Nachfolger Bärlocher in der freigeistigen Ecke und seine Aussagen waren damit für immer etikettiert. Wenn Maurer fürchte, dass die freisinnige Areligiosität von der katholisch-konservativen Religiosität und der sozialistischen Antireligiosität zerdrückt und zerpulvert wird, dann stamme diese Kriegsansage aus unverdächtigem Munde.<sup>256</sup> Und als Bärlocher, nach Annahme des Kantonsspitalgesetzes, die Wunden lecken musste, weil seine Parole knapp unterlegen war, erteilte er den Sozialdemokraten gute Noten. Sie hätten sich im Kampf vornehmer benommen als die Freisinnigen. Dies brachte Maurer auf die Palme: Die parteipolitische Grundsatzlosigkeit der Konservativen sei ja nicht neu, das schwarz-rote Liebäugeln ebensowenig. Wer sich so fromm gibt, der durfte – so dachte wohl Maurer – dem Teufel auch nicht den kleinen Finger reichen.

Der Buchdruckerstreit von 1922 hat dann nicht wenig dazu beigetragen, dass alle linksverdächtigen Allüren für Maurers Blatt ausgeblendet und andernorts bekämpft werden mussten. Damals fühlte sich das «Zofinger Tagblatt» ganz besonders betroffen. Dass damals alleine die politische Presse bestreikt wurde – die Ringier-Druckerei blieb davon unbehelligt – bewies ihm, dass die Frage der Arbeitsbedingungen nur vordergründig war, in Tat und Wahrheit galt es, die Abstimmungspropaganda gegen die Vermö-

<sup>253</sup> ZT, 24. Dezember 1914.

<sup>254</sup> ZT, 17. Januar 1916.

<sup>255</sup> ZT, 1. Februar 1916.

<sup>256</sup> AV, 20. Dezember 1927.



gensabgabe zu unterdrücken. Diese Einsicht war von andern Redaktoren längst publiziert und als undemokratisch angeprangert worden. Dass der Streik zehn Tage über die Abstimmung hinaus dauerte, hatte schliesslich mehr mit Gesichtswahrung der Arbeiterpartei nach verlorener Schlacht als mit Lohnforderungen zu tun.

## Das Verhältnis zum Dritten Reich

Um das Verhältnis einer Zeitung zum Nationalsozialismus abzuklären, kann nicht mit der Machtergreifung im Januar 1933 begonnen werden. Die Veröffentlichung des NS-Parteiprogrammes 1920, das die Zerstörung der Demokratie und die Diskriminierung gewisser Bevölkerungsteile, also die Aufhebung der Gleichheit postulierte, muss einen Redaktor liberaler Prägung aufrütteln. Er kann unmöglich das Auf und Ab im Wahlerfolg melden, ohne dass der Abscheu vor einer derartigen Gruppierung sichtbar würde.

Dabei ist zu beachten, dass eine lokale Tageszeitung kaum Gelegenheit bekommt, sich eingehend mit einer extremen Kleinpartei eines Nachbarstaates auseinanderzusetzen. Die Erfahrung, dass eine politische Gruppierung gleichsam aus dem Nichts kommend in einer einzigen Wahl zur zweitgrössten Kraft aufrückt, war ohne Beispiel. Die Verpflichtung eines Journalisten, über wirre Programme zu berichten, kann erst nach 1930, oder eigentlich erst nach 1933 gefordert werden, wenn entsprechende Erdrutsche drohen oder schon erfolgt sind. Noch im September 1930, also vor den verhängnisvollen Neuwahlen, sprach Zuversicht aus der Maurer'schen Prognose: «Der politische Bergrutsch in Deutschland» nannte zwar die «besonders revanchelüsternden Gruppen» als Gefahr, sah aber in der NSDAP im speziellen keine kriminelle oder terroristische Aktionäre. Offensichtlich hatte er sich damals mit deren Programm noch nicht näher auseinandergesetzt. «Wenn eine Regierung arbeitsfähig werden soll, dann muss sie alle verfassungstreuen Kräfte, die in dem Raume zwischen den radikalen Gegnern des Systems (Nationalsozialisten und Deutschnationale auf der Rechten, sowie Kommunisten auf der Linken) noch vorhanden sind, rasch und entschlossen zusammenfassen.»<sup>257</sup> Die innenpolitischen Programmpunkte, die zwischen Deutschnationalen und der NSDAP Welten klaffen lassen und letztere zu einer möglichen kriminellen Organisation machen, rühren Redaktoren nur dann auf, wenn sie direkte Auswirkungen über die Grenze hinweg voraussehen mussten.

Die Rückwirkungen der deutschen Reichstagswahlen, bei denen überraschend 107 Nazi-Vertreter gewählt wurden, lassen wieder nur zwischenstaatliche Befürchtungen zu: «Indem die französischen Nationalisten das

---

<sup>257</sup> ZT, 16. September 1930.

aussenpolitische Programm der Hitlerleute dem eigenen Volke als Schreckensgespenst vorhalten, verschweigen sie allerdings, dass es mit der Verwirklichung dieses Programmes gute Weile haben dürfte...» Frankreich hätte es zudem in den Händen, dass den Nazis die Felle davonschwimmen. Wieder war nur der aggressive Charakter dieser Partei nach aussen hin für das Zofinger Publikum erwähnenswert; die NSDAP wurde als nationalistische Gruppierung unter anderen empfunden.<sup>258</sup> Die Redaktion vermochte das Resultat sogar als Beruhigungspille zu deuten: Die Putschabsichten Hitlers, die von deutschen Sozialdemokraten immer wieder befürchtet wurden, seien nun hinfällig; der Weg über Wahlen zeige sich als erfolgversprechender.<sup>259</sup> Die Eröffnung des Reichstages mit den theatralischen Szenen der Radikalen wurden im «Zofinger Tagblatt» mit allen Einzelheiten des Treibens dargestellt. Noch waren die Kräfte der Demokratie plus jene des alten Deutschlands in der Überzahl. In der Neujahrsbetrachtung bezeichnete Maurer die Situation im Reichstag allerdings als katastrophal.<sup>260</sup>

Im Dezember 1931 nahm er Abschied von einem Prüfungsjahr, denn offene und verschleierte Diktaturen ringsum würden das Zusammenleben bestimmen. Dass dabei wieder nur die offizielle Politik der näheren Prüfung wert war, muss im nachhinein als Fehlverhalten taxiert werden. Schon am 27. Juli 1931 berichtete nämlich die «Deutsche Rundschau», dass das traditionelle Lager des jüdischen Pfadfinderbundes nicht mehr durchgeführt würde, da man für die Sicherheit nicht garantieren könne. Ist dies bereits das prophezeite Dritte Reich? Die Meldung wollte aufzeigen, wie weit es auf deutschem Boden durch die Toleranz der Nazi-Aktivitäten schon gekommen war. Dies sollte auch im folgenden Jahr nicht besser werden. Mit der Machtergreifung wurde die Redaktion stark von der Verantwortung entbunden, gleichsam mit dem Stethoskop den deutschen Volkskörper abzuhorchen, denn nun lieferten die Agenturen täglich Meldungen und Kommentare pfannenfertig ins Haus. In allen bürgerlichen Zeitungen finden wir dieselben geschönten Lebensläufe von Hitler, dieselben Informationen über den Reichstagsbrand und die politischen Folgen.<sup>261</sup> Am ehesten noch geben die Titel Aufschluss über die Haltung des damaligen Alleinverantwortlichen der lokalen Tageszeitung.

Sobald die Drohgebärden des NS-Systems auch die Schweiz direkt oder indirekt berühren, die Heim-ins-Reich-Propaganda die umliegenden Staaten behelligten oder gar die Annexion drohte, war die Feindschaft gegenüber Hitler-Deutschland eine Selbstverständlichkeit und kaum mehr der Erwähnung wert. Aufschlussreicher sind die Kommentare zur Frontenbe-

<sup>258</sup> ZT, 18. September 1930.

<sup>259</sup> ZT, 19. September 1930.

<sup>260</sup> ZT, 31. Dezember 1930.

<sup>261</sup> Vor allem die Mittelpresse.

wegung 1933/34. Die Spiegelungen im Erscheinungsbild, der Wortwahl und im Programm gewisser Fronten provozieren Bemerkungen und Urteile der Redaktion. Wir ersehen, was das ZT von der NS-Bewegung hält und ob das Menschenverachtende und Verbrecherische auch klar erkannt wird. Antisemitismus im eigentlichen Sinne des Wortes gehörte damals nicht zur politischen Kultur der liberalen Blätter; einheimische Juden gehörten überall zu den eifrigsten Lesern und Inserenten dieser Organe. Toleranz gegenüber Organisationen, die ein Judenproblem in der Schweiz postulierten oder konstruierten, war bereits eine antisemitische Haltung. Diesen Stellen gilt unsere Aufmerksamkeit.

## Hitlerianismus im Nachbarstaat

Das «Zofinger Tagblatt» vertrat in bezug auf die NSDAP und ihr Wachsen im deutschen Volk eine betont schweizerische Sicht. Die Demokratie liberaler Prägung, das heisst der Geist von Weimar stand in Gefahr und damit auch unser Staatswesen; dazu fügte sich die völkische Staatsidee, die den eidgenössischen Bundesstaat in seinem Selbstverständnis in Frage stellen konnte. Dabei reduzierte sich das Interesse auf die Frage: «Wie hältst Du es mit der einheitsstaatlichen Diktatur?» Wer eine derartige Schweiz ablehnte, verurteilte auch die Entwicklung im «fernen Nachbarstaat, ja, bedauerte selbst das irregeführte Volk, und rüstete sich geistig und materiell, den Übergriff auf das eigene Land mit Wehr und Waffen aufzuhalten.» Ein «Freier Aargauer» hingegen legte ganz andere Massstäbe an. Der Internationalismus verleitete dazu, die Grenzen zu ignorieren. Deutsche sozialistische Agenturen und Korrespondenten bedienten die Linkspresse in der Schweiz mit Material. Das tägliche Anteilnehmen an Verfolgungen im Reich, vor allem an Parteigenossen, rückten die allgemeinen Menschenrechte ins Zentrum. Daneben verblassten Staatsnotwendigkeiten, Ordnung und Verteidigung. Die spezielle Lage der Schweiz wurde geflissentlich übersehen; damit entfiel auch die militärische Abwehr an den Grenzen des schweizerischen Rechtsraumes, der sowieso von einem bürgerlichen, das heisst kapitalistischen Recht dominiert war. In dieser Wertung des Feindbildes gründete der Antagonismus zwischen der aargauischen Arbeiterpresse und dem «Zofinger Tagblatt», respektive zwischen Schmid und Maurer. Am klarsten äusserte sich diese Differenz in einer Kontroverse am 11. April 1933. «Mit Blindheit geschlagen!» titelte Arthur Schmid und warf der bürgerlichen Presse vor, das Menschenverachtende im Faschismus zu übersehen und daher auch Frontenversammlungen zu tolerieren. «Selber mit Blindheit geschlagen», konterte das «Zofinger Tagblatt», wenn ein Redaktor und Politiker wie Schmid ignoriert, dass nur eine starke Armee verhindert, dass der Unrechtsstaat auch auf unser Gebiet expandiert.

Die dauernden Wahlkämpfe 1932/33 im Reich rückten ein für allemal die deutsche Innenpolitik ins Zentrum des Interesses. Fast täglich erschienen im ZT nun Berichte oder gar Leitartikel auf der Frontseite zu diesem Thema. Eine Rechts- oder Linksdiktatur wurde als Gefahr gleicherweise gefürchtet. Dazu gesellten sich Verstösse gegenüber demokratischen Gepflogenheiten und das Missachten rechtlicher Formen. Wohl bewusst und gewollt nicht im Vordergrund stand die Toleranz gegenüber Intoleranten, vorab der Moskowiter, die über internationalistische Ideologie und Verflechtung die Schweiz scheinbar viel direkter bedrohten, als alle Formen des Nationalismus im Süden und Norden des Landes. Die linke Gefahr konnte man auch mit dem Grenzschutz nicht abwehren; sie bedrohte die Milizarmee von innen, während helvetonationalistische Bewegungen, trotz Anruchigkeit, in der wichtigsten Frage, nämlich der Wehrhaftigkeit, loyal erschienen.

Die Hitlerianer, so wurden sie von Maurer im ZT immer wieder verächtlich geheissen, genossen keinerlei Sympathie. Der Wahlkampf in Deutschland spielte sich in einem Jargon ab, vor dem jede sachliche Auseinandersetzung sich in ein Mausloch verkriechen muss.<sup>262</sup> Käme einmal die NSDAP an die Macht, und wäre es auch nur in einem deutschen Teilstaat, «dann wäre es aus mit den Phrasen». Dass daraus auch aussenpolitische Verunsicherung resultiert, konnte nicht übersehen werden. «Wie Hitler hetzt», lautete eine Meldung über eine Rede Hitlers, in der er erklärte, der Lausanner Vertrag, der Deutschland eine Belastung von drei Milliarden bringe, werde in sechs Monaten nicht mehr drei Mark wert sein.<sup>263</sup> Die «Diktatur in Preussen», auch wenn nur als Notmassnahme und durch den Zentristen von Papen inszeniert, galt nicht als harmlos, denn im Hintergrund «steht die Diktatur Hitlers!»<sup>264</sup> Nachdem die NSDAP mit 229 Sitzen die weitaus stärkste Partei des Reichstages geworden war, musste mit Hitler gerechnet werden. Dennoch verebbte der Hohn nicht. Dem Nazihäuptling wurde ein Lebenslauf gewidmet; immerhin war er Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten gewesen.<sup>265</sup> «Wotans Geist erwacht!», der Schwur-Text der Stahlhelme und ähnliche Berichte beweisen, dass man Exzesse nationalistischer Art weniger als Bedrohung ansah, als die kleinsten Regungen von internationalistischen Organisationen. «Armes Deutschland, erwache!», lautete der mitleidige Kommentar der Zofinger Redaktion.<sup>266</sup>

Dass «der gezähmte Hitler» mit seinen Millionenschulden im Januar 1933 einer Koalitionsregierung beitreten musste, sah man mehr als Weg zur Mässigung, denn als Gefahr an. «Ist damit die revolutionäre Periode der

---

<sup>262</sup> ZT, 18. Juli 1932.

<sup>263</sup> ZT, 12. Juli 1932.

<sup>264</sup> ZT, 22. Juli 1932.

<sup>265</sup> ZT, 23. November 1932.

<sup>266</sup> ZT, 10. September 1932.



Nationalsozialisten abgeschlossen? Wir wissen es nicht.»<sup>267</sup> «Hitlers erste Kraftproben» wurden noch als Anleihen beim Bolschewismus bezeichnet, und die Angst wuchs erst, als Notverordnungen die Presse in Fesseln legte. Nun spielte auch bei der bürgerlichen Presse ein Solidaritäts-Effekt. «Dass wir uns in Deutschland erstmals wieder einem gewissen Dauerzustand gegenübersehen»,<sup>268</sup> konnte angesichts der Massnahmen nach dem Reichstagsbrand nicht beruhigen. «Hitler im neutralen Lichte» konnte auch bei guter Beleuchtung nichts Gutes in Wesen und Politik finden: Gefühle des Abscheus seien für Schweizer selbstverständlich, aber auch des Mitleids für das deutsche Volk.<sup>269</sup>

Der Judenboykott 1933 erfuhr im «Zofinger Tagblatt» genauso harsche Kritik, als dann 1938 die Reichskristallnacht die Redaktion empörte. Dies wurde von Ehinger in seiner Monographie eindrücklich dargestellt und belegt.<sup>270</sup> Sowohl der Terror im Reich vor der Machtergreifung, als auch die offiziellen Massnahmen des Dritten Reiches, wie Säuberungen und Ausschlussungen, sorgten für direkte Wirkungen auf die Schweiz: Flüchtlinge! Die Flüchtlingsfrage<sup>271</sup> war längst vor dem Krieg ein Thema, das die öffentliche Meinung beschäftigte; hier ging es um das Teilen des kargen Brotes mit Menschen, die kaum mehr in unbehelligten Drittstaaten Aufnahme finden konnten. In den 30er-Jahren stand das Teilen der Arbeit im Zentrum, vor allem mit Intellektuellen, die unbedingt im deutschen Sprachraum verbleiben wollten. Im Kriege – unter Zensur – handelte es sich vorwiegend um offizielle Verlautbarungen, früher aber um direkte oder indirekte Meinungen der Redaktion. Und Flüchtlinge waren das letzte, was die Schweiz 1933 in grösster Wirtschaftskrise ertragen wollte. Das «Zofinger Tagblatt» unterschied sich in den Reaktionen damals kaum von andern bürgerlichen Blättern im Aargau. Die Schweizer Mittelpresse lieferte die Fakten und besorgte die Kommentare. Wir erkennen noch heute: Asyl hiess Zuflucht, und Zuflucht bedeutete stilles, dankbares Dasein, ohne Behelligung der inneren und äussern Politik und ohne Belastung des angespannten Arbeitsmarktes. Alles andere führte zu Unannehmlichkeiten.

Dass Rassistisches nicht mitspielt, bewies der erste Flüchtlingsstrom im Februar 1933, also vor dem Judenboykott. Die «Massenflucht aus Deutschland» schwemmte vor allem Kommunisten in die Nachbarstaaten. Österreich müsse nun sein weitgehendes Asylgesetz revidieren. Auch in der Schweiz dürften Rückschläge zu erwarten sein. Zu verhindern wäre jedenfalls, dass solche staatsfeindlichen Elemente in unserm Lande irgendwelche

<sup>267</sup> ZT, 7. Februar 1933.

<sup>268</sup> ZT, 9. März 1933.

<sup>269</sup> ZT, 4. März 1933.

<sup>270</sup> Ehinger, S. 90–92.

<sup>271</sup> Ehinger, S. 90–92.

Tätigkeit entfalten könnten.<sup>272</sup> Verschärfte Kontrollen wurden gefordert, um die Bescherung, die uns zurzeit an der Nordgrenze bedroht, abzuwehren.<sup>273</sup> Vergleiche mit den Flüchtlingen 1848 hinkten; damals suchten uns Freunde unserer staatlichen Entwicklung auf, nicht Agitatoren im Gastland. Es kann daher nicht erstaunen, dass man die Konzentration von SA-Einheiten im Grenzgebiet unausgesprochen als hilfreiche Massnahme ansah, obwohl die Übernahme der Polizeigewalt durch eine Partei-Schägertruppe eigentlich missliebig sein müsste.<sup>274</sup>

Rund einen Monat später: «Der Judenboykott in Deutschland», immer wieder frontseitig gemeldet, löste eine neue Flüchtlingswelle aus. Gleicherweise wurden «Massnahmen gegen eine Überrumpelung unserer Grenzen durch Juden, die aus Deutschland flüchten», gefordert, denn dieser Zustrom könnte zu Unannehmlichkeiten führen. Wieder stand die Arbeitslosigkeit der eigenen Bevölkerung im Brennpunkt des Interesses. «Es ist andererseits klar, dass den Einreisenden, die in der Schweiz nur eine stille Zuflucht suchen, diese nicht verwehrt werden kann.»<sup>275</sup> Sicher hätte man eine Intervention Englands begrüsst, wenn sogar das faschistische Italien die braune Revolution nicht mehr verstehen konnte. «Die deutsche Judenverfolgung erfährt in der ganzen Presse und öffentlichen Meinung der Schweiz einmütige Verurteilung.»<sup>276</sup> Diese übelsten Erfahrungen mit dem Furor Teutonicus veranlasse die Frage, ob in Deutschland eigentlich eine Parteileitung die Politik bestimme. Doch alle Hoffnungen auf ausländischen Druck auf das Hitlerregime zerschlugen sich, angesichts folgender Meldung im «Zofinger Tagblatt»: «Der Ehrenvorsitzende des Judenkongresses, Rabbiner Weiss, und der Präsident dieses Kongresses, Deutsch, erklärten sich mit dem Wunsche des Staatsdepartementes (USA) einverstanden, wonach Amerika sich weiterhin jeder Äusserung zum Boykott gegenüber Deutschland enthalte.»

## Hitlerianismus im Inland

Nicht ohne Schadenfreude meldete das «Zofinger Tagblatt» vom links-rechts Terror im roten Zürich: «Die Sozialisten regieren nach bürgerlichen Methoden.» Einst hätten sie «das Recht auf die Strasse gefordert», nun seien sie «Gefangene ihrer eigenen Vergangenheit» geworden.<sup>277</sup> Ein «schweizerischer Nationalsozialismus»,<sup>278</sup> wie er in der Delegation an der Radolfzel-

<sup>272</sup> ZT, 10. Februar 1933.

<sup>273</sup> ZT, 9. März 1933.

<sup>274</sup> ZT, 10. März 1933.

<sup>275</sup> ZT, 1. April 1933.

<sup>276</sup> ZT, 1. und 3. April 1933.

<sup>277</sup> ZT, 2. Juli 1932.

<sup>278</sup> ZT, 5. August 1932, Leitartikel.

ler Versammlung aufgefahren sei, stosse überall in der Schweiz auf Ablehnung. Das «Feldgeschrei der eidgenössischen Hilterianer», «die nicht wissen, was sie der schweizerischen Demokratie zu verdanken haben», stosse die Hakenkreuzler ins Abseits. Das ZT ist überzeugt davon, dass diese Bewegung nicht auf die Schweiz übergreifen kann. «Die wenigen Nationalsozialisten werden sich höchstens auf eine blöde antisemitische Propaganda verlegen können, für welche das Schweizervolk bisher kein Verständnis hatte und nie Verständnis haben wird.»<sup>279</sup> Der Hausierverkauf des «Eisernen Besens» sei in St. Gallen vom Regierungsrat verboten worden, denn der Inhalt verletze das sittliche Empfinden, wenn Juden aufs schärfste angegriffen und deren Dasein als Gefahr für die arische Rasse gewertet würden. Ein Hausier-Patent könne durchaus mit Auflagen verbunden sein; die Presse- und Meinungsfreiheit werden dadurch nicht eingeschränkt.<sup>280</sup>

Sehr irritiert war Maurer über die «Nationale Erneuerung» an einer «Landsgemeinde des Mittelstandes» unter Nationalrat Joss und René Sonderegger in der Zürcher Stadthalle, denn es sprachen dort auch Tobler, Wyler und Dr. Zahnder, bekannte Front-Politiker. Das ZT, mit eindeutiger Tendenz zur mittelständischen Politik, vermerkte beruhigend, dass dort nichts gegen die Juden ausgesagt worden sei.<sup>281</sup> Im Gegensatz dazu bemerkte die Redaktion bei den Referaten von Rüeegsegger und Dr. Wyss an der Brugger Front-Versammlung: «Ihre Ausführungen liessen einen starken antimarxistischen und antisemitischen Einschlag der Bewegung erkennen.» Das Absingen der Landeshymne am Schluss der Veranstaltung verunsicherte das ZT immer wieder in der brüskten Ablehnung des ganzen Frontenfrühlings.<sup>282</sup>

Die Redaktion anerkannte den «Warnruf Reformierter im Ausland», die auf die deutschen Christen und ihre Anlehnung an den NS-Staat reagierten.<sup>283</sup> Ebenso erlebte die «übertriebene Beschuldigung von Juden und Freimaurer» eine Abfuhr. Dennoch sah Maurer ein neues politisches Werden<sup>284</sup> als Chance für die freisinnige Partei, wie dies auch Wanner im «Badener Tagblatt» gleichzeitig zu erkennen vermeinte. Alles, was unschweizerisch war erregte Argwohn und dämpfte die Aufbruchstimmung. Seit dem Judenboykott war «der moralische Kredit der Hitlerregierung entschieden herabgesetzt».<sup>285</sup> «Kein Hitlerspuk?» fragte rhetorisch Dr. Urs Dietschi (Olten), Redaktor der «Liberalen Jugend» im ZT. «Der letzte, der von der Liberalen Jugend der Schweiz noch zu Ihnen hielt, zieht von dannen», ruft Dietschi Tobler und seiner Nationalen Front nach; alles sei Nachäfferei und

<sup>279</sup> ZT, 7. September 1932.

<sup>280</sup> ZT, 6. Oktober 1932.

<sup>281</sup> ZT, 3. April 1933.

<sup>282</sup> ZT, 20./24./26. April 1933.

<sup>283</sup> ZT, 20. April 1933.

<sup>284</sup> ZT, 27. April 1933.

<sup>285</sup> ZT, 3. April 1933.

damit Verrat an der Schweiz. Ebenso äusserte sich der Gelehrte Prof. Dr. Walter Burckhardt, Bern, im Aufsatz «Faschistische oder demokratische Schweiz». Der schweizerische Staat «ist demokratisch, mehrstämmig und ein Rechtsstaat, oder er ist nicht». Maurer zitiert die Worte Burckhardts mit dem Zusatz, dass solches in den «Schweizer Monatsheften» zu finden war, «die jetzt ganz unter der Flagge der Neuen Front segeln». Dieser deutliche Hinweis ist zu diesem Zeitpunkt bemerkenswert und stellt der Redaktion ein gutes Zeugnis aus. Auch die Kommentare zur Kundgebung von Ende Mai in Brugg wissen genau zu unterscheiden: «Jeder sagt etwas anderes – nur im Heruntermachen sind sie sich einig.» Dass ein verdienter Oberst sich zum Sprachrohr einer solchen Veranstaltung machen lässt, sei nur zu bedauern.<sup>286</sup> Obgleich die Fronten versucht seien, ihre Programme immer mehr den bürgerlichen Parteien anzupassen, sei Vorsicht am Platze: vor Juden- und Freimaurerhetze seien sie nicht gefeit.

Mit dem bekannten «Aufruf an die junge Aargauergeneration!» der Jungliberalen am 30. Dezember 1933 waren die Plänkeleien der Aargauer Presse mit den fragwürdigen Erneuerern weitgehend vorüber. Da vermochten auch die deutschfreundlichen Einschätzungen Dr. Eugen Birchers «Deutsche Einheit – Schweizerische Fronten», mit dem Tenor, «Das deutsche Volk ist verwandelt», nichts zu ändern.<sup>287</sup> Der Chirurg und Heerführer mochte seine Einsichten und Verdienste haben,<sup>288</sup> das «Zofinger Tagblatt» nahm schon damals eindeutig Abstand von der braunen Beeinflussung, hier und dort und überall.

So können wir die Schlussfolgerungen Ehingers, folgend den Abklärungen von Klaus Plaar im «Zofinger Tagblatt» 1933–1945, voll übernehmen: Kein Antisemitismus. Plaar vermutete, «dass diese Haltung mit der traditionsgemäss liberalen Haltung der Redaktion zusammenhängt». Die Parolen und Kommentare des ZT zu einschlägigen Abstimmungen vor dem Zweiten Weltkrieg, wie Totalrevision der Bundesverfassung 1935 und Freimaurerinitiative 1937, die Ehinger in seiner Darstellung als Kronzeugen angerufen hatte, können daher voll bestätigt werden.<sup>289</sup>

## Die Kriegsjahre

Wie in allen bürgerlichen Blättern erbringen die Nachrichten und Kommentare zum Kriegsgeschehen 1939–1945 wenig Aufschluss über die Haltung der Redaktion und den Charakter des Presseorgans. Die Zensur vereinheitlichte das Bild derart, dass nur selten – selbst bei Übertretungen –

<sup>286</sup> ZT, 27. Mai 1933.

<sup>287</sup> ZT, 10., 11. und 12. Mai 1933.

<sup>288</sup> ZT, 28. April 1933.

<sup>289</sup> Ehinger, S. 84.



eigenständige Ansichten abgeleitet werden könnten. Die meisten Kritiken oder Schelten der Zensurbehörden betrafen Unaufmerksamkeiten oder die Leichtfertigkeiten des zuständigen Redaktors. Die bei Ehinger angeführten elf Fälle von Beanstandungen oder Verwarnungen, die militärische Schutzbestimmungen betrafen, kamen bei allen Blättern vor und zeigen, dass auch Albert Maurer mit Schneiden und Streichen nichts Unmenschliches vollbracht hatte, indem ihm dann und wann eine gefährliche Angabe eines Korrespondenten durch die Latte ging. Die angeführte Meldung über eine Strassenkorrektur im Bezirk Kulm im September 1942 war offenbar im «Zofinger Tagblatt» zuerst veröffentlicht, dann von andern aargauischen Blättern übernommen worden. Auch diese wurden verwarnt, obwohl in Briefen des Territorial-Kommandos 5 das ZT klar als Urheber erkannt war.<sup>290</sup>



*Neuer Kopf des Zofinger Tagblatts vom 3. Januar 1953.*

Die Flüchtlingsfrage war bei den Zeitungen in Aarau und Baden schon deshalb ein Thema, weil lokale Veranstaltungen zu Reportagen und Diskussionen Anlass gaben. Im «Zofinger Tagblatt» wurden selbst auswärtige Anlässe zur Flüchtlingsfrage ausgiebig kommentiert und die Politik des Bundesrates von 1942 auch mit deutlichen Worten kritisiert: «Wir sind daran, Schuld, furchtbare Schuld auf uns zu laden».<sup>291</sup> Wie in andern Zeitungen im Aargau wurden vor allem zwei Sparten der Flüchtlingspraxis angekreidet: Der gewerbsmässig illegale Grenzübertritt, «eine Gefahr für die innere Sicherheit» der Schweiz und zweitens die Weigerung von typischen Asylländern wie USA und Kanada, uns die Flüchtlinge abzunehmen. Man wäre gerne der Pflicht, als Erstaufnahmeland Asyl zu bieten nachgekommen, wenn die klassischen Einwanderungsstaaten die Schweiz als Durchgangsland anerkannt und sich ihrer bedient hätten. Aber die Härte der dortigen Regierungen beeinflusste auch die rigoroseste Zurückweisungspraxis in der Schweiz. Das war die öffentliche Meinung der damaligen Zeit – auch im Raume Zofingen – und das Tagblatt konnte und durfte nicht

<sup>290</sup> Dossier des BT zur Zensur im Zweiten Weltkrieg.

<sup>291</sup> Nach Ehinger, S. 91 (F.Z. im ZT).

mehr als Spiegelbild dieser Haltung sein. Zeitungen sind in Kriegszeiten keine Erziehungsorgane; sie sind lediglich Führungsinstrumente der offiziellen Politik. Und dies im Inlandteil noch mehr als in der Aussenpolitik.

## Das «Brugger Tagblatt»

### Klein und lokal – aber beständig

Der Brugger Zeitungsstreit zwischen Demokraten und Liberalen um die Jahrhundertwende (1900/1906) hatte das «Brugger Tagblatt» hervorgebracht.<sup>292</sup> Der Effingerhof, Verlag und Druckerei, konnte damit seine Überlegenheit beweisen. Die Tageszeitung trug in Erinnerung an diese Kampfzeit während Jahrzehnten den Untertitel «Aargauische Zeitung», der Name des kurzlebigen, eingegangenen Konkurrenzblattes. Die Kurzfassung, die zweimal die Woche erscheinende Bruder-Zeitung «Aargauischer Hausfreund», erschien ab 1907 fusioniert mit dem «Brugger Anzeiger». Damit war für mehr als zehn Jahre die Brugger Zeitungslandschaft wohlbestellt und liberal-konservativ eingefärbt. Beide Organe trugen finanziell sich selber und fungierten gleichzeitig als Aushängeschild für die Kundendruckerei des Effingerhofes.

Dass der Hausfreund mit seiner bald 50jährigen Tradition florierte, kann nicht weiter erstaunen. Die Überraschung bildete vielmehr das «Brugger Tagblatt» – konkurriert in der Landschaft des Bezirks durch den betriebseigenen Hausfreund – das gleichwohl genügend Lebensraum vorfand oder sich diesen zu schaffen wusste. Allein der regionale Zentralismus in Brugg war es, der dies Wunder möglich machte. Der Bezirk Brugg ist der einzige im Aargau, der anfangs des Jahrhunderts nicht einen zweiten Pressestandort aufwies. Das «Brugger Tagblatt» des Effingerhofes 1907 war nicht anders gestaltet, als das Blatt vom 2. Oktober 1900, nämlich vier Seiten, dreispaltig, von mittlerem Format. Damals war, nach kurzem Probelauf als zweispaltiges Miniblättchen, seit dem 26. März, die Tageszeitung aus Angst vor einer allfälligen Konkurrenz ausgebaut worden. 1907 versuchte man, den Brugger Geschäftsleuten, die sich für Beibehaltung der Tageszeitung eingesetzt hatten, ein gefälliges Produkt anzubieten.

Vor dem Ersten Weltkrieg war das Tagblatt ein Organ, das inhaltlich und wirtschaftlich wohl nur knapp über die Runden kam. Eine einzige Seite mit Anzeigen sorgte für die materielle Grundlage. Der redigierte Inhalt blieb dürftig: über zwei bis drei Seiten zieht sich der Roman unter dem Strich dahin, eingekauftes, feuilletonistisches Kurzfutter zwängte sich zwischen Volkswirtschaftliches und Kleine Zeitung und am Schluss des Textteiles

---

<sup>292</sup> Müller, Bd. 1, S.112.

füllten – je nach anstehendem Raum – Auszüge aus dem Amtsblatt die restlichen Spalten. Am Samstag brachte die Ausländische Wochenschau des Redaktors etwas fremden Wind in die Seiten. Das dreispaltige Blatt war 1912 noch so zurückhaltend, dass normalerweise nie ein Titel die Spaltenlinie überschritt. Nur die Wahl des Bruggers Edmund Schulthess in den Bundesrat kam am 17. und 18. Juli 1912 ganz gross heraus, und der Text über dieses Ereignis füllte mehr als die Frontseite. Erst zum Jahresanfang 1913 wurde das «Illustrierte Unterhaltungsblatt» zum Wochenende beigelegt, eine Fremdproduktion schweizerischen Ursprung, wie die Abonnentenwerbung bekanntgab. Bilder fanden nur selten Eingang in die Zeitung und stammten meist aus ausländischen Quellen. Das Vaterländische wurde gross gepflegt, schon bei Redaktor Aellen, ab 4. März 1912 auch von seinem Nachfolger J. Frey.

Wie im Aussehen, so auch im Inhalt, bot sich das «Brugger Tagblatt» gesamthaft als Muster eines gemässigt bürgerlichen Blattes an. Die Ovation für den einheimischen Bundesrat – einziger Ausrutscher, mit Wiederholung bei jedem grösseren Auftritt und den Präsidialjahren – musste man dem freisinnigen Organ verzeihen. Ende 1912 wurde das Format abermals vergrössert und das Blatt dennoch als das billigste tägliche Organ im Aargau zum Preise von fünf Franken pro Halbjahr angepriesen. Der Stolz auf Verfassung und Vaterland blickte nicht nur durch die Zeilen, sondern wurde permanent und plakativ gepflegt. Die beiden Genfer Politiker, Grossrat Dr. Oltramare und Regierungsrat Pérréard wurden im Artikel «Eine Entgleisung» angeklagt, sich überall in der lateinischen Welt zu Hause zu fühlen. Sie waren bei einer Ansprache im französischen Annecy dabei ertappt worden, Frankreich als Heimat zu bezeichnen. Das Beispiel nahm vorweg, was in der Kriegszeit mental zum Zerwürfnis zwischen den Sprachregionen führen wird. Die Freude, dass der deutsche Kaiser auf Staatsbesuch kommen wird, trat schon aus der Anzeige zu Beginn des Jahres 1912 zutage. Die Schweiz wüsste, was sie Europa schuldig sei und werde den Friedenskaiser würdig empfangen. Als aber in der deutschen Presse der Satz auftauchte, in der Schweiz herrsche eine ungeheure Freude, reagierte die Redaktion ungehalten und versah das Attribut mit einem eingeklammerten Fragezeichen. Vorsicht, wenn Überheblichkeit durchschimmert! So wurden die Reportagen im September 1912 über die Kaisermanöver<sup>293</sup> vor allem als eine hohe Ehre, die unserm Lande erwiesen wurde, ausgestaltet.<sup>294</sup> Das Ansehen unserer Wehrkraft durch den Kaiserbesuch hätte in Europa mächtig gewonnen und die Schweiz in Wilhelm II. einen guten und mächtigen Freund gewonnen.<sup>295</sup> Aus allem, was in den Vorkriegsjahren in diesem Blatte kommentiert wurde, entströmt ein unglaublicher Optimismus. Jene Kreise der Linken,

<sup>293</sup> BrT, 4./5. und 7. September 1912.

<sup>294</sup> BrT, 4. September 1912.

<sup>295</sup> BrT, 31. August 1912.

die nur das Geschäft des Hetzens und Verhetzens pflegten, seien Elemente, die immer auf Anhang zählen können, aber nie bestimmenden Einfluss auf unser Land auszuüben vermöchten.

## Der unpassende Krieg

Redaktor Frey, vom «Zofinger Tagblatt» kommend, hat die Brugger Bevölkerung während des ganzen Weltkrieges journalistisch begleitet. In seiner Rubrik «Rundschau» hat er – typisch «Brugger Tagblatt» – bis zum Ausbruch 1914 nicht an den Krieg geglaubt. Zwar brachte das Attentat von Sarajewo eine kritische Situation in Belgrad, und die Hetzereien der serbischen Presse provozierten die Forderungen Österreichs. Erst die Einführung der Pressezensur in der Donaumonarchie bewies die ernste Lage.<sup>296</sup> Erstaunt zeigte sich die Redaktion gleichwohl über die Abrüstung in Britannien, wenn doch ein europäischer Krieg vielleicht näher ist als irgend ein anderer. Aber noch am 28. Juli titelte man: «Serbisch-österreichischer Konflikt» über dem Leitartikel – dann am folgenden Tag: «Österreichisch-serbischer Krieg». Die neuesten Ereignisse wurden zum Anlass genommen, in einem Fenster auf der Frontseite für ein Abonnement zu werben.<sup>297</sup> Mit der «Piquetstellung der Schweizer Armee» am 1. August bereitete man die Leserschaft darauf vor, dass der Krieg vielleicht nicht lokalisiert werden könne, denn Russland mobilisiert im grossen Stil.<sup>298</sup>

Der Tag der Bundesfeier war für den Redaktor unvereinbar mit dem Verhalten gewisser egoistischer Eidgenossen, die unverantwortliche Masseneinkäufe tätigten oder in unsinniger Weise ihr Geld bei den Banken abholten. Am 6. August lautete die Überschrift «Der europäische Krieg», und Frey verglich die Grenzbesetzung von 1870 und 1914. Welch ein Unterschied! «Wie nervös ist das Volk in diesen 44 Jahren geworden.» Wie sehr sei doch die Angstmeierei gewachsen. Dann häufen sich täglich die vorsorglichen Massnahmen des Bundesrates. Ab 15. August ist «Der europäische Krieg» Alltag geworden. Die Agenturberichte wurden meist nur kurz zusammengestellt, ohne Kommentar. Die letzten Meldungen folgten in der neuen Rubrik Drahtnachrichten im Telegrammstil. Das Thema Neutralität der Schweiz wurde zum einzigen Sachgebiet, das immer und immer wieder ausgiebig behandelt wurde. Eine Parteinahme für Deutschland, wie andernorts üblich in der Deutschschweiz, lässt sich im «Brugger Tagblatt» kaum ausmachen. Die reichste Quelle für die persönlichen Ansichten von Frey sind seine Betrachtungen «Zur Jahreswende». Sie beweisen Vertrauen in die Fürsorge der Behörden, nennen den Krieg Ende 1914 erstmals Weltkrieg,

<sup>296</sup> BrT, 24./25. Juli 1914.

<sup>297</sup> BrT, 30. Juli und 27. August 1914, «konzentrierte Berichterstattung».

<sup>298</sup> BrT, 30. Juli 1914.



verdanken die Schweiz als Friedensinsel der Vorsehung, lassen aber auch die Sorge um unser Land als Willensnation erkennen, vorab wegen des Grabens zwischen den Sprachregionen. Dennoch! Die bösen Kriegsjahre hätten sich auch positiv auf uns ausgewirkt: Grössere Zufriedenheit und Einfachheit seien zurückgekehrt. Und am 6. Januar 1915 konnte ein Leitartikel «Vor hundert Jahren» das Werden der Neutralitätsurkunde feiern und damit die unbeugsame Haltung des eidgenössischen Staatswesens bekräftigen.

Die vertanen Friedenschancen wurden von Frey immer wieder beklagt. In seinem letzten Auftreten im Tagblatt, am 30. September 1918, bäumte sich noch einmal sein ganzes Wesen gegen die Ursachen von Streit und Krieg auf. Mehr Aufrichtigkeit wurde gefordert. Hass, Neid, Gewinn- und Genussucht, auch im kleineren Kreis, nicht nur unter den Völkern, würden zum erbarmungslosen Kampf – bis zum Endsiege! führen. Dann liess er einen zürcherischen Politiker, der den Dank der Republik erfahren hatte, stellvertretend über das mangelnde Vertrauen klagen. In der gleichen Nummer gab Frey seine Demission auf Ende des Monats bekannt.<sup>299</sup> War es eine Kampf-Kündigung?

Tatsächlich hatte sich Frey von der Mittelmächte-Euphorie nie anstecken lassen. Vielleicht liegt hierin ein Grund für Unstimmigkeiten, wie dies auch andernorts geschehen. Am 2. September hatte er noch ein «Offenes Geständnis» eines in der Schweiz lebenden Deutschen aus der «Frankfurter Zeitung» eingerückt. Darin wurde geklagt, dass nun auch die Deutschschweizer Entente-freundlich würden, denn der «urteilslose Teil der Bevölkerung (das heisst der weitaus grösste Teil) ist immer dort, woher er sein Brot garantiert bekommt.» Die Schweiz sei unendlich viel abhängiger von der Entente als von den Mittelmächten. Daher werde Druck ausgeübt. Dann aber gebe es auch ideelle Gründe – und hier müssten wir Redaktor Frey einordnen. Der eidgenössische Demokrat fühle sich wesensverwandter mit Frankreich und der USA. Das grossartige Auftreten gewisser Deutscher in der Schweiz führe zu Abwehrreaktionen. Der Stolz auf führende Militärpersonen beleidige den Schweizer, vor allem, wenn er darin Kritik an seiner Armee wittere. Dieses Bildnis, von einem informierten Ausländer skizziert und wohl nur abgeschrieben, trifft die allgemeine Kriegshaltung des «Brugger Tagblattes» so treffend, dass damit das Credo des Redaktors eingefasst ist.

Der mit Zutrauen des Verwaltungsrates betraute H. Siegrist als neuer Schriftleiter kommentierte einerseits noch die Liquidierung des Krieges, anderseits die Aktionen der roten Brigaden im Aus- und Inland. Sein Jahresrückblick sah das Deutsche Reich zu Anfang des Jahres 1918 noch auf dem Höhepunkt seiner Macht. Nach dem Zusammenbruch Russlands hätte Friede geschlossen werden sollen. Damals aber wollte Ludendorff nicht.

---

<sup>299</sup> BrT, 30. September 1914.

Damit schlug die Sterbestunde eines überlebten, militärisch-autokratischen Monarchismus. Zum «Altjahr-Abend 1918» in derselben Zeitungsnummer wurde der Militarismus, der angeblich in Deutschland verkörpert sei, als unausrottbar bezeichnet, solange der Geist – und zwar überall – ein anderer werde. Dies sei schliesslich kein «Erbteil der germanischen Rasse» – der Ungeist sei auch in Paris, London und Rom vertreten. Nur Wilson und der Papst hätten sich selbstlos für Recht eingesetzt.

Ein Hauch des Bolschewismus und die roten Standarten wären über die Zentralstaaten hinweggegangen. Auch die Schweiz erlebte diesbezüglich ein schweres Jahr. «Die Wurzeln der Unruhe sind noch nicht ausgerodet».<sup>300</sup> Die Sozialdemokraten in der Schweiz wurden am 7. November als Anhänger Lenins titulierte, die mit «dem erlösenden Brand» drohten. Damals wandte sich Stadttammann Riniker auf der Frontseite der Lokalzeitung «An die Bevölkerung von Brugg und Umgebung», um sie vor der roten Flut zu warnen. Einen Tag später rief gleichenorts Dr. Eugen Bircher zur Mitgliedschaft bei der «Vereinigung vaterländisch Gesinnter» auf. Als Schlusspunkt des Landesstreiks erschien im BrT ein Gedicht: «Hymne an das Vaterland» und ein Artikel mit dem Tenor: «Die Lösung der sozialen Frage auf dem Wege der Gesetzgebung», denn die Lage ist «nicht so harmlos, wie man gerne glauben möchte»; die revolutionäre Stimmung «dauere vielerorts an».<sup>301</sup> Damit wurde die altgewohnte Zuversicht im «Brugger Tagblatt» ersetzt durch die permanente Sorge vor der roten Gefahr.

## Krise der freisinnigen Partei – Schweiz in kritischer Lage

Die Zwanziger Jahre wurden eingeleitet von einem erneuten Redaktorenwechsel. F. W. Konrad ersetzte H. Siegrist, der an anderer Stelle der Front den Kampf weiterführen wollte. Vaterland und Demokratie seien für ihn unverrückbar, bekannte er in seiner Abschiedsadresse, es sei aber die Einwohnerschaft der Stadt Brugg zu grossen Teilen lau und untätig. «Die Zeiten sind ernst. Gewisse Kräfte untergraben die Schweiz.» Für den Abwehrkampf müsse sich die freisinnig-demokratische Partei erneuern.

Und der neue Redaktor beschwor in seinen Richtlinien zwar eine elastischere Haltung in der Taktik, nicht aber in der Abwehr des Klassenkampfes. «Die Lehre Lenins ist die Bergpredigt Satans.» Den Arbeitern, die sich unter Hetzern nicht wohlfühlen, wollen wir die Hand reichen. Dem Staat sei aufgetragen, zur Schonung der wirtschaftlich Schwachen beizutragen – aber nicht mehr. Die «Verfassung ist gestaltbar – nicht starr.» Die Zusammenarbeit mit andern bürgerlichen Parteien dränge sich auf. «Der Idealist

<sup>300</sup> BrT, 31. Dezember 1918.

<sup>301</sup> BrT, 15./16. und 19. November 1918.

von heute ist der Realist von morgen.» Alles kleinliche Gezänk sollte man beiseite lassen.<sup>302</sup> Das sind Erklärungen, die das «Brugger Tagblatt» weiter an die Seite der Vaterländischen Vereinigung drängen und daher den Proport für den Aargau strikte ablehnen, denn dies schwäche nur die Position der Bürgerlichen. Der Bauernverband, der damals zum Teil zur eigenen Partei gerinnen wollte, betreibe mit der Unterstützung dieses Anliegens der Linken «die Radaupolitik der Moskowiter». Die Milchpreis-Politik der SP dürfte ihnen bald die Augen öffnen. Trotz redaktioneller Warnung erhielt Fritz Zaugg Raum und Gelegenheit im Tagblatt, den gegenteiligen Standpunkt zu vertreten.<sup>303</sup> Einig mit den Katholisch-konservativen<sup>304</sup> warnte die Redaktion die Bauern vor einer Sezession: «Spielt nicht mit dem Feuer!» Die Zertrümmerung des Freisinns sei die Freude der Sozialisten. Der Kampf sei eine Weltanschauungsfrage, keine Wirtschaftssache.<sup>305</sup>

Im Aufsatz «Ludendorff und Lenin» ortete F. W. Konrad zweierlei Gefahren aus dem Ausland: die Militarisierung nach preussischem Vorbild mit Vertrustung und Profitsucht im Wirtschaftlichen einerseits, die gewalttätige Lehre des Bolschewismus andererseits. Zudem richte sich der Kampf gegen die Diktatur von der Strasse – von links und rechts. Diese Bekenntnisse hören sich an wie ein Aktionsprogramm des Tagblattes für die Zwanziger Jahre. Der Redaktion fehlte damals auch nicht der Mut, Anwürfen des «Temps» und anderer Weltzeitungen in Frankreich an die Adresse der unbeschädigten Neutralen furchtlos entgegenzutreten: «Dass wir aber nach allen Opfern, die die Neutralität uns kostete, nachträglich auch noch an der Liquidation des Krieges uns beteiligen wollen (sic), das muss man sich in Frankreich und anderswo aus dem Kopfe schlagen.» Der patriotische Konrad bewies sich nicht nur als aggressiver Journalist, sondern auch als Poet. Gedichte und Novellen aus seiner Feder fanden damals Eingang ins Feuilleton des BrT. Doch schon nach vier Monaten räumte er seinen Sessel.

Arthur Lory, der 1921 auf ihn folgte, setzte die vaterländische Kampagne fort, rügte das rüpelhafte Benehmen ausländischer Gäste in der Schweiz, kritisierte aber auch die Entente-Politik, die nun in der Schweiz propagandistische Stützpunkte errichten wolle. Am härtesten traf dies das neue Blatt «Der Eidgenosse», ein Wochenblatt aus Aarau 1923, das vor allem Scherenschnitte nach immer dem gleichen Prinzip aneinanderreichte, nämlich Hetzberichte fremder Blätter gegen Frankreich. Dass dieses Machwerk, in armseligem Kauderwelsch aus französischen Blättern übersetzt, sich anmassend Eidgenosse nannte und vom «Aargauer Tagblatt» noch gerühmt wurde, war für Lory der Gipfel der Geschmacklosigkeit.

<sup>302</sup> BrT, 9. August 1920.

<sup>303</sup> BrT, 31. August 1920.

<sup>304</sup> BrT, im «Wohler Anzeiger».

<sup>305</sup> BrT, 16. September 1920.

In der Zeit Dr. Sondereggers, des Nachfolgers, wurde das Mitgefühl für die Bedrängten des Völkerbundes zum System erhoben: «Wo wäre ein Volk, das noch Lebenskraft in sich spürt, das nicht den Willen hätte, verlorene Macht neu zu gewinnen?» Unter diesem Motto stand nicht nur das Verständnis für die deutsche nationalistische Politik, sondern auch die Sympathien für Mussolini. Sein Werdegang, ausführlich aufgezeigt in einem Leitartikel, erfährt eine positive Würdigung. «Mussolini ist ein Phänomen, wohl mehr Phänomen als grosser Mann mit bleibenden Werken.» Als «aussergewöhnliche Gestalt der Nachkriegszeit ragt er weit hinaus über Poincaré, Herriot, Mac Donald oder Stresemann». «Weltgeschichte aber wird er nicht machen, (...) und hoffentlich wird er nicht lächerlich werden».<sup>306</sup> Diese Einordnung, vor allem die hohe Einschätzung Stresemanns, lassen Toleranz für deutschnationale Politik erkennen, ohne dass dies expressis verbis in Kommentaren angemerkt worden wäre.

Das Ausland war bis 1930 vor allem über den Völkerbund, den Haager Gerichtshof und die internationalen Konferenzen gegenwärtig, dazu gesellte sich die offizielle Politik unserer Nachbarstaaten. Das war die Schwäche der kleinen, lokalen Tagblätter. Die Innenpolitik Deutschland kam im Detail nie zum Zuge. Daher war ein Parteiprogramm, wie das des Nationalsozialismus, dieser Leserschaft kaum bekannt. Im allgemeinen Tohuwabohu der Nachkriegszeit wirkte selbst der Münchner Putsch Hitlers 1923 als ein Ereignis unter andern. Die kleine Vertretung der Hitlertrabanten als Opposition im Reichstag bildete eine Splittergruppe unter anderen und war in der Schweiz kaum der Erwähnung wert. Eine der grössten Erkenntnisse des nachgeborenen Lesers damaliger Blätter ist, dass der provinzielle Konsument über das Verbrecherische der neuen Rechtsideologie kaum eine Ahnung haben konnte. Wenn dann 1930 die NSDAP mit 107 Sitzen plötzlich im Reichstag mächtig in Erscheinung tritt, fordert sie auch von der Schweizer Lokalpresse Aufmerksamkeit, plötzlich, unvorbereitet. Doch Sonderegger, 38jähriger Vater zweier Kinder, war infolge einer Blutvergiftung am 29. September 1930 gestorben und konnte diese Wende in der Politik nicht mehr kommentieren. Aus dem Nekrolog erfahren wir, dass er vorher in der eidgenössischen Militärbibliothek, dann im vaterländischen Verband gearbeitet hatte. Das Vaterländische in der Ära Sonderegger war wohl nie so ausgeprägt in Erscheinung getreten, wie im Zusammenhang mit dem eidgenössischen Schützenfest 1924 in Aarau. Die ausgedehnten Reportagen und Ranglisten füllten vom 18. Juli bis zum 6. August jeden Tag zwei Seiten, das heisst weit über die Hälfte des Textteiles. Daneben verblassten und schrumpften alle übrigen Nachrichten und Berichte, selbst das Innenpolitische. Wie hätte damals im «Brugger Tagblatt» das Postulat der Ausbürgerung von Juden im Programm der NSDAP thematisiert werden sollen!

---

<sup>306</sup> BrT, 9. Juli 1921.



Nachdem G. Sommerhalder schon vorher in Vertretung die Redaktion geführt hatte, wurde er ab dem 6. Dezember 1930 offizieller Nachfolger. In seiner Einführung, die eigentlich nicht mehr vonnöten war, bekannte er sich als Mitglied der freisinnigen Partei und betrachtete es als Fügung, dass gleichzeitig der Beginn der Regeneration im Aargau vor 100 Jahren gefeiert wurde. In diesem Geiste, das heisst liberal im wahrsten Sinne des Wortes, beurteilte er die Lage der Schweiz und ihre Politik. Eine Zeitung sollte bilden und erziehen und zur eidgenössischen Selbstbesinnung führen. Einige vaterländische Intellektuelle aus dem Welschland drängten nach einer autoritären Ordnung in unserm Land. Dies sei nicht nötig: unsere Demokratie sei vital, dies sei 1918 bewiesen worden (wohl eine Anspielung auf den Generalstreik). Unsere moralischen Werte genügten, um das popularitäts-haschende Treiben gewisser Elemente einzudämmen und die Verpöbelung zu bekämpfen.<sup>307</sup> Deutschland würde «mit gesenktem Panier dem Jahreswechsel entgegengehen». Die Reichstagswahlen, «die einer Partei ungeahnte Erfolge brachten, welche überhaupt kein diskutierbares politisches Ziel ihr eigen nennen kann», müsse erschrecken. Eigenartigerweise war damals die Redaktion des Lobes voll über Österreich, das sich von diesem Geist freihalten könne.

Am 11. September 1931 wurde Sommerhalder erstmals im Impressum als abwesend gemeldet. Diese Bemerkung wiederholte sich in der Folge, dann verschwand sie – ohne je eine Erklärung verlauten zu lassen. Am 1. November erschien erstmals Dr. M. Fischer als Redaktor. Er war es, der am Jahresende eine Betrachtung machte, die Deutschland im Zusammenhang mit der internationalen Lage wieder ins Zentrum rückte. Die neue Kraft im Reichstag und die dortigen Turbulenzen liessen auch keine andere Wahl. Die Schweiz wirke als Banquier Europas und sei daher mit der internationalen Politik engstens verquickt. Als Financier Deutschlands könne die Schweiz nicht wünschen, dass dieser Staat bankrott gehe. Ein Absetzen der Reparationszahlungen sei daher zu begrüssen.

## Brauner Einfluss?

Schon vor der Ära des Redaktors Max Fischer 1932 zeigte sich das «Brugger Tagblatt» weitgehend immun gegenüber den Einflüssen autoritärer Staatssysteme, vor allem bezüglich der völkischen Propaganda. «Die italienische Situation ist, laut einem Bericht aus Rom, zwar auch kritisch, aber dank faschistischer Disziplin moderater: die Auflösung der andern Parteien genügte, um die allgemein auflösenden Einflüsse zu neutralisieren.»<sup>308</sup>

---

<sup>307</sup> BrT, 31. Dezember 1930.

<sup>308</sup> BrT, 5. Februar 1932.

«Mussolini hat wenigstens Geist; Hitler verbreitet blosse Platitüden.» Die Hitler'sche Lehre «verurteilt alles, was uns teuer ist» in der Schweiz. In den Bildern aus dem deutschen Wahlkampf wurden die Reden Hitlers breit wiedergegeben, aber auch die Befürchtung geäussert, dass sich aus Hasardeuren eine Partei der Unzufriedenen formieren könnte, die schliesslich zur Macht käme.<sup>309</sup> Einem schweizerischen Nationalsozialismus wurde nicht nur eine Absage erteilt, sondern ihm jede Chance abgesprochen: Die «Schweiz ist einig in der innenpolitischen Ablehnung Hitlers und seiner Gedankengänge für unser Land und Volk. Einig sind die Parteien, die Behörden, die Parlamente, einig ist der Bundesrat in der Auffassung, dass die Nationalsozialisten in der Schweiz nichts zu tun haben.»<sup>310</sup>

Als Hitler, «der Baumeister», im Januar 1933 zum deutschen Reichskanzler aufrückte, da predigte Redaktor Fischer vom sichern Port aus: «Deutschland erwache!» Der Autoritätsgedanke im Nazismus beweise Machtdenken in Reinkultur; es wirke darin weder eine Autorität des Staates, noch Gottes, noch irgend eines Prinzips. Und er zitierte Feuchtwanger über Hitler: «Ein guter Trommler, sonst ein kapitales Rindviech.»<sup>311</sup> Die erste Gefahr für den benachbarten Kleinstaat sah Max Fischer im einsetzenden Flüchtlingsstrom. Die Ausgrenzungen, bewirkt durch das Hitlertum, produziere Flüchtlinge, die materielle Güter in Sicherheit bringen wollen oder Flüchtlinge, die nichts als demagogische Fähigkeiten haben. Beide Sorten seien bei uns unerwünscht. Dennoch gezieme dem Kleinstaat eine diplomatischere Sprache als der Grossmacht. Ausdrücke wie Barbaren, braune Bestien, Bluthunde, Kriegsgurgeln etc., wie sie vom «Freien Aargauer» täglich verwendet würden, erschwerten bloss unsere Aussenpolitik.<sup>312</sup>

Dennoch vermittelte das Tagblatt an drei aufeinanderfolgenden Tagen eine ausführliche Berichterstattung unter dem Titel «Die Judenhetze in Deutschland»,<sup>313</sup> und am nächsten Tag setzte die Redaktion zu einer Meldung der Agentur den Titel: «Der deutsche Judenboykott beginnt». Wenn der «Freie Aargauer» sich darüber beklagte, dass bürgerliche Blätter im Aargau die Verfolgungen im Nazi-Reich ignorierten,<sup>314</sup> so war dies unzutreffend; es war die verhaltene Entrüstung in redaktionellen Kommentaren, die Arthur Schmid nicht überzeugen konnte. Sein Vorurteil, dass bürgerliche Blätter sowieso die braune Gefahr und Brutalität ignorierten und Verfolgungen der Kommunisten gar begrüßen würden, bedurfte schärfster Töne, um abgedämpft zu werden, Dass der Nationalen Front bei ihrer Ver-

<sup>309</sup> BrT, 6. und 12. April 1932.

<sup>310</sup> BrT, 17. August 1932.

<sup>311</sup> BrT, 4. Februar 1933.

<sup>312</sup> BrT, 14. März 1933.

<sup>313</sup> BrT, 29./30./31. März 1933.

<sup>314</sup> FA, 8. Mai, 1. Juni, 2. Juni 1933.

sammlung in Brugg nicht das Maul verbunden wurde, nur um die verfassungsmässigen Grundrechte zu wahren und das «Brugger Tagblatt», zusammen mit andern bürgerlichen Blättern deren Manifestation tolerierten, galt dem Arbeiterblatt schon als suspekt.

Redaktor Fischer samt Korrespondent Bader wollten aber über die Inhalte der Frontisten-Reden urteilen und suchten daher die sachliche Auseinandersetzung. Das Vaterländische darin könnte man gutheissen, wenn nicht gleichzeitig die ganze heutige Politik als verkommen abgetan und heruntergemacht würde. Das Tagblatt beschwerte sich darüber, dass der Freisinn als Kapitalistenpartei angeschwärzt würde. Dennoch scheint die redaktionelle Kritik an der Judenhetze der Fronten die Ausgrenzung einer wirtschaftlichen Potenz mehr zu zählen als die Menschenrechte: «Wir wissen wohl, dass jeder Appell an den Judenhass in unserem Volk geneigte Ohren findet, weil die Antipathie vielfach tief sitzt.» Aber die Ausschaltung der Juden bedeutete der «Verlust eines unstreitbar aktiven Fermentes von unserem Wirtschaftsleben, und wer dies leugnet, weiss nicht, was Volkswirtschaft ist».<sup>315</sup> Die grosse Fronten-Kundgebung in Brugg fand in Fischers Bericht «Freie Gedanken zur Frontenbewegung» eine ausführliche Kommentierung. «Drei Viertel werden aus purer Neugierde nach Brugg marschiert sein...» «Viele sind enttäuscht wieder zu den Penaten zurückgekehrt», wurde schon am 29. Mai danach berichtet. Dann aber, am 3. Juni, lässt er Argumente sprechen. Nicht die Parteien seien zu kritisieren; die Auswirkungen des Proporzsystemes würden unser System kompromittieren. Hier wäre mit Reformen anzusetzen. Die Anklage an die Adresse von Freimaurern und Judentum würden weit übers Ziel hinausschiessen. Ja, der Arbeiter soll befreit werden! Aber weder rote noch braune Verführer seien dazu imstande. Zum Jahresschluss 1933 bekannten sich Redaktor Max Fischer und Jules Keller, Wohlen, offen zur jungliberalen Bewegung und grenzten sich von den Erneuerern klar ab: «Die Fronten und Bünde haben eine Entwicklung erfahren, die weite Kreise der jungen Generation ein Mitmarschieren ganz verunmöglicht. Dies deshalb, weil Idee und Tat dieser Gruppe den freiheitlich-demokratischen Grundprinzipien, auf denen allein eine kulturversöhnende Schweiz ein Existenzrecht besitzt, widersprechen.»<sup>316</sup> Die Situation im nördlichen Nachbarland disqualifiziert alle Trabanten oder Nazi-Bewunderer in der Schweiz: «Zu Tausenden und Aber-tausenden wanderten Oppositionelle und Oppositionsverdächtige in Konzentrationslager.» «Alle bürgerlichen Freiheiten ... verschwanden» während des Jahres, und dass die ganze Jugenderziehung in die Hände des Staates gelange, sei vollends unakzeptabel.

---

<sup>315</sup> BrT, 13. April 1933.

<sup>316</sup> BrT, 30. Dezember 1933, «Aufruf an die junge Aargauergeneration».

Damit hatte sich die Redaktion politisch festgelegt; nicht nur Dr. Max Fischer, sondern auch Dr. Lukas Bader, der bei Abwesenheit des Redaktors seit 1933 immer wieder die Vertretung machte oder auch gelegentlich als Berichterstatter wirkte.<sup>317</sup> Als Fischer am 30. April 1935 von seinem Posten zurücktrat, sprang Bader wieder als Stellvertreter ein. Am 1. August 1935 trat Werner Burger mit einem «Wort zum Gruss» die Nachfolge an, kehrte aber am 30. April des folgenden Jahres der Schreibarbeit den Rücken, um sich wider der Musik zu widmen. Bis zum 31. August wirkte Dr. Beer an gleicher Stelle, um dann endgültig Dr. Lukas Bader Platz zu machen, der das «Brugger Tagblatt» für über 30 Jahre prägen sollte. Sein geistiger Habitus war seit Jahren durch seine gelegentliche Mitarbeit bekannt, und als Alleinredaktor bis 1967 bürgte er nicht nur für Kontinuität, sondern auch für einen lauteren Patriotismus, wie er 1939–1945 gefragt und vonnöten war. Die meisten Vorgänger hatte ihre Stellung beim Tagblatt nur als Sprungbrett benutzt und verschwanden spätestens nach fünf Jahren wieder von der Bildfläche, Sonderegger war die löbliche Ausnahme. Diese Unruhe hatte nun ein Ende.

### **Das Brugger-Blättli zwischen den Fronten**

Als am 25. März 1950 das «Brugger Tagblatt» das halbe Jahrhundert mit einer Jubiläumsnummer feiern konnte, berichtete der langjährige Redaktor von seiner Arbeit in kritischer Zeit. Vorerst die Stellungnahme «im schicksalsschweren Jahre 1938»: Die Toleranz und die liberale Gesinnung darf uns nicht daran hindern, «all das abzulehnen, was unschweizerisch ist. Darunter verstehen wir nicht nur die totalitären Theorien aus Norden, Süden und Osten, sondern auch das unschweizerische Gebaren innerhalb der Landesgrenzen. Es ist übrigens erfreulich, dass soviel Abwehrwillen, besonders bei der Jugend vorhanden ist. Ein vielstämmiges und vielgestaltiges Volk, wie wir sind, verträgt keine Einseitigkeit. Also gegen Kommunismus und Faschismus, aber nicht nur gegen das eine oder andere.» Dann lehnte Bader aber auch eine etikettierte geistige Landesverteidigung ab, die nur dem Egoismus diene. «Wir wollen nicht Konjunkturpatrioten sein, die nur dann ein Vaterland anerkennen, wenn es ihnen mit Subventionen unter die Arme greift...»

Die Kriegs- und Zensurzeit schilderte Bader im Kapitel «Als Soldat am Redaktionstisch». Die eingekapselte Pressefreiheit machte ihm wenig Mühe, da er seine Arbeit als Militärdienst verstand. Wir haben gelernt, «unsere Zunge zu zähmen, unsere Worte abzuwägen und unser Denken zu kontrollieren». Umso mehr regte er sich auf über die blauen Blätter, die sich

---

<sup>317</sup> BrT, 13. Februar 1933, 12. April 1933 usw.



immer an der Grenze des Erlaubten bewegen. Dennoch freute auch er sich auf die Rückkehr zur verfassungsmässig garantierten Pressefreiheit 1945. Die Bemerkungen zum Tage des Waffenstillstandes wuchsen nicht nur aus der Erleichterung heraus, die 2000 Tage leidlich überstanden zu haben; er gedachte auch der Millionen von Deutschen, die nun todmüde «nach Osten und Westen – in die Gefangenschaft!» wandern müssen. «Wo sind sie hin? – die Feldherren und Generäle, die Führer, Reichs-, Gau- und Parteileiter? Verschwunden – verweht!», damals noch nicht wissend, dass sie bald in den Strudel der Entnazifizierung geraten sollten und ihnen zum Teil Zuchthaus oder Strang warteten.



*Lukas Bader (1899–1972), langjähriger Redaktor des «Brugger Tagblatts»  
(Bild: Hans-Peter Widmer).*

Bei seinem Abschied vom Redaktionspult, am 31. August 1968, kamen auch die weiteren 18 Jahre zur Sprache. Er hatte in seinen Gedanken «Am Rande» und im «Bildchen des Tages» sich immer wieder in besonderer Weise den Lesern zugewandt. Er berichtete vom unerwarteten Konjunkturaufschwung, in einer Zeit des unbändigen Fortschritts und von der sozialen Unrast, die heute so viele Länder erfasst hat. Dann aber kam er auf die Lage des eigenen Blattes zu sprechen: «Natürlich fehlten auch die struben Zeiten nicht, wenn zum Beispiel parteipolitische Kämpfe und in den letzten Jahren der nie erklärte kalte Zeitungskrieg auszuhalten waren.» Ein Hinweis auf die beengende Lage der kleinen Tageszeitung an der Streitfront von «Aargauer» und «Badener Tagblatt»! Vielleicht ahnte Bader schon damals, dass rund ein Jahr später Zeitung und Verlag vom AT geschluckt würden. Sein junger Mitarbeiter Hans Peter Widmer, der seit 1964 den Chef entlasten durfte, widmete seinem Lehrmeister eine warmherzige Abschieds-Laudatio. Der letzte Redaktor, der zum selbständigen Tagblatt stiess, war dann Ernst Rothenbach. Widmer und Rothenbach sollten in der Folge auch die Lokalredaktion beim Kopfblatt des «Aargauer Tagblatts» betreuen.

Der Übergang am 1. Oktober 1969 verlief nicht ohne Nebengeräusche. Zum einen hängt das Selbstbewusstsein einer Region an ihrem Aushängeschild, dem eigenständigen Tagblatt – und nicht nur am Titel. Zum andern war das Zusammengehen mit dem AT ein Affront gegenüber dem BT. Daher schürte die damalige Badener Forumszeitung diese Unzufriedenheit und den Unwillen der Bevölkerung. Schliesslich betrachtete man dort die Region des aargauischen Wasserschlosses als eigenes Terrain, das weit von Aarau entfernt liegt. Die Ankündigung im «Brugger Tagblatt», dass die geschätzten Abonnenten in Zukunft eine erweiterte eigene Zeitung geboten werde und dies nur auf einer technischen und administrativen Zusammenarbeit mit dem AT-Verlag beruhe, stiess den BT-Leuten sauer auf. «Das Brugger Tagblatt bleibt euses Blatt,» galt in Baden als besondere Provokation. Aber auch Hans Peter Widmer legte die Angriffe des BT auf die Goldwaage und reagierte sehr emotional und angriffig. Einige Titel oder Wendungen seien hier kurz zitiert: «Wer ist unabhängig? Ein Eigengoal des Badener Tagblattes.» «Üble Anschuldigungen und Verdrehungen tiefer gehängt.» «In besagtem Artikel wird zum Beispiel geschrieben, dass es bei der technischen und administrativen Kollaboration – das Wort ist dem Badener Verleger aus den betreffenden Jahren vor und während dem zweiten Weltkrieg bestens bekannt – um mehr gehe, nämlich um eine Todesanzeige für das Brugger Blättli. Wie despektierlich man in Baden über unser Blatt redet!» Der Nekrolog, den man in Baden verfasst habe, sei gehässig, Man merke, dass eigentlich die Geburt eines starken, neuen «Brugger Tagblatts» zu feiern wäre. Und dies missfalle.<sup>318</sup>

---

<sup>318</sup> BrT, 27. September 1969.

Tatsächlich müsste man in der Fachsprache das «Brugger Tagblatt» nach 1969 als Kopfblatt des AT bezeichnen, auch wenn der Lokalteil tatsächlich für diese Region gegenüber früher kaum verkleinert wurde. Von 1969 bis zur Fusion der beiden grossen Tageszeitungen 1996 zierte der alte Titel noch diese Splitausgabe. Dann aber wurde nicht nur dieser Name, sondern auch die journalistische Sonderbehandlung des Bezirks Brugg zu einem Stück Geschichte.<sup>319</sup>

## Die «Neue Aargauer Zeitung»

### Weder rechts noch links: vorwärts!

Am 21. Dezember 1912, also kurz vor der Erneuerung der Jahresabonnemente, erschien die erste Nummer der «Neuen Aargauer Zeitung», darauf ausgehend, dass 8200 Bezüger neu akquiriert oder den andern Zeitungen entzogen werden könnten. Das Angebot erwies sich als erstaunlich: ausser der vierspaltigen, grossformatigen Tageszeitung von acht Seiten, wurde ein mehrseitiges «Illustriertes Sonntagsblatt» wöchentlich, und eine historisch-literarische «Aargauer Chronik», monatlich, versprochen. Hinter der «radikal-fortschrittlichen Vereinigung» standen offenbar Leute, die dem Unternehmen Rückhalt und Sicherheit garantierten; die vielen grossformatigen Inserate würden dasselbe bezeugen. Oder nach eigenem Zeugnis: Dass eine «gesunde Finanzierung vorgenommen werden konnte», verdanke die NAZ der Genossenschaft Gleichgesinnter, die mit je 50 Franken den erfolgreichen Start sicherten.

«Was wir wollen?, zu einer Zeit, da der Staat in schwierigster Lage ist und ein Grossteil der aargauischen freisinnigen Zeitungsorgane missmutig dem Fortschrittsgedanken im Aargau den Tod oder doch einen längeren Schlaf angesagt hat?» Die NAZ möchte dazu den alten Leitspruch Augustin Kellers hochhalten: «Nur immer vorwärts, Freunde!» Und das Geleitwort führte weiter aus: Die Spaltung in der «einen, einigen(!) und unteilbaren» Partei müsse überwunden werden, auf dass die Bündnispolitik der katholisch-konservativen Partei nicht mehr die Situation ausnützen könne, die letztlich auch sie selber kompromittiert. «Nicht Krieg und Spaltung also bringen wir in die freisinnig-demokratischen Partei»; wir vollbringen die

<sup>319</sup> Liste der Redaktoren: P.K. Scholer (1898 (bis 1900 Hausfreund)–20. Mai 1911), H. Aellen (15. Juli 1911–1. März 1912), J. Frey (1. März 1912–30. September 1918), H. Siegrist (1. Oktober 1918–31. Juli 1920), F.W. Konrad (1. August–31. Dezember 1920), A. Lory (1. Januar 1921–30. Juni 1924), Dr. V. Sonderegger (1. Juli 1924–30. September 1930), G. Sommerhalder (1. Oktober 1930–30. September 1931), Dr. M. Fischer (1. November 1931–31. Mai 1935), W. Burger (1. August 1935–30. April 1936), Dr. O. Beer (1. Juni–31. August 1936), Dr. L. Bader (1. September 1936–31. August 1968), H.P. Widmer (3. Januar 1964–zum AT), E. Rothenbach (Dezember 1968–zum AT).

«umfassende Arbeit der Sammlung». Die tonangebende Politik des Bezirks Aarau in der kantonalen Partei sei verspielt worden durch die beiden kantonalen Blätter der aargauischen Residenz, die in gewohnter Übereinstimmung die Meinung vertreten, dass Stillstand, ja gar Rückschritt das Losungswort sei. Die Perspektive Allemanns, dass die Provinz sich von Aarau gelöst habe, geht von der Annahme aus, dass im Aargau vor 1912 so etwas wie Zeitungen von kantonalem Zuschnitt existiert, und diese Blätter durch das abschätzige und höhnische Wesen der Massgebenden ihre Rolle verwirkt hätten. Nun kommt die Neue und übernimmt diese Aufgabe. Der Aarauer Standort vernebelte Hermann Allemann die Sicht.

Die äusseren Bezirke müssten wieder mit den Freisinnigen des mittleren Aargaus zusammenwirken, ist eine derart schiefe Optik, dass das geplante Unternehmen kaum ein Erfolg werden konnte. Einen aargauischen Zentralismus hat es weder partei- noch pressepolitisch je gegeben. Schon für Brugg oder Lenzburg gilt der Bezirk Aarau ebenso als Grenzregion wie Zofingen oder das Freiamt. Der Begriff Residenz ist im Aargau immer nur ironisch verwendet worden. Somit konnte die «Neue Aargauer Zeitung» nur ein zusätzliches Angebot sein, ein Sprachrohr der links-bürgerlichen Kräfte. Da der alte Keller am Rain mit seinen Nachrichten diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen konnte, weil seine Glut erloschen war, wollte die Neue unter jugendlich-stürmischer Leitung früher oder später deren Platz einnehmen und sie überflüssig machen. Aber die NAZ wird ebensowenig zum kantonal aargauischen Organ werden, als irgend ein Blatt vorher, weil dies dem Wesen des Aargaus zu widersprechen schien.

Der Leitartikel der Nummer 5 der NAZ (27. Dezember) wird, unter dem Titel «Tartüferie» zur eigentlichen Abrechnung mit den Nachrichten. Das Kellerblatt drehe nun alles um, nachdem es ihm nicht gelungen sei, den fortschrittlichen Parteipräsidenten Nationalrat Hunziker von Zofingen zu stürzen und damit die Partei zu dominieren. Dieser habe mit «persönlichen Unterhandlungen mit dem Verleger Keller» versucht, die «Aargauer Nachrichten» «die vom Organ der radikalen Parteirichtung zu einem Familienblatt geworden sind, durch Erwerbung ihrem Zweck wieder zurückzugewinnen». «Zwei Glieder der Familie Keller, Herr Landammann (Emil Keller) und Herr Fürsprecher Dr. Keller in Brugg, die beide unter dem Odium der Familiendynastie wohl unverdientermassen zu leiden haben, schienen denn auch mit der Abtretung des Blattes zu sympathisieren. Aber der Wille zur Macht hat im Familienrat die Oberhand gewonnen.» Man wolle seitens der NAZ von nun an die Nachrichten nach Möglichkeit rechts liegen lassen. In der gleichen Nummer wurde bekanntgegeben, dass schon über 150 NAZ-Genossenschafter ihren Beitrag einbezahlt hätten und damit eine Druckerei mit einer Doppelschnellpresse eingerichtet werden könnte. Der Vorstand bestehe aus Dr. E. Wildi, Zofingen; Fabrikant C. Attenhofer, Zurich und Dr. Roman Abt, Wohlen.



Von rechts liegenlassen finden wir in der Folge keine Spur. Die aargauische Innenpolitik wurde weitgehend von den Streitereien im Freisinn bestimmt. Schon am 28. Dezember 1912 erlebten die verflossenen Ständeratswahlen eine Wiederaufbereitung in einem Leitartikel. Die Grundsatzpolitik stehe der Personenpolitik entgegen. Die Linksfreisinnigen (Rheinkreis-Freisinnige) würden seit der Fusion 1894 dauernd übergangen, auch wenn sie an kantonalen Parteitage jeweils Mehrheiten erzielten. Am 4. Januar 1913 wurde das «Aargauer Tagblatt» mit einer Anklageschrift bezüglich Tartüferie den Nachrichten gleichgestellt, und in den folgenden Monaten erschien ungefähr jede Woche einmal ein Grundsatzartikel, der die echt freisinnige Politik von der Keller'schen Familienpolitik abgrenzte. Die Gründung der freisinnigen Vereinigung Aarau, eine Sammlung der konservativen Kräfte in der Partei, verstärkte die Spaltungstendenz und bereitete die Grossrats- und Stadtratswahlen vom März 1913 vor. Der Kandidat der Fortschrittlichen in Aarau, Hengherr, erhielt im «Aargauer Tagblatt» weder Raum für Einsendungen noch für Inserate. Gleiches Verhalten zeigten die Nachrichten, und Allemann überliess diese Zeitung, «welche trotz ihres Rutsches nach rechts offenbar den ihnen angenehmen Platz an der Seite des Aargauer Tagblattes noch nicht haben finden können, ihrer Täubi.»<sup>320</sup> Nach einem Jahr sozialliberaler Politik und wiederkehrender Standpauken, adressiert an die pressepolitischen Gegner derselben Partei, charakterisierte sich die «Neue Aargauer Zeitung» selber als «frisch, unentwegt und furchtlos», die ehrliche, fortschrittliche Volkspolitik betreibe.<sup>321</sup> «Die Jungen haben sich daran gemacht, etwas am Staatskarren zu stossen», der scharfe politische Wind im Aargau halte die «Zöttelikappen immer in Bewegung», blase «den Puder aus den Perücken» und entferne die «alten Spinnhuppen».<sup>322</sup>

Schon 1913 erlebte die Beilagenpalette eine Erweiterung: neben der Chronik und der Illustrierten Wochenschau erschien monatlich das humoristische Unterhaltungsblatt «Die Salzbüchse». Es hielt sich nur bis zum 4. April 1914. Zum Jahresende 1914 verschwand auch die Chronik, wohl als Sparmassnahme im Zeichen des Weltkrieges. Die Illustrierte Wochenrundschau konnte sich halten, obgleich sie sich als ausländisches Produkt entpuppte. Ein Lapsus bei einer Bildlegende brachte dies an den Tag: «Unsere siegreichen Kämpfe in Belgien» war nicht – wie üblich – im Sinne der schweizerischen Neutralität umgemodelt worden. Die NAZ-Redaktion entschuldigte sich bei der aufgebrachten Leserschaft mit dem Hinweis, dass die technische Produktion der Beilage eben in Düsseldorf erfolge.<sup>323</sup>

<sup>320</sup> NAZ, 8. März 1913.

<sup>321</sup> NAZ, 24. Dezember 1913.

<sup>322</sup> NAZ, 27. Dezember 1913.

<sup>323</sup> Das Redaktions- und Verwaltungsbüro der NAZ befand sich seit dem Anfang am Ziegelrain 399 in Aarau.

Was schon zu Beginn des Blattes propagiert worden war, die Totalrevision der Verfassung, wurde im Neujahrswunsch von 1914 zum Programm erhoben. Redaktor Allemann war überzeugt davon, dass grundsätzliche Politik und damit Neuorientierung der Parteien nur über die Gestaltung eines neuen Grundgesetzes in Kanton und Bund möglich sei. Damit würde auch das leidige Taktieren und Paktieren unterschiedlichster Gruppierungen hintertrieben, das heute die aargauische Politik korrumpiere und die ehrwürdige Staatspartei entzweie. Besonders anstössig war für Allemann das Zusammengehen der Liberalen mit den Katholisch-Konservativen. Tradition und Kulturkampf verboten solche Konkordate. Und er wusste sich zu rächen: Lugte irgendwann in den Nachrichten wieder der alte Keller des 19. Jahrhunderts aus den Zeilen heraus, so war Allemann der erste, der die Katholiken auf den böartigen Jesuitenfresser hinwies. Er versuchte, Öl ins Feuer zu giessen. Der alte Keller lasse «den gröbsten Artikel gegen Katholiken abgehen», nachdem die Ständeratswahl seines Sohnes unter Beihilfe der Konservativen gelungen sei. Unter dem Titel «Stinkkuten im Land» verdamme ein Kulturkämpfer alten Stils in den Nachrichten die Kapuziner-Exerzitien. Und das Volksblatt reagierte prompt: «Dem alten Keller ist nichts anzuhaben, der ist eine politische Leiche so wie so. Aber dieser Keller hat Söhne, die ihr Geld im famosen Presseunternehmen ihres Herrn Papa haben und die längst von unserer Seite in aller Höflichkeit gebeten wurden, ihren Vater doch einmal zur Vernunft zu mahnen. Oft versprochen sie's... Das nächstemal werden wir an den Ton ihres Familienjournals gegen uns denken. Die Dynastie Keller, die ihre Throne auf die Trümmer der von ihr verspaltenen freisinnigen Partei aufbaute, (...) kann mit Katholiken nicht machen, was sie will und lassen uns nicht mit nachträglichem Bedauern abspeisen.»<sup>324</sup> Damit war erreicht, was Allemann zur Therapie andienen wollte. Die gelegentlichen Haken, die gegenüber dem «Aargauer Tagblatt» geschlagen wurden, muten daneben harmlos an. Etwa so, wenn sich das Tagblatt über die verspätete Schneeräumung an der Bahnhofstrasse beschwert hatte. Reaktion der NAZ: «Es müssen noch mehr Radikale in den Stadtrat, damit auch vor dem Aargauer Tagblatt der Dreck weggeputzt wird.»<sup>325</sup>

Bis zum Kriegsausbruch bevorzugte die NAZ eindeutig die Innen- und Kantonspolitik. Dem Lokalen galt fast nur politisches Interesse, und das Ausland führte ein Schattendasein. Selbst der Mord von Sarajewo erhielt weder die Ehre eines grösseren Titels, noch einige Zeilen in Fettdruck. Erst der Text des österreichischen Ultimatums an Serbien wurde auf der dritten Seite durch andere Schrift herausgehoben.<sup>326</sup> Am folgenden Tag finden wir auf der Frontseite einen ausführlichen Kommentar «zum österr.-serbischen

<sup>324</sup> AV, zitiert in NAZ, 23. Januar 1914.

<sup>325</sup> NAZ, 27. Januar 1914.

<sup>326</sup> NAZ, 24. Juli 1914.



*Maienzug an der Kasinostrasse um 1940 mit dem Haus der «Neuen Aargauer Zeitung» am linken Bildrand (Stadtmuseum Aarau).*

Kriegsgespenst». Allemann wollte nicht an einen kommenden Krieg glauben. Am 28. Juli finden wir in derselben Nummer: «Will Russland Krieg?». «Es gibt doch keinen Krieg», «es wird nichts so heiss gegessen...» «Die serbische Grenze überschritten?» Ein dauerndes Lavieren zwischen Friedenshoffnung und der Begründung von Kriegsnotwendigkeit.

Als Krieg und Mobilisierung Tatsache waren, da verdammt die NAZ-Redaktion als erstes jede Gesinnungsneutralität: die Leisetreterei, die es allen Nationen recht machen will, dieses, «um Gotteswillen sagt und schreibt nichts über diesen oder jenen Staat...» «Wer schwiege, der hat kein Blut in den Adern.» Obwohl Allemann nicht zu den Kriegsgurgeln gezählt werden kann und nur zurückhaltend Sympathien zum wilhelminischen Reich dokumentiert, lässt doch die Wortwahl gelegentlich aufschrecken: «Dieses urgewaltige Ringen, ganz Europa in Waffen, ein Völkerkampf um Existenz und Ehre – und wir sollten uns bei jedem Wort, das wir sagen, ängstlich umgucken».<sup>327</sup> Noch glaubte auch die NAZ an einen kurzfristigen Krieg. In einem Fenster warb das Blatt um Abonnenten: dieser interessanten Zeit, in der «die grossen Mittelmächte mit aller Kraft um den Sieg ringen», gebühre das Aufbewahren der Zeitungen als historische Dokumentation.<sup>328</sup> Und zum Jahreswechsel, beim Rückblick, lobte die Redaktion die ungeheure Kampfkraft der Deutschen und liess durchbli-

<sup>327</sup> NAZ, 8. August 1914.

<sup>328</sup> NAZ, 15. August 1914.

cken, «dass Russland einen Konflikt erwartete oder wünschte», dies beweise «seine von langer Hand vorbereitete Mobilisation». Was der Schweiz in dieser schweren Zeit zu wünschen sei? «Ein gesunder nationaler Egoismus!»<sup>329</sup>

Längst war das Weltkriegs-Geschehen an die Spitze der Nachrichten gerutscht, und die Innenpolitik war durchsetzt von offiziellen Verlautbarungen und Militär- wie Versorgungsnachrichten. Trotz klarem Ja zur Landesverteidigung fehlten die Warnungen nie, der notleidenden Bevölkerung zu gedenken und den sozialen Schutz nicht zu vernachlässigen. Die Meldungen aus dem Westen wie dem Osten brachten häufig nichts Neues; der Agentur Wolf wurde offensichtlich mehr Glauben geschenkt als Reuter und Havas, bis 1917 durch die Ereignisse in St. Petersburg ein neues Element ins grauenvolle Einerlei trat. Die Revolution warf erneut die Frage auf: «Krieg oder Frieden?»

Die grosse Hoffnung der NAZ, dass das Ende des Zarentums auch die allgemeine Waffenruhe bringen könnte, ist unverkennbar. Selbst die bolschewistische Machtübernahme im November 1917 erschreckte nicht, da die erste republikanische Regierung am Bündnis mit den Westalliierten festhielt und die Fortsetzung der Kampfhandlungen abzusehen war. Alle Meldungen über die Lenin'sche Revolution waren wohlwollend und den Friedenswillen anerkennend. Brest-Litowsk galt vorerst als Signal zum allgemeinen Friedensschluss, die Entente-Mächte eingeschlossen. Erst im Januar 1918 folgte die Ernüchterung: Lenin erhielt Lob für seinen Frieden um jeden Preis; die ehemaligen Alliierten Russlands empfangen nur Tadel: «Nun, da doch wieder Krieg ist, können Westmächte nicht mehr als Befreier angesehen werden.»<sup>330</sup> Allemann änderte daher 1918 seine Meinung bezüglich der Kriegsparteien nicht; er bleibt gedämpft deutschfreundlich und sei es auch nur, um einen ausgewogenen Frieden einzuleiten.

Ähnlich wie bei andern bürgerlichen Blättern im Aargau bekam die bolschewistische Revolution in Russland erst durch den Landesstreik – und die vermeintliche Korrespondenz mit Moskau – den Anstrich des Bedrohlichen. Trotz Sympathien des «bürgerlichen Linksblocks» für gewisse Anliegen des Oltner Komitees – die Totalrevision der Verfassung und eine Neuwahl des Parlamentes nach Proporzsystem gehörten zum Ideengut der Fortschrittlichen und Demokraten – schockierte die ideologisch getrimmte Weisung, dass die sozialistischen Blätter erscheinen sollten, während die arbeitswilligen Arbeiter der NAZ gezwungen wurden, ihre Tätigkeit einzustellen. Wer die Pressefreiheit derart niederknüppelt, hat die demokratische Legitimation verspielt.<sup>331</sup> Tatsächlich erschien am 13. November nur ein einseitig bedruckter Handzettel, der zur bürgerlichen Protestversammlung

<sup>329</sup> NAZ, 31. Dezember 1914.

<sup>330</sup> NAZ, 7. und 14. Februar 1918.

<sup>331</sup> NAZ, 9. und 15. November 1918.



in Aarau aufrief. Auch die Zeitung des 14. November bestand nur aus der Frontseite der üblichen Zeitung. Schon die Nummer vom 9. des Monats wurde angeblich nur mit Hilfspersonal hergestellt. Es kann daher nicht erstaunen, dass mitten in der Streikphase, am 12. November «Lenins Instruktionen an die Schweiz. Sozialdemokratische Partei» der NAZ als Leitartikel diene, obwohl es sich um eine Zusammenstellung von Zitaten aus früheren Jahren handelte. Der Titel wirkte, und er korrespondierte mit der bundesrätlichen Ausweisung der Bolschewisten, der Botschaftsangehörigen, die am 9. November im Blatte gemeldet worden war.

Dennoch fasste die Redaktion der NAZ schnell wieder Tritt und urteilte sofort nach dem gescheiterten Landesstreik differenziert und einsichtig. Das Oltner Komitee habe der sozialdemokratischen Sache mit dieser Aktion einen schlechten Dienst erwiesen. Man wisse, dass diese politische Aktion eigentlich auf Frühjahr 1919 geplant gewesen sei. Das Truppenaufgebot des Bundesrates hätte leider die Blitzaktion ausgelöst. Das Oltner Komitee führte sich auf wie eine Nebenregierung, vermochte aber diesen überheblichen Stolz nicht auf das Fussvolk zu übertragen. Damit musste das Unternehmen fallieren. Dennoch sei auch die gute Wirkung des Landesstreiks zu beachten: die Geister seien aufgerüttelt worden; tatsächlich müssten wir alle einen Schritt nach links tun. Mit der Totalrevision würden verschiedenen Anliegen angegangen: die Alters- und Invalidenversicherung, das Frauenstimmrecht, die Tilgung der Kriegsschuld, die Demokratisierung der Armee und die Kürzung der Militärausgaben.<sup>332</sup>

Und bei der Rückblende beim Jahreswechsel meinte Allemann: Der Bolschewismus liege, auch wenn verschiedenen Experimente misslungen seien, in der Zeitströmung. Ihn lächerlich zu machen, das gehe nicht an. Er sei die Reaktion auf Kapitalismus und Imperialismus. Die Bürgerlich-Fortschrittlichen würden nur so weit mitgehen, als dies aus Kulturgründen verantwortlich erscheine. Ohne die Intellektuellen könne kein lebensfähiger Staat geschaffen werden, und ohne Sentimentalität habe kein Staat Dauer. Dem bedrohten Mittelstande, dem Handwerk und Gewerbe, gehöre zur Zeit grösste Aufmerksamkeit.<sup>333</sup> Damit hatte die NAZ zur Politik der Nachkriegszeit klar Stellung bezogen, und das Wort der Redaktion war dem linken Flügel der aargauischen Partei weitgehend auch Programm.

## Goldene 20er-Jahre?

Zwischen dem «Aargauer Tagblatt» zur rechten und dem «Freien Aargauer» zur linken Seite, verbrachte die «Neue Aargauer Zeitung» ein unsicheres Dasein. Redaktor Hermann Allemann «hatte es in jeder Beziehung

---

<sup>332</sup> NAZ, 15. November 1918.

<sup>333</sup> NAZ, 28. und 31. Dezember 1918.

schwerer als seine Kollegen». «Die materielle Basis, auf welcher diese Zeitung beruhte, war gerade noch tragfähig genug, das Dasein zu fristen und die Leser, die sich vornehmlich aus Beamten und Angestellten rekrutierten, Tag für Tag mit den wichtigsten Aktualitäten zu versorgen.» So schilderte der spätere Feuilleton-Redaktor des «Aargauer Tagblattes», Paul Erismann, viele Jahre später jene Zeitung, die ihm die ersten journalistischen Gehversuche ermöglicht hatte.<sup>334</sup> Er verfasste im gleichen Zuge eine persönlich geprägte Dankadresse an seinen damaligen Lehrmeister Allemann, dem nicht einmal die Ehre zuteil wurde, «im Biographischen Lexikon des Aargaus 1803 bis 1957 Aufnahme zu finden, was er wirklich verdient hätte». «Allemann, ein heissblütiger und kampfgeohnter Solothurner, war ein entsprechend forschender Journalist, dem es nichts ausmachte, seinen weltanschaulichen Gegnern Widerpart zu bieten, was er auch, so lange er im Saft war, mit Schneid besorgte und deshalb von seinen Gegnern entsprechend ernst genommen wurde.» Der «aufrechte und vielbefehdete Mann, verbittert und mutlos geworden», wie ihm scheine, «habe Aarau im Laufe des Weltkrieges verlassen».<sup>335</sup>

Der Erste Weltkrieg war für alle Zeitungen eine harte Belastungsprobe. Dies galt insbesondere für den Neuling. Die Lage der «Neuen Aargauer Zeitung» wurde aber nicht besser, als 1920 auf der rechten Seite des politischen Spektrums noch die Abspaltung der Bauern- und Bürgerpartei erfolgte, zur Linken sich die Kommunisten absonderten. Allemann rückte das «Aargauer Tagblatt» gerne in die Nähe der neuen bäuerlichen Wirtschaftspartei, um im Aargau wieder klare Fronten und feste Lager zu schaffen. Das AT habe «bekanntlich bei den verflossenen Nationalratswahlen 1922 seine Hauptpropaganda für die Bauernpartei und insbesondere Nationalrat Dr. Abt entfaltet». Ähnliches ereigne sich in Brugg. Auf dem Redaktionsbüro im Effingerhof bestehe ein journalistisches Idyll, mehr lustig als tragisch, denn am gleichen Pult gegenüber arbeiteten der Redaktor des «Brugger Tagblattes», freisinnig, und derjenige des «Aargauischen Hausfreundes», Bauernpartei.<sup>336</sup> Dass Redaktor Lory vom «Brugger Tagblatt» im Richtungsstreit zwischen den Flügeln im aargauischen Freisinn eher den Brückenschlag zu den Bauern als zu den Radikalen wünscht und Dr. Abt seine Polemiken auch im Tagblatt unterbringen könne, liesse sich aus dieser Situation bestens erklären.

Persönlich mehr zu schaffen machte Allemann, dass Eugen Keller seinen «Generalanzeiger» nun auch noch politisierte, was man – seiner Ansicht nach – bei einem Gratis-Inseratenblättchen eigentlich vermeiden sollte. Und auch dieser neigte eher zur Bauern- und Bürgerpartei, und er Sorge sich nur vordergründig um die Lage der Freisinnigen, jener Partei, der er in frü-

<sup>334</sup> AT 12. Juni 1972, 125 Jahre AT.

<sup>335</sup> Allemann hat den Aargau vor dem Zweiten Weltkrieg verlassen.

<sup>336</sup> NAZ, 17. Juni 1922.

heren Zeiten zugunsten Keller'scher Sesselpolitik Rückenschüsse verpasste.<sup>337</sup> Damit begannen offenbar halbvernarbte Wunden wieder zu bluten an. Er hiess Eugen Keller einen «politischen Reklameschreier». Die «Schweizer Freie Presse», Baden, frühere Mitstreiterin auf der demokratisch-radikalen Linie, das «Streitrösslein» des «Idealpolitikers Jäger», ging durch Verkauf in die «wirtschaftliche Unabhängigkeit».<sup>338</sup> Nachdem bekannt wurde, dass Dr. Abt seine Finger im Spiel um dieses Presseorgan hatte, sind die Polemiken der Freien Presse als das zu würdigen, was sie sind – Artikel aus parteiegnerischen Küche!<sup>339</sup> Kurz: Durch die Aufgliederung des Parteienspektrums rechts entstand dort ein Gedränge, und die «Neue Aargauer Zeitung» wurde weiter nach links gestossen.

Dies wiederum zwang Allemann, eine scharfe Abgrenzung zu den Sozialisten zu vollziehen. Die Gefahr eines bolschewistischen Umsturzes in Italien nach dem Ersten Weltkrieg<sup>340</sup> machte es der NAZ leicht, das Zerstörungswerk des Kommunismus im Süden als direkte Bedrohung schweizerischer Existenz (Handelswege) darzustellen.<sup>341</sup> Moskowiter, dort wie hierzulande, bildeten die grösste Gefahr. Aber – dies ist wieder typisch für Allemann – bei den Kommunisten weiss man wenigstens, wer sie sind. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1920 habe aber gezeigt, dass die Opportunitäts-Revolutionäre dort, trotz Abspaltung, immer noch das Sagen hätten. Die Diktatur der Proletariats sei nicht aus dem Vokabular gestrichen worden.<sup>342</sup> So würden sich alleine die fortschrittlichen Demokraten als Sozialreformer betätigen, und dies rechtfertigte seinen eigenen Kampf mit der Feder. «Im heutigen Geisteskampf um eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung» bedeute das Mittel der Presse alleweil Macht,<sup>343</sup> war seine Meinung, und diesem Ringen opferte er gerne den Einsatz an Zeit und Kraft.

Dabei erwies sich Allemann keineswegs als stur. Als echter Liberaler war er fähig, den Vortrag von Hermann Greulich in Baden lobend zu kommentieren; und als er, nach dem Tode Lenins, dessen Wesen und Werk gerecht werden wollte, machte er die historisch trübe Bemerkung: «Wir leben noch zu nah in der Zeit der sozialen Umgruppierungen, als dass die Persönlichkeit Lenins objektiv gewürdigt werden könnte.»<sup>344</sup> Wenn die Beamten- und Angestelltenpolitik der «Neuen Aargauer Zeitung» oder ihres Chefs im Grossen Rat nicht ganz mit der Gewerkschaftslinie korrespondierte, dann musste Allemann die Kritik seines Widersachers Arthur Schmid im «Freien

<sup>337</sup> NAZ, 7. Juli 1920.

<sup>338</sup> NAZ, 20. Dezember 1922.

<sup>339</sup> NAZ, 30. Dezember 1922.

<sup>340</sup> NAZ, 24. Juni 1920.

<sup>341</sup> NAZ, 24. Juni 1920.

<sup>342</sup> NAZ, 16. Dezember 1920.

<sup>343</sup> NAZ, 18. Dezember 1920, Abonnementseinladung.

<sup>344</sup> NAZ, 23. Januar 1924.

Aargauer» parieren, ohne dass ein späteres Zusammenspannen bei anderen Sachfragen in Zukunft verbaut würde. Eine ständige Gratwanderung! Allemann behauptete, dass der Grosse Rat an Ansehen eingebüsst hätte, seit der Proporz die Stellung der Sozialdemokraten verstärken konnte. Es liege aber nicht an den Personen, sondern an der Politik, die von ihnen betrieben werde. Die politischen Windmühlen werden dauernd in Gang gehalten, und aus allem und jedem Kapital geschlagen, nur um präsent zu scheinen.<sup>345</sup> Immerhin: Einen Feind konnten die beiden Linksblätter fast immer gemeinsam angehen, Dr. Laur, der Bauern-Lobbyist. Ob Getreide- oder Milchpreis, seine Lohn-Preisvorstellungen stachen gleicherweise in die Nase. Laur betreibe genauso Klassenpolitik wie die Kommunisten.<sup>346</sup> Mit dem Artikel «Der drohende Bauernpolitiker und die grün-rote Allianz» unterschob Allemann Dr. Laur gar opportunistische Spaltungstaktik, nur um seine wirtschaftlichen Bauernanliegen unter Dach und Fach zu bringen.<sup>347</sup>

Zum Jahresende gedachte der Gründer und Chef des Blattes immer wieder der grossen Zielsetzung seiner Medienarbeit, nämlich dann, wenn den Abonnenten die weitere Zustellung der NAZ schmackhaft gemacht werden musste. Dann begnügte er sich nicht mit blossen Aufrufen, sondern verbreitete eine Art Grundsatzerklärung. Eine Wende bedeutete die Betrachtung Ende 1924. Der Aufbruchstimmung nach dem Kriege folgte damals die Enttäuschung. Allemann sah das Ende der Friedensgarantien herannahen. Die Kriegsmöglichkeiten seien grösser geworden. «1924 schliesst auf der ganzen Linie mit einem moralischen und sachlichen Defizit.»<sup>348</sup> Nicht zuletzt gründeten diese pessimistischen Prognosen in den faschistischen Umtrieben in den Nachbarstaaten. Die «Neue Aargauer Zeitung» zeigte keine zwiespältige Haltung zu Mussolini und dem italienischen Faschismus. Aber Allemanns Zeitung fehlte jene sensible Ernsthaftigkeit, die den «Freien Aargauer» auf diesem Sektor auszeichnete. Die theatralische Kulisse, die den Duce und seine Bewegung umgab, erlaubte auch einmal schmunzelnde Ironie. Arthur Schmid beachtete mehr die Programme; Allemann den äusseren Aufzug. Auf Mussolini und seine Trabanten wurde man in der Schweiz vor allem aufmerksam, als die Schwarzhemden aus Como und Varese nach Mendrisio zogen, um auf fremden Territorium ein Denkmal einzuweihen, das patriotisch-italienisch ausgerichtet war. Das nationalistische Getue beleidigt das schweizerische Staatsbewusstsein. Als Antwort auf die Berner-Proteste folgte dann die Anklage an die helvetische Sprachmehrheit, das Tessin germanisieren zu wollen. Die Zeitung «Ambrosiano» aus Mailand versuchte, eine Irredenta-Bewegung auszulösen. Das

<sup>345</sup> NAZ, 25. Januar 1926.

<sup>346</sup> NAZ, 31. Januar 1924.

<sup>347</sup> NAZ, 6. Januar 1926.

<sup>348</sup> NAZ, 31. Dezember 1924.



Trommelfeuer der hiesigen Presse veranlasste Mussolini, sich von der Aktion zu distanzieren. Damals reagierte die bürgerliche Presse der Schweiz, so auch Allemann, bloss auf die Untaten einer ausländischen Partei, denn der Faschismus verkörperte erst nach dem 30. Oktober 1922 den Staat. Am 21. Dezember behandelte Allemann das neue Italien unter dem Titel «Das Mussolinisch regierte Italien». Viele hätten erwartet, dass der Duce als Ministerpräsident, im Besitze der legitimen Regierungsgewalt, sich dem bestehenden Staat ein- und anpasse. Das Gegenteil sei geschehen: Er habe den Staat sich selber angepasst. Doch: Unruhen und Unsicherheit hätten nicht zugenommen. Im Gegenteil! Mit dem Stolz und dem neuen Bewusstsein hätten auch Sauberkeit und Pünktlichkeit Einzug gehalten. Mit der neuen Ordnung sei die kommunistische Machtübernahme verhindert, Italien stabilisiert worden. Was wollte man in der Schweiz noch mehr? Die Nachrichten über das neue Italien versiegt.

Dann der Mord an Matteotti! Auf die Trauerfeierlichkeiten und Ehrungen folgten die Anklagen. Die Regierung wurde verantwortlich gemacht. Dem neuen Geist schenkte nun auch die bürgerliche Presse der Schweiz mehr Beachtung. Allemann erklärte, dass er das Wiedererwachen der politischen Opposition in Italien begrüsse. Der Duce sei von düsteren Männern umgeben. Mussolinis System habe durch Mord selber einen lebensgefährlichen Stoss erhalten. Das Gegenteil wurde wahr: Das System verdichtete sich zum Einparteienstaat. Und die Schweiz musste erkennen: «Der Faschismus ist seinem Wesen nach imperialistisch und expansiv.»<sup>349</sup> Das schweizerische Militärbudget müsse der Unklarheit der Aussenpolitik unserer Nachbarstaaten Rechnung tragen, meinte die NAZ. Der Faschismus sei eine «Krankheitserscheinung der Nachkriegszeit». Solange die internationale Zusammenarbeit nicht ausreiche, die wirtschaftliche Lage Italiens ins Lot zu bringen, sei die Schweiz als Nachbar gefährdet.<sup>350</sup> Als Mussolini im Januar bombastisch 1926 zum Jahr des Schweigens erklärte, da ernsthafte Arbeit durch Reden nur behindert werde, da konnte es Allemann nicht lassen, mit Augenzwinkern fleissig von Duce-Brandreden zu berichten.<sup>351</sup>

Um so ernster nahm die «Neue Aargauer Zeitung» seit Beginn das barbarische Treiben im nördlichen Nachbarland. Zwar wurde auch hier das Programm kaum zu Kenntnis genommen und analysiert, doch die Aktionen, die daraus resultierten, schreckten auf. Unter dem Titel, «Die rechtsradikale Hetze gegen Hindenburg» sei im völkischen Blatt «Hakenkreuz» bewiesen worden, dass Hindenburg – im Gegensatz zum reinen Germanen Ludendorff – nur ein Slawe sei. Denn deutsch könne nicht sein, wer einen Locarno-Pakt unterzeichnet; er wird automatisch zum «Judendiener».

<sup>349</sup> NAZ, 19. Januar 1926.

<sup>350</sup> NAZ, 19. Januar 1926.

<sup>351</sup> NAZ, 26. Januar 1926.

«Gewiss sind derartige Äusserungen nur noch pathologisch zu verstehen. Aber sie sind Symptome des Grades der Vergiftung», ergänzte damals Allemann mit viel Einsicht. Noch war die Hitlerbewegung erst eine extreme Kleinpartei, dennoch wurde deren Treiben viel aufmerksamer nachgezeichnet, als dies beim italienischen Faschismus geschehen war. «Hitler, der deutsche Mussolini!» Und es wurde sein Wiedererscheinen auf der politischen Plattform nach dem Löwenbräukellerputsch mit Argwohn verfolgt. Denn nun versuchte er sich ein klassisches Mäntelchen umzuhängen: er trat in Weimar vor dem Denkmal Goethes und Schillers auf. Doch welch ein Gegensatz! urteilte der Redaktor. Seine Trabanten veranstalteten wüste Exzesse, Trunkenheit und Zechprellereien waren in Weimar an der Tagesordnung. Die Gefolgschaft Hitlers sei ein eigentliches Lumpenproletariat. «Der organisierte internationale Gegenterror aller helleren Köpfe ist fällig...», meinte die NAZ, verschweigend, was bereits im Parteiprogramm eigentlich als Anstiftung zum Verbrechen bezeichnet werden müsste.

Hermann Allemann war schon durch sein grossrätliches Engagement mehr der aargauischen Kantons- als der Aussenpolitik zugetan. Die «Neue Aargauer Zeitung» trug ihren Namen zu Recht. Raummässig war das Geschehen nur Staffage zur Arena, in der die dramatischen Szenen eidgenössischer und kantonaler Politik ausgetragen wurden. Die Idee einer selbständigen aargauischen Elektrizitätspolitik ohne Nordostschweizerische Kraftwerke beflügelte den Chefredaktor mehr als jene Neuerungsvisionen, die – angeblich oder wirklich – die jungen Geister in ganz Europa erfüllten und verwirrten. Dabei ist ihm zugute zu halten, dass er, mindestens zeitweise, die Redaktion im Alleingang bewältigen musste. In den Sommerferien erschien jeweils als Verantwortlicher «i. V. Dr. E. Kleinert» im Impressum, was nicht heisst, dass der Vorgenannte ständig im Redaktionsbüro tätig war.

Die NAZ erwies sich allgemein als eher geizig mit internen Mitteilungen. Klar ist, dass 1922–1924 Dr. Kurt Schenker neben Allemann als verantwortlich zeichnete. Er dürfte von Paul Künzli abgelöst worden sein, der sich zum Jahresende 1928 von der Leserschaft verabschiedet hat und dabei auf fast drei Jahre Tätigkeit am hiesigen Blatt verweisen konnte.<sup>352</sup> Er wechselte zur «Volkswacht am Bodensee» in Romanshorn. Ob die Besetzung der Redaktion wohl nur eine Frage der Finanzen des Blattes war? Kantige Persönlichkeiten wie Allemann zeigten immer etwelche Mühe, andere Götter neben sich zu dulden. Meinungen und Tendenzen eines Blattes sind solchen Leitfiguren daher auch voll anzulasten. Der junge Paul Erismann, später Mitarbeiter, dann Redaktor am «Aargauer Tagblatt», der ihn als gewandter Lehrmeister bewunderte, hatte sicher weniger Mühe, seinen Kurs zu befolgen, als versierte Journalisten, die ihre eigenen Weltanschauungen mitbrachten.

---

<sup>352</sup> NAZ, 24. Dezember 1928, «Zum Abschied».

Bezüglich der Auswahl seiner Mitstreiter sollte der Meister der NAZ noch einige bittere Erfahrungen machen.

### Hitler, eine Witzfigur – Stalin, ein Irrer ?

Um 1930 war das «Tägliche Anzeigenblatt für Aarau und die Mittelschweiz», wie das Blatt im Untertitel hiess, etabliert und weitgehend das persönliche Werk Allemanns. Entsprechend des Haupttitels wurde der Rubrik Aargau die grösste Aufmerksamkeit zuteil. Der Auslandteil «Vom Tage» war nur eine kurze selbstredigierte Übersicht, dazu gelegentlich ein eingekaufter Aufsatz oder ein Mitarbeiter-Artikel. Eidgenossenschaft, das heisst die Bundespolitik, füllte ca. eine Spalte, gleicherweise der Abschnitt Kantone. Nur selten, gelegentlich am Samstag, erlaubte der Inserateneingang ein zweites Blatt; die vierseitige, vierspaltige, grossformatige Zeitung mit einer Inseratenseite war die Regel. Der Roman «unter dem Strich» auf der Frontseite ergänzte das Erscheinungsbild: eine ordentliche, kleine Tageszeitung. Die feuilletonistische Beilage «Das interessante Blatt» ergänzte das Angebot an die Abonnenten. Nationalrat Hunziker blieb weiterhin diesem Presseorgan zugetan und bedachte es mit Artikeln zur Bundespolitik, wie jene Seiten über Landesverteidigung» im Juli 1930, die sich über mehrere Nummern hinwegzogen. Die einstige beschränkte Sympathie zum Staatsmann Lenin übertrug sich in keiner Weise auf dessen Nachfolger. Stalin wurde nicht nur als Diktator beschimpft, sondern gar mit beleidigenden Attributen bedacht. Ungeniert titelte Allemann: «Ein geisteskranker Staatenlenker und seine Meute.»<sup>353</sup>

Die Entwicklung im Deutschen Reich war das Hauptthema der Meldungen in der Auslandspalte, ebenso der gelegentlichen kommentierenden Beiträge. Die wiederkehrenden Neuwahlen erfüllten den Redaktor mit Sorgen. «Die Extremisten sind obenauf gekommen», meldete er am 16. September 1930. «Hitler hat die bürgerliche Front eingedrückt.» Aber auch der Vormarsch der Linksextremen sei bedenklich. «Die Grundstimmung der deutschen Volksseele ist heute dumpfe Verzweiflung.» Noch wirkt das Urteil über Hitler keineswegs schroff, sondern gedämpft abwartend. «Hitler ist ein Idealist, ein Phantast.» Er hat sich vom Anstreicher empor gearbeitet und will der Cromwell Deutschlands sein. Er wird aber keine konservative Revolution in Deutschland machen. Dem Führer der NSDAP wird offenbar mehr Maulheldentum als wirkliches Tun zugetraut, daher die uns Heutige überraschende Gelassenheit. Ins gleiche Kapitel gehört die Kritik an Frankreichs Aufrüstung. Sie wirke provokativ und wachse aus einer Panik heraus. Deutschland sei total ungefährlich. Selbst Hitler betone, dass die National-

---

<sup>353</sup> NAZ, 15. Juli 1930.

sozialisten nur Revolutionäre des Geistes seien.<sup>354</sup> Allemann glaubte solchen Beteuerungen mehr als den geplanten programmatischen Aktivitäten, die daraus folgen müssten. Oder war er darüber nicht informiert? Hat er Ideologie und Richtlinien der NSDAP gar nie zu Kenntnis genommen? Die Rückblende am Schlusse des Jahres verströmte jedenfalls einen ungebrochenen Optimismus: Die Zukunft gehört dem sozialen Liberalismus.<sup>355</sup>

Selbst als die «Neue Aargauer Zeitung» 1933 verkünden musste, Hitler Reichskanzler, kennt Allemann noch keine Furcht: Obwohl er inzwischen die NSDAP als gewissenlose Bande erfahren hatte, sieht er Hitler mehr als Witz- denn als Hitzfigur. Aussenpolitisch sei er überzeugt davon, «dass Hitler nicht daran denke, Deutschland zum Austritt aus dem Völkerbund zu bringen».<sup>356</sup> «Hitler, der Herold des dritten Reiches» habe nun die Regierung zu bestellen, dem Vizekanzler von Papen komme dabei die Rolle der Gouvernante zu. Die bisher Ernannten bildeten eine hübsche Gesellschaft, meinte er ironisch. Hindenburg bringe es fertig, «den von Hass zerfressenen nationalsozialistischen Rufer im Streit und Exponenten einer absolut ausschliesslichen Partei zum deutschen Reichskanzler zu berufen». Deutschland werde es nicht erspart bleiben, «am Nationalsozialismus durchzuseuchen».

Die NAZ kritisierte nun wenigstens die neuen Machthaber, die unser nördliches Nachbarland aussenpolitisch destabilisierten und auch uns direkt verunsicherten. Gleiches galt bezüglich des südlichen Nachbarn. Bei der Spitzelaffäre, die das faschistische Italien in der Schweiz auslöste, wurde zwar die Schwäche des Bundesrates kritisiert: «Macht ist vor Recht gegangen!», dies bezeuge die Formulierung auf Verlangen Mussolinis.<sup>357</sup> Doch dem nationalsozialistischen oder faschistischen Getue wurde nur die Angst vor Abhängigkeiten und der eigene Stolz gegenübergestellt, nicht die höheren Werte von Freiheit und Menschlichkeit. Hier erwies sich Allemann lange Zeit auf einem Auge blind. Die Untaten der Stalin-Doktrin wurden gut und klar aufgelistet. Das Schema, dass Antimarxismus in jedweder Form die Schweiz vor Bösem bewahre, spukte auch durch die Redaktionsstube der NAZ. So konnte sich diese Zeitung 1933 nicht mehr für die Ständerats-Kandidatur Killer erwärmen, auch wenn dessen Wahl dem bisher gehegten Demokratieverständnis entsprechen würde. Sie übte, im Gegenteil, starke Kritik an den «bolschewisierten Sozialisten im Aargau», was 1933 allen Erfahrungen widersprach. Dem taktischen Lavieren Arthur Schmidts konnte Allemann nichts abgewinnen. Wer gegen Stalin war, musste dies neuerdings bei jedem Satz bekennen. Gleiches von sich bezüglich der «Witzfigur Hitlers» zu verlangen, fiel ihm schon gar nicht ein.

<sup>354</sup> NAZ, 17. September 1930.

<sup>355</sup> NAZ, 31. Dezember 1930.

<sup>356</sup> NAZ, 30. Juni 1933.

<sup>357</sup> NAZ, 4. Februar 1933.



## Der Fronten-Frühling in der NAZ

Wie in vielen andern bürgerlichen Blättern wurde das fremde Getue und die Harus-Rufe bei der Veranstaltung von Oberstdivisionär Sonderegger und der Führer der Neuen und Nationalen Front gerügt. Der nüchterne Tatsachensinn des Schweizers lasse sich durch solches Gepränge nicht irritieren.<sup>358</sup> Tags darauf wurde Allemann endlich deutlicher; er verliess die ausgetretenen Pfade der Kritik von Äusserlichkeiten. In der Schweiz, Henri Dunant und Pestalozzi verpflichtet, sei kein Raum für Judenhetze.<sup>359</sup> Der «lächerliche Abklatsch des deutschen Vorbildes»<sup>360</sup> und die «unwürdige Kriecherei» eines Theodor Fischers samt dessen Antisemitismus könne nicht goutiert werden.<sup>361</sup> Und damit war Allemann eindeutig und klar positioniert. Am 4. Mai verfasste er eine ausführliche Kritik am Faschismus in der Schweiz. Zwei Tage später erliess die Liberale Jugend der Schweiz an ihrer Tagung einen Aufruf «An die junge Schweiz!», der sich klar von Diktatur und Unmenschlichkeit absetzte.<sup>362</sup> Schon vorher rang sich der Redaktor im Artikel «Sozialdemokratie und Landesverteidigung» dazu durch, die Moskowiter-Panik abzulegen und eine gemeinsame Abwehr des Ungeistes einzuleiten. «Wenn jetzt in der Schweiz nicht alle Anhänger der Demokratie, eingeschlossen die Sozialdemokraten, zusammenstehen, wird auch unser Land von aussen und innen überschwemmt von der faschistischen Sturzflut!»<sup>363</sup>

Daran änderte sich auch nichts, als Eugen Bircher als Gast-Journalist vom Chirurgenkongress in Deutschland berichtete und dabei in hohem Masse politisch wurde: die Deutschen seien mit dem neuen Regime stolzer und selbstsicherer geworden. Das Volk sei wie verwandelt. Die unsagbare Korruption der sozialdemokratischen Partei, «der Staat als Futterkrippe der Bonzen ist heute endgültig zerschlagen». Zwar sei er gegen die Übertragung ausländischer Erscheinungen. Offensichtlich bewunderte er die «Wiederaufrichtung des nationalen Wehrwillens», der in die Aufrüstung ausmünden musste. Die Brugger Versammlung der Fronten, an der auch Eugen Bircher teilnahm, erfuhr nur eine kurze und nüchterne Berichterstattung.<sup>364</sup> Doch die geistige Auseinandersetzung mit den Inhalten der Frontenbewegung füllte vor und nach dieser Kundgebung die Spalten der NAZ. Das «es wird nicht diskutiert» im Programm von Vindonissa, schockierte Allemann derart, dass er ausrief: «Wir fragen uns: Wie lange schauen die Behörden diesen Hetzversammlungen noch untätig zu?»<sup>365</sup>

<sup>358</sup> NAZ, 24. April 1933.

<sup>359</sup> NAZ, 25. April 1933.

<sup>360</sup> NAZ, 27. April 1933.

<sup>361</sup> Theodor Fischer: Präsident der Nationalsozialistischen Eidgenossen.

<sup>362</sup> NAZ, 6. Mai 1933.

<sup>363</sup> NAZ, 29. April 1933.

<sup>364</sup> NAZ, 31. Mai 1933.

<sup>365</sup> NAZ, 27. Mai 1933.

Seit dem 7. Mai 1932 wurde im Impressum Herr Dr. H. A. Wyss als zeichnungsberechtigter Redaktor für den Auslandsteil, das Feuilleton und die lokale Berichterstattung genannt. Er hatte schon vorher einige Monate in der Redaktion mitgearbeitet.<sup>366</sup> Ab Februar 1933 aber verschwand dieser Name brüsk aus dem Blatte, ohne dass dazu eine Erklärung erschienen wäre. Am 31. Mai tauchte derselbige Dr. Wyss als Redner neben Rüeßsegger im Roten Haus in Brugg bei der Fröntler-Versammlung auf.<sup>367</sup> Ziehen wir die Berichterstattung und vor allem die Bewertungen im Januar 1933 in der NAZ zurate, so steigt die Vermutung auf, dass ideelle Differenzen zwischen den zwei zeichnenden Redaktoren zu einem Bruch geführt hatten. Dr. H. A. Wyss ist wohl identisch mit den Personalien eines Dr. iur. auf S. 372 im Werke von Glaus, «Die Nationale Front». In jener Liste wurden nur ausgewiesene Mitglieder der Nationalen Front auf ihr Herkommen und den Bildungsgang durchleuchtet. Dass er mitten im Teig drin steckte, dürfte auch dadurch bewiesen sein, dass er parallel zur Arbeit an der NAZ für Dr. Oehlers «Monatshefte» Beiträge verfasste.<sup>368</sup> In seiner Studentenzeit gehörte er zum Kreise des «Zürcher Student», der damals ganz im Fahrwasser der Neuen Front segelte.

Erst am 19. August meldete der Verwaltungsrat: «Mit heute zeichnet als verantwortlicher Redaktor Dr. iur. G. Zeugin, der seit Beginn dieses Jahres an unserem Blatte tätig ist.» War man mit dieser Neuerwerbung vom Regen in die Traufe geraten? Mit Zeugin wurde die Auslands-Berichterstattung, vorab jene aus dem nördlichen und südlichen Nachbarlande, keineswegs objektiviert. Im Gegenteil: Zwischen den offenkundigen Sympathien für die Erneuerungen in den betreffenden Staaten und der Ablehnung jeder frontistischen Erweckung des Schweizervolkes im Inland-Ressort lag eine redaktionelle Unvereinbarkeit. Tatsächlich erschien auch Dr. G. Zeugin damals als Mitarbeiter der «Schweizerischen Monatshefte». Obwohl er im April 1934 den Schwenker zu den «Nationalen Hefte» des Dr. Oehlers, das eindeutig zum Markenzeichen der Fronten wurde, nicht mitmachte,<sup>369</sup> so gehörte er 1933 doch noch zum personellen Epizentrum der Erneuerungsbewegung.<sup>370</sup> Schon nach zwei Jahren meldete der Verwaltungsrat: «Mit heute scheidet Herr Dr. G. Zeugin aus unserem Dienste aus, um der Berufung als Redaktor der Neuen Basler Zeitung zu folgen.» Eine vielsagende Berufung! Die «Neue Basler Zeitung» war das frontistische Organ, bei dem der aargauische Kantonsarchivar Dr. Hektor Ammann im Verwaltungsrat sass und das 1939 vom Bundesrat verboten werden musste. So kommt es nicht von ungefähr, dass 1939 Allemann bei seinem Abschiedsgruss und

---

<sup>366</sup> NAZ, 7. Mai 1932, «Interne Meldung».

<sup>367</sup> Gautschi, KA, S. 304 und 590.

<sup>368</sup> Glaus, Nationale Front, S. 395.

<sup>369</sup> Glaus, S. 197.

<sup>370</sup> Ein Dr. E. Zeugin, Teufen, ist Unterzeichner der Eingabe der 200, 1940.

Rückblick auf sein Lebenswerk, die NAZ, ausführte: «So hat die NAZ sogar vom Frontenfrühling 1933 einen Gifthauch verspürt» und dabei an die beiden Redaktoren gedacht, die ihn kurzfristig begleitet hatten.

In der Zeit von 1933–1939 erschienen immer häufiger Informationen von jungliberaler Seite, und es ist offensichtlich, dass mindestens einer der Redaktoren dorthin orientiert war. Im Umkreis der Jungliberalen Gruppe an der Zürcher Universität wie in der Stadtpartei, war zwischen 1931 und 1934 die Grenze zu den Fronten nie klar gezogen worden. Die Anliegen, Totalrevision der Bundesverfassung und Erneuerung der politischen Führung im Sinne der Wyss'schen «natürlichen Autorität der Führung und Gefolgschaft»<sup>371</sup> war beiden Bewegungen eigen. Im Aargau setzten sich die Jungliberalen deutlicher von den Fronten ab. Wahlkämpfe liessen kaum mehr zu, von Brückenschlag zwischen getrennten Brüdern zu schreiben, wie dies in Zürich geschah.<sup>372</sup> Die «Neue Aargauer Zeitung» war darauf angewiesen, Hefe im Teig zu sein, ansonsten hatte sie ihre Existenzberechtigung verwirkt. Dem selbständigen Agieren der Jungliberalen Bewegung musste die NAZ als Sprachrohr dienen. Die Mitarbeit von E. B. Gross (-ss) muss daher längst vor 1939, als die Zeitung offizielles Organ dieser Partei wurde, datiert werden. 1947, bei der Umwandlung der NAZ in ein Wochenblatt, schrieb Gross, dass er jetzt im 12. Jahr in der Redaktion arbeite, was bedeutet, in Einsatz kam, auch wenn er im Impressum nicht genannt wurde.

Die eigentliche Zäsur aber erfolgte zum Jahreswechsel 1939/40. Am 30. Dezember musste der Gründer, Hermann Allemann, Verkörperung und Seele des Blattes, nach 27 Jahren verabschiedet werden. Gross, sein Nachfolger als Chefredaktor, bezeichnete ihn nicht nur als grossen Könnern im Journalismus, sondern auch als Spezialisten in sozialpolitischen Fragen. Die berufliche Veränderung führe ihn zum «Landboten» nach Winterthur. Dass Allemann mit Wehmut sein Lebenswerk in andere Hände legte, lässt sein Abschiedswort vermuten. Zum letzten Mal habe er an einer Sitzung des Grossen Rates teilgenommen, dem er seit 1926 angehört habe. Als Solothurner sei er in die aargauische Politik eingestiegen und habe sich durch Presse und Parlament immer mehr mit diesem Kanton identifiziert. Am 27. Dezember 1937, anlässlich des 25jährigen Geburtstag der NAZ, hatte er Kämpfe und Erfolge des radikal-demokratischen Flügels der freisinnigen Partei aufgelistet. Sie sind praktisch deckungsgleich mit der Politik Hermann Allemanns. Dass die NAZ wiederum die linke Seite des Freisinns markiere, nun aber als Blatt der Jungliberalen, vermag zwar etwas zu trösten. Dennoch will er sich offenbar nicht ganz in den Dienst dieser Bewegung stellen und überlässt das Steuer Gross und den neuen Besitzern.

---

<sup>371</sup> Monatshefte, zit. in Glaus, S. 52.

<sup>372</sup> Bis 1940, nach Glaus, S. 272.

## Organ der Jungliberalen

Das Blatt nannte sich auch 1940 «Freisinnig-demokratisches Organ für den Kanton Aargau». Aber im Programm «Unsere Aufgabe» wurde der neue Chef deutlich: «Wenn die aargauische Jungliberale Bewegung sich entschlossen hat, über die NAZ intensiver als bisher in die politische Diskussion einzugreifen und an der Bildung der öffentlichen Meinung teilzunehmen, so geschieht es nicht deshalb, damit ein neuer Hecht im Karpfenteich der Parteien nach Beute schnappt, sondern aus dem Gefühl der Mitverantwortung um die Zukunft.» Und es erschien am 2. Januar 1940 erstmals der Name E. B. Gross im Impressum, wenn gleich sein Zeichen lange vorher schon die Beiträge markiert hatte.

Es war kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, als die Jungliberalen an die Stelle des radikalen Flügels der freisinnig-demokratischen Partei traten, aber ganz eigenständig Politik betrieben. Daher benötigte man ein eigenes Presseorgan. Das Zauberwort hiess damals: Neues Europa. Eine heimtückische Idee, solange sie mit deutscher Vorherrschaft und faschistischem Führerstaat verbunden wurde. Ein neues europäisches Lebens- und Selbstgefühl sollte eine Chance haben, aber ohne Zwang.<sup>373</sup> Finnlands Freiheitskampf gegen die sowjetische Übermacht, aber auch die Verhaftung von Oberst Fonjallaz als Spion, markierten die Gefahren, die jedem Kleinstaat drohten. Als der Bundesrat das Buch von Rausching, «Gespräche mit Hitler» aus Sorge um die völkerrechtlichen Beziehungen verbot, da begehrte die NAZ auf und bewies mehr Liberalität und Unerschrockenheit als zum Beispiel das «Aargauer Tagblatt», das die bundesrätliche Weisung verteidigte.<sup>374</sup> «Das ist nicht nur ein Münsterchen, sondern ein Muster von journalistischem Verantwortungsbewusstsein, auf das sich das A.T. schon etwas zugute tun darf», kommentierte Redaktor Gross ironisch die Leisetreterei.<sup>375</sup>

Ab 10. Mai 1940 führte das Blatt erstmals den Untertitel: «Demokratische Tageszeitung für den Kanton Aargau». Der neue Name am Vortage des deutschen Überfalls im Westen war mehr als eine Parteimarke: in einem Umfeld von diktatorischen Manifestationen wurde damit schweizerische Eigenart demonstriert, genauso wie der Landigeist dies begründet hatte. In vielen Äusserungen, ja selbst in der Wortwahl blitzte diese Eigenheit auf. Bis zum Kriegsende vermochte sich die Zeitung zu halten, obwohl normalerweise nicht mehr als eine halbe Seite Inserate akquiriert werden konnten. Am 8. August 1946 kam das Aus für die Tageszeitung. Redaktor Gross bekannte in seinem Rückblick, dass die Zeit, in der das weltanschauliche Element die Politik bestimmte, vorüber sei; Parteien hätten sich vermehrt

<sup>373</sup> NAZ, 2. Januar 1940.

<sup>374</sup> Kreis, Zensur und Selbstzensur, S. 140, 344 und 375.

<sup>375</sup> NAZ, 17. Februar 1940.



in Interessengruppen verwandelt. Die Weltmacht Radio verwandle zunehmend die Informationsbedürfnisse. Die Tempo-Übermittlung der Nachrichten sei nicht mehr Sache der Presse, umsomehr aber die sorgfältige Kommentierung. Daher müsse die NAZ zum Wochenblatt werden. Nur sachte konnte mit dieser Argumentation verschleiert werden, dass der Zeitung ganz einfach das Publikum fehlte. Wenn nach einem Jahr schliesslich auch die Wochenzeitung die Segel streicht, so entlarvt sich der wahre Grund des Abbaues.

Die Konzeption der Wochenzeitung war inhaltlich und gestalterisch durchaus attraktiv. Ein modernes Erscheinungsbild, vierspaltig, Antiqua-Schrift, mit vielfältigen Titeln, mit Wechsel der Schrifttypen, Einsprengsel-Texte, die zweispaltig gehalten waren, näherte sich die NAZ auch optisch den gehobenen Zeitschriften an. Obwohl das Experiment gescheitert war, hielten offenbar die Träger an ihrem Konzept fest: ein kommentierendes Wochenorgan wäre im Aargau ein Bedürfnis. Die bedrückteste Erfahrung sei gewesen, den Kreis nicht weiter ausdehnen zu können, da die materielle Unsicherheit, auf der der Versuch fussen musste, bald stark ins Gewicht fiel. Das Blatt schluckte die Überschüsse und zuletzt auch den Zins für die Genossenschaftsanteile (der Druckerei), so dass das Unternehmen keine Reserven bilden konnte.<sup>376</sup>

«Das Verlagsrecht der Zeitung geht auf die neue Gesellschaft über, die es damit in der Hand hat, von diesem Rechte zur gegebenen Zeit wieder Gebrauch zu machen.» So verabschiedete sich der Vorstand der bisherigen Genossenschaft «Buchdruckerei Neue Aargauer Zeitung» von der Leserschaft, noch immer im Bewusstsein, dass zwar das kommentierende Wochenblatt vorläufig zum letzten Mal erschienen ist, dass diese Marktlücke im Aargau früher oder später aber doch noch geschlossen werden müsse.

---

<sup>376</sup> Schlusswort, 4. Juli 1947.